Nr. 57. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Eisenbahner und Geldsackparlament.

Das Dreiklassenparlament kümmert sich erfahrungsgemäß nur recht selten um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Eisenbahnangestellten, insbesondere der in der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Arbeiter. Für die 15 Mark, die sie täglich an Diäten einstecken, schwatzen die „Volksvertreter" in jeder Sitzung fünf Stunden lang über alles mögliche, die nebensächlichsten Dinge werden des langen und breiten erörtert, aber zu einer Besprechung der Arbeiterverhältnisse fehlt es an Zeit. Und doch wäre es dringend erforderlich, einmal von Grund aus die Lage der Eisenbahner zu erörtern, denn die dem Abgeordnetenhause unterbreitete, beim Etat der Eisenbahnverwaltung mit zur Debatte gestellte Denkschrift über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1906 fordert in hohem Maße zur Kritik heraus.

Die Staatseisenbahnen haben trotz des Geschreies, das augenblicklich im Abgeordnetenhause angestimmt wird, ein glänzendes finanzielles Ergebnis gezeitigt. In der Zeit von 1882 bis 1905 betrug der rechnungsmäßige Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung zusammen die nette Summe von 9507,17 Mill. Mark. Zieht man hiervon die auf den Ueberschuß zur Verzinsung der Eisenbahnkapitalschuld angerechnete Summe von 3933,21 Millionen ab, so bleiben immerhin noch 5573,96 Millionen Mark Reinüberschuß für diese 24 Jahre, also pro Jahr im Durchschnitt 232 Millionen. Im Jahre 1905 hatte der Reinüberschuß die ansehnliche Höhe von 552,24 Millionen erreicht, und im Jahre 1906 ist er noch etwas höher. Bedenkt man, daß die Brutto-Einnahme an direkten Steuern im Jahre 1905 sich nur auf 242 Millionen Mark belief, so hat man den Schlüssel für die Zähigkeit, mit der die Mehrheit des preußischen Landtages auf die Erzielung noch höherer Ueberschüsse aus den Eisenbahnen bedacht ist. Die Herren nehmen die Vorteile, die ihnen das preußische Geldsackswahlrecht gewährt, gern in Kauf, aber von der Aufbringung der Mittel durch direkte Steuern wollen sie nichts wissen. So müssen denn in der Hauptsache die Betriebsverwaltungen die Mittel für allgemeine Staatszwecke liefern, sie müssen Ueberschüsse herauswirtschaften, sei es auch auf Kosten von Leben und Gesundheit der Arbeiter, die nicht nur mit niedrigen Löhnen bei langer Arbeitszeit abgespeist werden, sondern auch in ständiger Gefahr schweben, im Betriebe zu verunglücken.

Ein wie gewaltiges Heer von Beamten und Arbeitern die Eisenbahnverwaltung beschäftigt, davon kann man sich kaum eine Vorstellung machen. Die Zahl der etatsmäßigen Beamten belief sich im Jahre 1906 auf nicht weniger als 153 920, davon waren der größte Teil, nämlich 103 818 Personen, Unterbeamte. Außetatsmäßige Beamte wurden 9381 gezählt, darunter 2253 untere Beamte. Weiter kamen in Betracht 2175 technische Gehülfen, 74 869 nichttechnische Gehülfen und Hülfskräfte im unteren Dienst und 207 690 Arbeiter. Zu diesem Personal von insgesamt 448 035 Köpfen sind aber noch hinzuzählen 201 Regierungsbaumeister und Bauführer, 368 Zivilsupernumerare und 988 Gepäckträger, die keine Vergütung aus der Staatskasse empfingen und endlich waren beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den außerordentlichen Ergänzungs- und Erweiterungsbauten auf den im Betriebe befindlichen Strecken 5613 Arbeiter beschäftigt.

Auffallend groß ist die Zahl der Arbeiterinnen. Von 71 314 Betriebsarbeitern waren 2213, von 73 994 Bahnunterhaltungsarbeitern 937, von den 5613 Streckenarbeitern 94 weiblichen Geschlechts. Ob das gerade Beschäftigungsarten sind, für die die Frauen sich besonders eignen? Wahrscheinlich wird in erster Linie die Sucht, möglichst billige Arbeitskräfte zu gewinnen, die Verwaltung zu einer so ausgedehnten Inanspruchnahme von Frauen bewogen haben. Unter den Beamten finden wir das weibliche Geschlecht prozentual weit schwächer vertreten, und auch da nur unter den unteren, nicht aber auch unter den mittleren oder gar den höheren Beamten.

Einen großen Raum in der Denkschrift nimmt, wie alljährlich, so auch diesmal die Schilderung der Wohlfahrtseinrichtungen in Anspruch. Die Verwaltung kann sich gar nicht genug ihrer väterlichen Fürsorge für ihre Beamten und Arbeiter rühmen, und dabei bleibt, wenn man den Dingen auf den Grund geht, von dieser Fürsorge wirklich nicht allzu viel übrig. Da wird mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß den Arbeitern bei zufriedenstellenden Leistungen und guter Führung nach mindestens zwanzigjähriger Dienstzeit eine Belohnung von sage und schreibe 20 Mark gewährt werden kann, die allmählich steigt, bis sie nach 45 Jahren die Höhe von 100 und nach 50 Jahren die Höhe von 150 M. erreicht. Das klingt recht schön und nett, bedeutet aber in Wirklichkeit gar nichts. Was will es denn besagen, daß im Jahre 1906 ganze 267 360 M. an Belohnungen ausgezahlt sind! 267 360 M. bei einer Gesamtausgabe von 524 652 151 M. für persönliche Ausgaben — das macht ganze 0,05 Proz. aus. Und dabei darf man nicht außer Betracht lassen, daß die Arbeiter, wenn sie wirklich nach 20 Jahren in den Genuß dieser 20 M. gelangen, sich die ganze Zeit hindurch mit Löhnen haben abspeisen lassen, die teilweise erheblich hinter denen der Privatindustrie zurückbleiben! Das Recht, auf dem Wege des Zusammenschlusses sich höhere Löhne zu erringen, wird den Arbeitern genommen, als Entgelt dafür erhalten sie dann nach 20 Jahren nachträglich eine Mark pro Jahr zurück. Fürwahr, eine „Wohltat", wie sie des preußischen Staates würdig ist.

Aber darin erschöpft sich die Fürsorge der preußischen Staatseisenbahnverwaltung nicht, sie zahlt auch den Arbeitern, die nicht ausdrücklich nur zu vorübergehenden Zwecken angenommen sind, in Fällen vorübergehender, unverschuldeter Dienstverhinderung Lohnvergütungen, und zwar erhalten Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Verwaltung beschäftigt sind, bei militärischen Uebungen von nicht mehr als 14 Tagen zwei Drittel des Lohnes, vorausgesetzt, daß sie verheiratet oder überwiegend Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei Arbeitsversäumnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Wahlen und dergleichen wird ihnen der Lohn für die Dauer der notwendigen Abwesenheit weiter gewährt, natürlich unter Anrechnung der für den Zeitverlust etwa anderweit gewährten Entschädigungen. In anderen Fällen, namentlich bei Arbeitsversäumnis wegen dringender persönlicher Angelegenheiten, bleibt es dem Ermessen der Verwaltung überlassen, ob sie den Lohn gewähren will; dem Arbeiter steht ein Anspruch hierauf nicht zu. Endlich kann den Arbeitern auch ein Erholungsurlaub gewährt werden, aber um in den Genuß dieser „Wohltat" zu gelangen, müssen sie erst 5 bezw. 7 Jahre sich gut geführt haben und zufriedenstellende Leistungen aufweisen. Treffen diese beiden Voraussetzungen zu, dann können sie vielleicht auf Urlaub rechnen. Ein Recht darauf haben sie aber ebensowenig wie die Beamten. Die Streckenarbeiter vollends sind von dieser Vergünstigung grundsätzlich ausgeschlossen, weil die Verwaltung die Art ihrer Tätigkeit schon an und für sich als eine Art lebenslänglichen Erholungsurlaubs ansieht.

Weiß die Eisenbahnverwaltung wirklich nicht, daß zahlreiche Gemeinden, ja sogar vereinzelte Privatunternehmer in bezug auf die Gewährung solcher Vergünstigungen ihr schon weit voraus geeilt sind? Aber das ist ja das Charakteristische bei der ganzen Sache, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Dreiklassenparlament ängstlich darüber wacht, daß es den Staatsarbeitern nicht besser geht, als den Arbeitern in der Privatindustrie. Mehr als einmal hat der preußische Landtag ausdrücklich an die Regierung die Forderung gestellt, dafür zu sorgen, daß die Löhne bei sinkender Konjunktur geringer werden, damit die Privatindustrie keinen Schaden erleidet. Und als vor einigen Jahren die Verwaltung dazu überging, in ihren Werkstätten den neunstündigen Arbeitstag einzuführen, da erhob sich im Junkerparlament ein großes Wehklagen, daß die preußische Regierung nun sogar schon sozialdemokratische Forderungen bewillige. Dabei handelte es sich bei jener Maßnahme um nichts weiter als um ein Mittel, noch höhere Arbeitsleistungen von den Arbeitern zu erzielen. Die Verkürzung betrug nur eine halbe Stunde, und der Vorteil, den die Arbeiter davon haben, wird doppelt und dreifach aufgewogen durch den Vorteil der Verwaltung, die nicht nur an Betriebskosten spart, sondern auch Vorsorge getroffen hat, daß dasselbe Arbeitsquantum wie früher in 9½ Stunden jetzt in 9 Stunden geleistet wird. Es wurde nämlich gleichzeitig die bis dahin üblich gewesene Beschränkung des Lohnes im Akkordsystem auf 150 Proz. beseitigt, was natürlich einer Steigerung der Intensität der Arbeit gleichkam.

Schon diese wenigen Angaben beweisen, wie wenig der preußische Staat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber sich von privaten Arbeitgebern unterscheidet. Ausbeutung des Arbeiters hier und Ausbeutung des Arbeiters da! Die einen beuten ihn aus, um sich oder ihren Aktionären die Tasche zu füllen, die anderen, um die besitzenden Klassen vor Leistungen an den Staat in Form von Steuern zu bewahren.

Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe werden! Ein schönes Wort; nur schade, daß es nicht in Erfüllung geht, wenigstens so lange nicht, wie der preußische Staat von einer Handvoll durch Besitz oder durch Geburt Bevorzugter regiert wird, die sich als Sachwalter der Interessen ihrer Klassen fühlen, für die Arbeiterklasse aber nichts übrig haben. Sollen die Staatsbetriebe in Wahrheit Musterbetriebe werden, dann ist ein völliger Bruch mit dem jetzigen System erforderlich. Das aber hat wiederum die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts zur Voraussetzung. So stoßen wir denn, gleichviel, welches Gebiet wir betreten, in Preußen immer und immer wieder auf unsere Grundforderung: Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht. Erst wenn dies Ziel erreicht ist, wird es möglich sein, auch für die Staatsarbeiter, die heute als Staatssklaven betrachtet werden, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Ein Brief Wilhelms II.

Aus London kommen merkwürdige Nachrichten. Die „Times" veröffentlichen eine Zuschrift ihres militärischen Korrespondenten mit dem Titel: „Unter welchem Könige?". Darin wird mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser einen Brief an den englischen Marineminister Lord Tweedmouth über die Flottenpolitik gerichtet habe. Dieser Brief, versichert der „Times"-Korrespondent, „versteige sich zu dem Versuche, den für unseren Flottenetat verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen." Der Brief sei zweifellos authentisch und Lord Tweedmouth habe ihn beantwortet. Schließlich wird gefordert, daß Brief und Antwort dem Parlamente vorgelegt werden. In einem Leitartikel wenden sich die „Times" in schärfster Weise gegen die „Einmischung in die inneren englischen Angelegenheiten durch geheimen Appell an den Chef eines Departements, von welchem die nationale Sicherheit abhängt." Wenn König Eduard einen solchen Brief an den Chef des deutschen Marine- oder Militärdepartements gerichtet hätte, so hätte es in Deutschland einen allgemeinen Zornesausbruch gegeben, und die Welt würde Deutschland recht gegeben haben. Falls der deutsche Kaiser England etwas über ein billiges Einverständnis über Rüstungen zu sagen habe, so besitze er amtliche Wege hierzu; keinerlei Privatbeziehungen könnten die Abweichung vom regelrechten Verfahren und die Zuhülfenahme von privatem Einfluß entschuldigen, dem einige Männer zugänglich wären, wenn er von hoher Seite komme. England sei jetzt berechtigt, die Veröffentlichung des Briefes und der Erwiderung zu verlangen. Die Lektion für England sei klar. Wenn vorher Zweifel über die deutsche Flottenvermehrung bestanden, so könnten nach einem solchen Versuche, den für die englische Flotte verantwortlichen Minister in einer dem deutschen Interesse günstigen Richtung zu beeinflussen, in anderen Worten: nach einem Versuche, es den deutschen Rüstungen leichter zu machen, die englischen zu überholen, keine Zweifel mehr verbleiben.

Gegenüber diesem Artikel erklärt Lord Tweedmouth, der Brief des deutschen Kaisers an ihn enthalte eine rein persönliche Mitteilung, die ihm nicht in seiner Eigenschaft als Erstem Lord der Admiralität gemacht wurde, und hebe mit dem englischen Marineetat nichts zu tun. Der Sekretär Tweedmouths sagte, am kommenden Montag werde eine Mitteilung über die Angelegenheit an das Haus der Lords gelangen. Bis dahin sei eine Veröffentlichung der betreffenden Korrespondenz nicht beabsichtigt.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Artikel der „Times" nichts weniger als deutschfreundlichen Gesinnungen entspringt. Die „Times" gehören zu den enragiertesten Flottentreibern und suchen durch Erzeugung einer chauvinistischen Stimmung die Bahn für Schutzzoll, Imperialismus und Marinismus frei zu machen. Leider scheint ihr die Gelegenheit dazu von deutscher Seite erleichtert worden zu sein. Die direkte Politik einer unverantwortlichen Stelle bildet eben stets eine große Gefahr. Bismarck, dem man darin sicher einiges Urteil zutrauen kann, hat sich stets auf das schärfste gegen jeden Versuch gewandt, auswärtige Politik unter Umgehung des verantwortlichen Ministers zu treiben. Man weiß, daß das unter dem „Zickzackkurs" anders geworden ist. Bülow hat weder den Mut noch die Autorität, um mehr zu tun, als die Akte des persönlichen Regiments, nachdem sie geschehen sind, zu „verantworten", was bekanntlich auch vor dem Reichstag nicht schwer fällt. Das Telegramm an den Präsidenten Krüger, das „Sekundanten-Telegramm" an Golnchowski haben die Stellung Deutschlands in der auswärtigen Politik ebensowenig verbessert, wie der Zickzackkurs in der Marokkopolitik. Auch jetzt fürchten wir, hat ein vielleicht gutgemeinter, aber politisch nicht angebrachter Brief chauvinistischen Treibereien Vorschub geleistet. Denn daß der Brief nicht so völlig „persönlich" sein kann, geht doch wohl daraus hervor, daß ihn Lord Tweedmouth im Oberhause zur Sprache bringen will.

Der Artikel der „Times" hat, wie unser Korrespondent aus London telegraphiert, dort ungeheure Sensation hervorgerufen. Welche Folgen die Veröffentlichung haben werde, lasse sich vorläufig absolut nicht voraussehen. In konservativen Kreisen hoffe man sogar, daß eine Ministerkrise nicht ausgeschlossen sei.

Wir wollen hoffen, daß das englische Parlament diesen von der „Times" wohl beabsichtigten Zweck nicht erfüllen wird. Kaiserbriefe haben in unseren Zeiten denn doch nicht die hohe Bedeutung, die ihnen zu chauvinistischen Zwecken die „Times" beilegen möchten. Weder in Deutschland noch in England haben die Massen mit dieser Verhetzung irgendetwas zu schaffen. Die einzige Lehre, die aus dem sicher unnötigen Vorfall zu ziehen ist, ist die, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England über die Flottenrüstungen durchaus notwendig ist. Es ist die stetig steigende Last der Rüstungen, die jenen Zustand der Beunruhigung schafft, der für die Interessenten einer uferlosen Marine- und Weltpolitik hüben und drüben so günstig ist. —

Eine Landesumsatzsteuer für Sachsen?

Seit beinahe einem Jahrzehnt setzen die sächsischen Konservativen der Regierung zu, damit sie durch Landesgesetz eine Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine einführt. In erster Linie will man damit die verhaßten Arbeitergenossenschaften schröpfen, damit sie nicht mehr konkurrenzfähig bleiben. In den letzten Jahren sind diese Bestrebungen durch die Mittelstandsvereinigung unter großem Geschrei unterstützt worden. Die sächsische Regierung hat aber noch immer eine ablehnende Haltung gegen diese Forderungen der Konsumvereinstöter eingenommen und ihr Verhalten auch mehrfach, einmal durch eine Denkschrift, später durch eine Rede des Ministerialdirektors Dr. Roscher, eingehend begründet und dabei soviel statistisches Material gegen die Umsatzsteuer beigebracht, daß daraus geschlossen werden konnte, die sächsische Regierung

werde sich niemals dazu verstehen, den Mittelständlern Zugeständnisse auf diesem Gebiete zu machen. Doch obwohl sie die Ungerechtigkeit der Umsatzsteuer nachwies, gestattete sie alsbald, daß die Gemeinden den Umsatz der Konsumvereine bis zu 2 Proz. besteuerten. Zu den Forderungen einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer hat sie aber noch immer eine ablehnende Haltung eingenommen. Das scheint jetzt anders werden zu sollen.

Am Dienstag stand in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags abermals der Umsatzsteuerantrag der Konservativen zur Beratung. Nach einer langen Begründung durch den Abgeordneten Spieß, die nichts Neues brachte, erhob sich der Minister Graf Hohenthal. Wer aber von dem neuen Herrn im Ministerium des Innern eine bestimmte Erklärung über seine Haltung zu den reaktionären Forderungen der Mittelständler erwartet hatte, sah sich getäuscht. Der Graf erklärte, er wolle erst die Entscheidung der Ersten Kammer über den Antrag abwarten, ehe er sich dazu äußere; bis dahin wolle er den Zuhörer spielen. Dieses Verhalten läßt entschieden den Schluß zu, daß die Regierung im Begriff ist, eine Schwenkung zu vollziehen. Denn wenn sie ihre frühere ablehnende Haltung beibehalten wollte, brauche sie die Entschließung der Ersten Kammer nicht abzuwarten. Offenbar will Graf Hohenthal den Mittelständlern entgegenkommen. Wenn er das noch nicht erklärt, sondern geschwiegen hat, ist das wohl in der Erwägung geschehen, daß er sich durch eine bestimmte Stellungnahme die Position bei der Wahlrechtsreform verderben könnte.

Manches spricht dafür, daß eine Warenhaussteuer geplant ist; wo Hohenthal aber einmal nachgibt, werden ihn die Konservativen auch schließlich dazu bringen, auch in eine Schröpfung der Konsumvereine einzuwilligen. In einem Punkte hat er ja schon Entgegenkommen gezeigt, indem er kategorisch erklärte, von den Staatsbeamten, die einer Wirtschaftsvereinigung angehörten, erwarte er, daß sie sich der Bedeutung des Mittelstandes bewußt würden. Daraus geht hervor, daß er der zweiten Forderung der Konservativen, den Staatsbeamten die Mitgliedschaft bei einem Konsumverein zu unterbinden, nicht abgeneigt ist.

Bei der erwähnten Verhandlung wurden die konservativen Umsatzsteuertreibereien vom Genossen Goldstein scharf und zutreffend gekennzeichnet. Er wies nach, daß die Umsatzsteuer eine besondere Besteuerung des Lebensmittelverbrauches der Arbeiter darstelle und die Erträge dieser Schröpfungssteuer dazu verwendet würden, Handwerker ausbilden zu lassen und das Handwerk zu fördern. Man nehme also den Arbeitern, den Aermsten, das Geld ab und lasse dafür die Söhne des Mittelstandes ausbilden. Das sei eine geradezu skandalöse Art, mit Arbeitergroschen umzuspringen, die man den Armen erst zwangsweise abgeknöpft habe.

Wie sich das Wiemer-Blatt selbst ohrfeigt!

Die „Freisinnige Zeitung" genießt ja mit Recht neben dem Rufe unverwüstlicher Unanständigkeit auch den nicht minder redlich verdienten Ruf seltener Unintelligenz. Aber was sie sich dieser Tage leistete, übersteigt selbst das bei dem Wiemer-Blatt gewohnte Maß der Begriffsstutzigkeit.

Die Leser entsinnen sich unseres Artikels in der letzten Sonntagsnummer: „Etwas vom Teilen". Die „Freisinnige Zeitung" hatte nach mehrwöchigem Kopfzerbrechen eine Polemik gegen den „Vorwärts" wieder aufgenommen und den Sozialismus dadurch vernichtet, daß sie ausrechnete, daß bei einer gleichmäßigen Verteilung der preußischen Einkommen auf jede der 12 821 783 Personen mit einem selbständigen Einkommen der Betrag von nur 1192 M. entfällt. Wir bewiesen demgegenüber, daß bei einer solchen Teilung gleichwohl elf Zwölftel der Bevölkerung besser fahren würden als heute. Gegen unsere unwiderleglichen Zahlen vermag die „Freis. Ztg." nichts vorzubringen. Aber etwas muß sie doch sagen, um nicht von uns auf ihre Hülflosigkeit ebenso festgenagelt zu werden, wie das kürzlich den offiziösen Fälschern und Ignoranten der „Nordd. Allg. Ztg." gegenüber geschah. Sie behauptet also, der „Vorwärts" habe „jongliert", als er u. a. feststellte, daß bei der die starke Hälfte des ganzen preußischen Volkes bildenden Bevölkerung mit weniger als 900 M. Einkommen auf den Kopf nur ein Einkommen von 190 M. entfalle. Das Famose dabei aber ist, daß wir diese Tatsache **gerade der „Freis. Ztg." selbst entnommen hatten.** Man vergleiche:

„Freis. Ztg." vom 26. Febr.:

„Die steuerfreie Bevölkerung umfaßte in Preußen in diesem Jahre 18 845 470 Köpfe (1895/96: 21 165 082 bezw. im Vorjahre: 20 297 174).... Im Jahre 1890/91 wurde amtlich berichtet, daß auf jede Haushaltung in den Klassen mit einem Einkommen unter 900 M. durchschnittlich 2,66 Personen kommen. Nimmt man an, daß diese Angabe auch jetzt noch zutrifft, so würden in der steuerfreien Bevölkerung 7 084 763 (7 956 789 bezw. 7 630 513) Personen mit einem selbständigen Einkommen vorhanden sein. Wir schätzen das selbständige Einkommen derjenigen Personen, welche weniger als 900 M. beziehen, auf durchschnittlich 500 M. Diese Schätzung dürfte eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sein. Auf der Grundlage dieser Berechnung ergibt sich, daß die steuerfreie Bevölkerung insgesamt ein Einkommen bezieht von 3 542 381 500 M."

„Freis. Ztg." vom 4. März:

„Der „Vorwärts" schätzt nicht nur das politische Verständnis, sondern auch die allgemeine Bildung seiner Leser so niedrig ein, daß er ihnen die wunderbarsten Sachen zu bieten wagt. ... Da will er beispielsweise glauben machen, daß mehr als die Hälfte aller Preußen nicht mehr Einkommen als 190 M. jährlich besitzt, eine Summe, die viele Arbeiter in einem einzigen Monat verdienen. . . .

Aber auch abgesehen davon, kann der „Vorwärts" seine monströse Rechnung nur dadurch zustande bringen, daß er die Anzahl der Zensiten mit der Gesamtkopfzahl vertauscht. Zu den Personen, die angeblich ein Einkommen von nur 190 M. beziehen, gehören also auch alle Säuglinge, Krüppel und vollständig Erwerbsunfähigen. Wenn man die allerdings mitrechnet, dann muß sich natürlich bei der Gruppe mit einem Einkommen von weniger als 900 M. ein sehr geringes Durchschnittseinkommen ergeben."

Also am 26. Februar rechnete die „Freis. Ztg." selbst aus, daß — (die Schätzung sei „eher zu hoch als zu niedrig" gegriffen) — 18 845 470 Köpfe zusammen nur 3 542 000 000 M. Einkommen haben. Das macht nach Adam Riese 190 M. pro Kopf. Und ebenso sind 18 845 470 Personen nach Adam Riese die gute Hälfte der rund 37 Millionen Preußen!

Die Redaktion der „Freis. Ztg." steht aber mit den vier Spezies auf so gespanntem Fuße, daß ihr die Lösung solch einfacher Divisionsaufgaben als „Taschenspielerstücke" und „die wunderbarsten Sachen" erscheinen!

Aber aller Neid der Wiemer-Leute unseren angestaunten Künsten gegenüber ändert nicht das geringste an den von uns festgestellten Tatsachen! Die Teilung im heutigen Staate ist schon so, daß bei 18 845 000 Preußen auf den Kopf ein Einkommen von 190 M. entfällt, während bei 1 816 000 Preußen (den 559 000 Zensiten mit mehr als 3000 M. Einkommen samt ihren Angehörigen) auf den Kopf ein Einkommen von 2830 M. entfällt! Und daß unter den 18 845 000 Proleten auch Säuglinge, Krüppel, Erwerbsunfähige sind, spielt nicht die geringste Rolle, denn unter den 1 816 000 Preußen befinden sich prozentual genau so viel Säuglinge und, wenn auch nicht Erwerbsunfähige, so doch Erwerbsuntätige. Wenn aber die „Freis. Ztg." nur die Personen mit einem selbständigen Einkommen gegenübergestellt haben will, so tun wir ihr mit Vergnügen auch diesen Gefallen. Dann stellt sich die Sache so:

Erwerbstätige resp. Zensiten	Durchschnitts-Einkommen	Gesamt-Einkommen
7 084 000	500 M.	3 542 000 000 M.
559 000	9 400 „	5 156 000 000 „

Während also bei einer Verteilung des Einkommens auf die Köpfe die Schicht mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. nur fünfzehnmal soviel Durchschnittseinkommen aufwies, weist sie bei einer Verteilung auf die Personen mit einem besonderen Einkommen das neunzehnfache Durchschnittseinkommen auf! So entdeckt man die „wunderbarsten Sachen" und die **beispiellosesten Dummheiten des Wiemer-Blattes,** wenn man nur ein wenig rechnen kann!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1908.

Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte.

In der heutigen Sitzung des Reichstages behandelte Genosse Hoch die Hülfskassenfrage, indem er den Plan der Regierung, die Selbstverwaltung der Kassen zu vernichten oder zu beeinträchtigen, scharf zurückwies. Die Schwindelkassengefahr lasse sich bannen, wenn nur die Aufsichtsbehörden von ihren Befugnissen den richtigen Gebrauch machen wollten. Je weitgehender übrigens die Selbstverwaltungsbefugnisse der freien Hülfskassen seien, um so gesündere Verhältnisse würden wir bekommen.

Wahrhaft skandalös sei es dagegen, wie die Berufsgenossenschaften mit den invaliden Arbeitern umspringen, was der Redner durch verschiedene Beispiele belegte. Sehr bedauerlich sei es, daß der Präsident des Versicherungsamtes, Herr Kaufmann, durch seine lobpreisenden Festreden die Berufsgenossenschaften in ihrer arbeiterfeindlichen Haltung bestärke. So habe er bei dem Festmahl der Seeberufsgenossenschaft den Ausspruch getan, trotzdem Herr Leis dabei anwesend war, der in einem bekannten Briefe die Unfallverhütungsvorschriften als „Dekoration" verhöhnt habe. Bei diesen Ausführungen widerstand Herr Heckscher nicht dem heißen Drang, durch einige tiefempfundene Zwischenrufe als Offizialverteidiger der Hamburger Reeder sich in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Indem Hoch dann für die Vereinheitlichung der Kranken- und Unfallversicherung eintrat, verwandte er einige Worte darauf, die jüngsten Angriffe des Herrn Dr. Mugdan auf die Sozialdemokratie zurückzuweisen. Auf Herrn v. Dirksen nochmals einzugehen, lohnt sich nicht, da dessen Kolportage abgestandener Reichslügenverbandsmärchen zu geschmacklos sei, als daß sie außerhalb seiner nächsten Nachbarschaft noch Eindruck machen könnte. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg habe die Behauptung aufgestellt, daß er in den Arbeitskammern auch die Arbeiter in vollem Maße zu Wort kommen lassen wolle. Dem widerstreite aber der Wahlmodus, der vorgeschlagen werde. Nur bei allgemeiner, geheimer und direkter Wahl würde die wahre Meinung der Arbeiter auch da zur Geltung kommen.

Herr v. Bethmann-Hollweg vermied es in seiner Erwiderung, den Wahlmodus des Gesetzentwurfs zu rechtfertigen, indem er sich mit dem allgemein gehaltenen Vorwurf aus der Affäre zu ziehen suchte, daß die Sozialdemokratie der Regierung immer mißtraue. Eingehender trat er der Bemängelung des neuen Rentenfestsetzungsverfahrens entgegen, indem er behauptete, diese Revision des Verfahrens sei notwendig geworden, um die Ausbeutung der Invalidenkassen durch Simulanten zu verhüten.

Der Freisinnige Dr. Mugdan wärmte seine sattsam bekannten Vorwürfe wieder auf, daß die Sozialdemokratie die Krankenkassen zu ihren Parteizwecken mißbrauche und die Aerzte vergewaltige, was ihm, wie üblich, die freudige Zustimmung der Konservativen und antisemitischen Scharfmacher zuzog.

Zum Schluß entspann sich daraus noch ein Kleingewehrfeuer von persönlichen Bemerkungen zwischen Hoch und Mugdan.

Antisozialpolitik.

Am Freitag fuhr das Geldsackparlament in der Prinz-Albrecht-Straße in der Mißhandlung des Eisenbahnetats fort. Ein Antrag des Freikonservativen Gamp auf Gewährung freier Fahrt für die Wahlmänner rief so etwas wie eine Wahlrechtsdebatte hervor. Der Groß-Lichterfelder Dividendenmüller, früher im Reichstage als Müller-Sagan bekannt, im Abgeordnetenhause aber auf den Namen Müller-Berlin hörend, und unterschiedliche andere Freisinnige wagten ein leises Murren über das Dreiklassenwahlrecht, und ein Zentrumsabgeordneter mischte gar einige fromme Fähren in die freisinnigen Krokodilstränen. Die Junker taten jedoch den Freisinnigen nicht den Gefallen, sich auf eine Wahlrechtsdebatte einzulassen, und der Freifahrtsantrag wanderte an die Budgetkommission. — Im weiteren Verlauf der Sitzung unterhielt man sich über die Lage der Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter. Max Hirsch sel. Erbe, Goldschmidt, fand den Mut zu einigen sozialpolitischen Forderungen. Aber so sanftmütig er auch sprach: stirnerunzelnd wies Budde Nachfolger den freisinnigen Kritiker in die Schranke des Blockes zurück. Auch ein Zentrumsmann entrüstete sich über freisinnige Arbeiteraufhetzung! Man sieht, wie recht der seitdem ausgemerzte Posadowsky gehabt hat, als er von den verschiedenen Gesichtern sprach, die die Parteien im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause aufstecken. Dem Zentrum wird, wenn es wieder einmal sein sozialpolitisches Paradepferd reitet, sein König-Krefeld noch oft unter die Nase gerieben werden. Der Freisinn hat aber auch kein Recht, groß zu tun. Es ist noch unvergessen, wie noch in der vorhottentottischen Periode der Rektor aller Freisinnigen aus der Dieffenbachstraße im „Kreuzzeitungs"tone den Herrn v. Gerlach abkanzelte, weil dieser an der „Autorität" der Postverwaltung gerüttelt haben sollte.

Zuletzt spann sich in der Sitzung ein breites Geschwätz über die Kohlenfrage an, das am Sonnabend seine Fortsetzung finden soll.

Industrielle und agrarische Preistreiberei.

Obgleich die Getreide-, Vieh-, Milch- und Butterpreise eine enorme Höhe erreicht haben und den ländlichen Großgrundbesitzern hohe Profite eintragen, blicken die „Edelsten" der Nation doch mit offensichtlichem Aerger auf die Kohlen- und Eisenindustriellen, denen ihre Syndikate gestatten, ihren Abnehmern noch ganz andere Preissteigerungen aufzuzwingen, als trotz des schönen „vaterländischen" Zolltarifs den Agrariern möglich ist. Gegen das Schröpfen und gegen hohe Profite haben sie nichts einzuwenden; aber der Hauptvorteil gebührt nach ihrer Ansicht dem in Rittergütern, Rindern und Schweinen angelegten Kapital, und nicht dem Bank-, Bergwerks- und Hüttenkapital, zumal unter den Vertretern dieser Kapitalarten sich gar manche befinden, deren Großväter oder Väter mit den Hausierpacken aus den Gefilden Polens und Galiziens eingewandert sind. Deshalb weist die agrarische Presse mit Vorliebe auf die hohen Profite der Kohlen- und Hüttenindustrie, ganz besonders aber auf die rücksichtslose Preispolitik des Kohlensyndikats hin. So schreibt das Bündlerblatt, die „Deutsche Tageszeitung", im Anschluß an einen Artikel eines hiesigen Lokalblattes, in welchem dem Kohlensyndikat verblüffende Rücksichtslosigkeit vorgeworfen wird:

„Dieser Vorwurf ist schwer, aber berechtigt. Das Kohlensyndikat hat trotz des Rückganges der Konjunktur eine Preisermäßigung nicht eintreten lassen. Wohl aber hat es, um die Kohlenpreise hoch zu halten, Bestimmungen über die Einschränkung der Förderung getroffen und bis in die letzte Zeit hinein die Kohleneinfuhr zu billigeren Preisen in das Ausland forciert. Ein Syndikat kann wirtschaftlich förderlich sein; das Kohlensyndikat ist es bisher nicht gewesen und hat durch seine letzten Maßnahmen aller Welt bewiesen, wie schädlich ein Syndikat sein kann. Unseres Erachtens darf die Regierung diesem Treiben nicht mehr ruhig zusehen. Zunächst müssen die Vorzugstarife für die Kohlenausfuhr sofort vollkommen beseitigt werden. Aber das genügt doch nicht. Man wird die Frage eines Kohlenausfuhrzolles nunmehr wieder erörtern müssen; die Reichsfinanzreform gibt den natürlichen Anlaß dazu. Aber auch das reicht noch nicht aus. Wir müssen angesichts der Erfahrungen dieser letzten Zeit ein Gesetz über die Beaufsichtigung der Syndikate schaffen. Graf v. Posadowsky soll nach Mitteilungen, die unwidersprochen geblieben sind, einen solchen Entwurf bereits ausgearbeitet haben. Hoffentlich holt der neue Staatssekretär des Innern diesen Entwurf aus dem Schubfache. Falls er verständig gestaltet ist, wird er vermutlich im Reichstage kaum irgendwelchen Widerstand finden. Sollte aber auch das noch nicht genügen, so würde man der von uns seit langer Zeit immer wieder aufgeworfenen Frage näher treten müssen, ob nicht eine **Verstaatlichung der Kohlenwerke** geboten und notwendig sei. Die Herren vom Syndikate scheinen sich als Herren der Lage zu fühlen. Dieses Gefühl muß ihnen unbedingt genommen werden. Mit den deutschen Kohlenschätzen darf nicht nach Willkür geschaltet werden; der Staat hat die Pflicht und Schuldigkeit, das Interesse der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands gegenüber dem Kohlensyndikate zu wahren. Entzieht er sich dieser Pflicht, so versündigt er sich nicht nur an der Gesamtheit, sondern auch an der Zukunft."

Wir sind ausnahmsweise völlig mit dem Bündlerblatt einverstanden, auch mit der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke. Jedenfalls wäre eine staatliche Expropriation der Bergwerksmagnaten (bei der natürlich nicht die hohen Kohlenpreise des letzten Jahrzehnts als normal gelten dürften, sondern die Erträge vor der Begründung des Syndikats im Jahre 1893 in Anrechnung gebracht werden müßten) dem Volkswohl weit dienlicher, als die jüngst vom preußischen Landtag genehmigte Enteignung polnischer Grundbesitzer. Aber, unparteiisch wie wir sind, finden wir, daß die Herren Agrarier nicht weniger die Zwangslage zugunsten der Füllung ihrer Taschen ausnützen, als die Interessenten des Kohlensyndikats. Auch sie haben sich „trotz des Rückganges der Konjunktur" nicht bewogen gefühlt, die Preise für ihre Landprodukte herabzusetzen. Im Gegenteil, sie nutzen genau in derselben Weise die Marktlage zur Preistreiberei aus, wie die Kohlenmagnaten. Hat deshalb nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung" der Staat die Pflicht, durch bestimmte Zollmaßnahmen den ehrsamen Leuten der Firma Kirdorff und Konsorten ihr Treiben zu legen, so hat er nicht minder die Verpflichtung, den jetzigen hohen Preisstand des Getreides durch Aufhebung der Getreidezölle herabzudrücken.

Vielleicht versteht sich die agrar-konservative Fraktion des Reichstages in ihrer Fürsorge für das Volkswohl dazu, im Reichstage einen Antrag zu stellen, in den sie die obigen Wünsche der „Deutschen Tageszeitung" aufnimmt und zugleich eine Suspension der Getreidezölle fordert. Auf unsere Zustimmung kann sie bestimmt rechnen. —

Der couragierte Freisinn.

Freisinnige Kreise planen das kühne Unternehmen, demnächst in Berlin eine — — öffentliche Wahlrechtsversammlung abzuhalten, in der Herr Naumann reden soll. Um aber diese öffentliche Versammlung abzuhalten, bedarf es nicht etwa nur der öffentlichen Ankündigung, sondern komplizierter Vorbereitungen. So ist folgendes Zirkular versendet worden:

Berlin, den 28. Februar 1908.

Sehr geehrter Herr!

Im kleinen Kreise liberaler Freunde ist der Gedanke aufgetaucht, ob es als Fortsetzung der Wahlrechtsbewegung nicht zweckmäßig sei, in einer großen öffentlichen Versammlung hier in Berlin Herrn Dr. Naumann Gelegenheit zu geben, seine Anschauungen über das Wahlrecht zu entwickeln. Die Veranstaltung einer solchen Versammlung hätte keinerlei Schwierigkeiten, wenn der Besuch nur gestattet würde gegen Vorzeigung einer Eintrittskarte. Man mag über das System der Eintrittskarten urteilen wie man will, in diesem Falle erscheint es uns notwendig, zu zeigen, daß der Liberalismus seine Anschauungen über Wahlrechtsfragen auch vor einer ungesiebten Zuhörerschaft vertreten kann. Es sind deshalb offizielle Organisationen für die Ver-

anstaltung einer solchen Versammlung schwer zu interessieren. Wir haben deshalb geplant, ein privates Komitee zu bilden, das seinerseits die Versammlung einberuft. Herrn Dr. Naumann als Referenten bittet und alle Vorbereitungsarbeiten übernimmt. Um die Sache ins Werk zu setzen, ist zunächst eine Vorbesprechung unter denjenigen Herren notwendig, die sich voraussichtlich für die ganze Angelegenheit interessieren werden.

Wir laden deshalb hiermit zu einer diesbezüglichen Sitzung ein auf Montag, den 2. März 1908, abends 8 Uhr, im „Patzenhofer", Berlin, Potsdamer Straße 123a.

Zu dieser Versammlung möchten wir auch Sie einladen und bitten um Ihr Erscheinen. Sollten Sie in Ihrem Kreise ein oder zwei befreundete Herren haben, die sich für den ganzen Plan interessieren, so stellen wir nichts in den Weg, daß diese in der genannten Sitzung mit Ihnen erscheinen.

Wir wollen nur anfügen, daß geplant ist, die Versammlung am 22. März abzuhalten und zwar entweder im Zirkus Busch, wenn sich die nötigen Mittel dazu herbeischaffen lassen, oder sonst in den Germania-Festsälen in der Chausseestraße.

Hochachtend ergebenst

Anton Erkelenz, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 100.
M. Schumacher. H. Bleicher, Arbeitersekretär.

Die Arrangeure der Versammlung sind Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbeamte. Sie wollen die Ehre des Berliner Freisinns retten und zeigen, „daß der Liberalismus seine Anschauungen über Wahlrechtsfragen auch vor einer ungesiebten Zuhörerschaft vertreten kann." Aber ach, ein solches Wagnis riskiert keine offizielle Freisinnsorganisation! Ja, wenn man nur Leute gegen Einlaßkarten zulassen und harmlose Zwischenrufer kurzerhand aus dem Saale befördern könnte, wie in der letzten freisinnigen Versammlung bei Buggenhagen, so hätten die Müller-Sagan, Kopsch und Mugdan Courage — aber in freier Diskussion die Freisinnssünden zu verantworten, das getraut sich keiner dieser traurigen Helden! Da soll Herr Naumann als inoffizieller Nothelfer in die Bresche springen. Damit aber Herr Naumann keinen zu schweren Stand hat und die Versammlung nicht gar zu „ungesiebt" wird, trommelt man alle freisinnigen Arbeiter und Angestellten schon wochenlang vorher zusammen. Und je nachdem man über die nötige Zahl von „Gesiebten" nebst den dazu gehörigen Moneten verfügt, will man entweder den Zirkus Busch oder die nur knapp halb so viele Besucher fassenden Germaniasäle als Versammlungslokal benutzen! Es geht doch nichts über freisinnigen Heldenmut! Und die mit so großer Mühe zustande gebrachte Aufführung soll dann beweisen, „daß der Liberalismus seine Anschauungen über Wahlrechtsfragen auch vor einer ungesiebten (!) Zuhörerschaft vertreten kann."

Nur hübsch, daß wir der Oeffentlichkeit zeigen können, wie sorgfältig die ungezwungene Heldenpose vor dem Spiegel eingeübt wird, um dann vor dem geladenen „ungesiebten" Publikum „improvisiert" zu werden!

Einstmals im März.

Als vor sechzig Jahren die Märzstürme durch die westlichen Länder Europas fegten, da wurde es auch dem Despoten an der Newa ängstlich zu Mute. Er erließ sofort einen Ukas an das Ministerium, in dem er unter anderem sagte:

„Im westlichen Europa haben Ereignisse stattgefunden, welche die böse Absicht verraten, alle gesetzlichen Autoritäten zu stürzen. Die freundschaftlichen Verträge, die Rußland mit dem Nachbarstaate binden, legen uns die Verpflichtung auf, einen Teil unserer Heere in kriegsbereiten Zustand zu versetzen, damit, wenn die Ereignisse es erheischen, gegen den verderblichen Strom der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr bereit steht."

Ueber diesen Erlaß gerieten die Liberalen in Ostpreußen derartig in den Harnisch, daß sie in der „Deutschen Allg. Ztg." einen Aufruf veröffentlichten, der recht bemerkenswerte Worte über den moskowitischen Freund enthält. Unter anderem heißt es darin:

„Unser Dasein steht auf dem Spiele. Wir kennen jene Macht, die so gern zwischen die deutschen Stämme hineintritt, vor deren eisigem Hauche das Leben erstarrt, deren Freundschaft Schwereres bringt, als selbst der Krieg. Von der Düna bis zur Newa werden deutsche Bauern und Handwerker ausgebeutet. Rußland hat wieder Appetit auf unser Königsberg. Rußland hat unseren Wohlstand ruiniert, hat uns vor 30 Jahren über den Löffel barbiert. Rußland würde unser Volksleben zertreten. Seine Freundschaft würde uns aus der Liste der zivilisierten Nationen streichen. Das sind keine Träume, keine Gespenster. Alles das wird schreckliche Wahrheit, wenn die preußische Regierung den Ratschlägen des nordischen Fuchses folgt. Darum erheben wir laut unsere Stimme, daß wir keinen Krieg gegen unsere Ehre, unsere Interessen, unsere Freiheit wollen. Wir kennen unsere Pappenheimer. Aber jetzt sind die Waffen in den Händen des Volkes, und dieses Volk will keinen Bund mit Barbaren, der sich nur gegen das Volk selbst richten würde."

Das waren die Liberalen vor sechzig Jahren. Heute liegen die Enkel jener Männer vor dem zweiten Nikolaus im Staube.

Wie sich Herr v. Köller die reichsländische Verfassungsreform denkt, soll er nach der „Mülhauser Volkszeitung" in Abgeordnetenkreisen geäußert haben. Erstes Erfordernis wäre, so meinte er, eine erste Kammer mit Ständevertretung. Und das Wahlrecht zum Landesausschuß könne dann so geändert werden, daß die 20 Abgeordneten, die jetzt die Landgemeinden der 20 Kreise wählen, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt würden. Dagegen müsse die Wahl der übrigen Abgeordneten durch die Bezirkstage und die Gemeinderäte der vier großen Städte beibehalten werden. Das bedeutet, daß auch in Zukunft die Sozialdemokratie nur in den vier Städten Aussicht hätte, einen Kandidaten durchzubringen.

Zur Erbschaftssteueraffäre des Fürsten Hohenlohe-Langenburg, früheren Statthalters von Elsaß-Lothringen, erklärt Professor Laband, daß die Nachricht, er hätte der elsaß-lothringischen Regierung ein Rechtsgutachten dahin erstattet, daß der Statthalter von der Erbschaftssteuer frei sei, nicht wahr ist:

„Ich bin von keiner Seite zu einem Rechtsgutachten aufgefordert worden und habe überhaupt meine Ansicht über diese Frage niemals geäußert. Ich darf hinzufügen, daß, wenn ich gefragt worden wäre, meine Antwort nicht in dem mir unterschobenen Sinne ausgefallen wäre."

Jetzt wird wohl dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg nichts anderes übrig bleiben, als in den Erbschaftssäckel zu greifen.

Weiter wird richtig gestellt, daß, da es sich bei der Erbschaftssteuer um eine Verkehrssteuer handelt, an der Sache nicht der verstorbene Direktor der direkten Steuern, Herr Rabe, sondern nur der ebenfalls verstorbene Direktor der Verkehrssteuern, Herr Carl, beteiligt gewesen sein könne. —

Der Fluch der Armut.

In Hirschberg fand eine Mutter von acht Kindern keinen anderen Ausweg mehr, den herzzerreißenden Hunger ihrer Kleinen zu stillen, als daß sie diese betteln schickte. Als das zur Kenntnis der Behörde kam, sorgte man nicht etwa dafür, daß die Kinder auf andere Weise gesättigt werden, man brachte die Frau vor den Richter und verurteilte sie zu fünf Tagen Haft — von Rechts wegen! —

Die preußische Wahlrechtsfrage hat im Nürnberger Freisinn zu einem kleinen Familienzwist geführt. Vor einigen Wochen tat sich ein aus Mitgliedern der verschiedenen Blockparteien bestehendes Komitee zusammen, um Theodor Barth nach Nürnberg kommen und in einer Volksversammlung über die preußische Wahlrechtsfrage sprechen zu lassen. Vom Freisinn wurde diese Versammlung boykottiert. Nun hatten aber drei Freisinnige, der Postexpeditor Bengert, der Magistratsrat Heim und der Gemeindebevollmächtigte Käser, die Einladung zur Versammlung mit unterschrieben. Wie die bürgerliche Presse meldete, sollen sie deshalb von ihrer Parteileitung zur Verantwortung gezogen werden. Als Antwort versetzen sie der Parteileitung in einer öffentlichen Erklärung einen feinen Hieb, indem sie betonen, daß sie vollständig im Einklang mit dem Programm der Freisinnigen Volkspartei und den Grundsätzen des entschiedenen Liberalismus gehandelt haben und die Einberufung einer Parteiversammlung verlangen, die entscheiden soll, ob das zutrifft. —

Oesterreich-Ungarn.

Ein politischer Mord in Kroatien.

Agra, 6. März. Aus politischen Motiven wurde in der Ortschaft Jasenivic der dortige angesehene Bürger Dragics, ein Kroat, ermordet. Als der Tat verdächtig wurden zwei Grundbesitzer serbischer Nationalität verhaftet.

Rußland.

Volks„bildung".

Das Oktobristenblatt „Golos Moskwy" bringt eine Anzahl nach offiziellem Material zusammengestellter statistischer Daten zur Frage der Volksschulreform für das Jahr 1906. Unter der damals 144,1 Millionen Köpfe starken Bevölkerung Rußlands befanden sich bloß 26,5 Millionen oder 18,4 Proz. Alphabeten. Die jährlichen Ausgaben des Staates für Volksbildung betrugen pro Kopf der Bevölkerung 11 Kopeken. Mit Hinzurechnung der von den Städten, Landschaften und Gemeinden für Unterrichtszwecke aufgebrachten Summen wuchs dieser Betrag auf die Summe 41 Kopeken pro Kopf der Bevölkerung!

Wie gering diese Zahlen sind, zeigt der Vergleich mit anderen Ländern. Es verbrauchten für Volksbildungszwecke pro Kopf der Bevölkerung: Frankreich 166, Deutschland 245, Vereinigte Staaten 486, Neu-Seeland 574 Kopeken. Sogar in China steht die Volksbildung auf einer bedeutend höheren Stufe als in Rußland, wo der Staat bei einem Budget von 2515 Millionen bloß 9,1 Millionen für den Volksschulunterricht übrig hat.

Der echt russische Zar.

Petersburg, 6. März. Vertreter des reaktionären Verbandes des russischen Volkes werden in Zarskoje Selo jetzt auffallend häufig empfangen. Wie die Blätter melden, wird der Führer des Verbandes, Dubrowin, dem Zaren in der nächsten Woche Vortrag über die innere Lage halten. Die an den Judenhetzen beteiligten Personen, selbst die bereits gerichtlich Verurteilten, sind in letzter Zeit auffallend häufig begnadigt worden.

Japan.

Der Konflikt mit China.

Hongkong, 6. März. Der Vizekönig von Kwantung hat beschlossen, das japanische Schiff Tatsu Maru festzuhalten, trotz der Befehle von Peking, die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise zu regeln. —

Amerika.

Gegen Neger und Japaner.

New York, 6. März. Der „New York Sun" zufolge haben die Kongreßmitglieder der Südstaaten und der Küste des Stillen Ozeans ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, wonach erstere sich verpflichten, ihre Kollegen des Westens bei allen Bemühungen zu unterstützen, wodurch der Ausschluß der Japaner aus dem amerikanischen Staatsgebiete erzielt werden kann. Dagegen verpflichten sich die Kongreßmitglieder des Westens, ihre Kollegen der Südstaaten in der Negerfrage zu unterstützen.

Aus der Partei.

Bei den „Unabhängigen".

Paris, 4. März. (Eig. Ber.) In Marseille haben einige Leute zwei Tage lang zusammengesessen und gestritten, und da es Leute waren, die der sozialistischen Partei den Rücken gekehrt haben, seitdem sie von ihren Angehörigen Disziplin und materielle Opfer verlangt, hieß das bewegte Kollegium pompös: „Zweiter Kongreß der französischen sozialistischen Partei." Die Veranstaltung ist so trübselig ausgefallen, daß auch die Bourgeoispresse, so weit sie ihr nicht das Wohlwollen des Schweigens erweist, ihre Bedeutungslosigkeit zugeben muß: „Es sind Radikalsozialisten, die das Wort Sozialist etwas akzentuieren. Eine Nuance, das ist alles", sagt das „Journal des Débats" sehr richtig. Charakteristisch ist, daß einem Delegierten eines radikalsozialistischen Komitees tatsächlich die Teilnahme an der Verhandlung gestattet wurde. Im übrigen gab es gerade wegen der Zulassung langwieriges Gezänk. Gegen die „Föderation" der Unabhängigen des Seine-Departements hat sich nämlich eine Opposition gebildet, die, um ihre Gegner bei den Parteifreunden recht schlecht zu machen, sie als verkappte „Unifizierte" denunziert. Man weiß also nicht genau, wer zu der Partei noch gehört. Für die „konsequenten" Unabhängigen sind auch jene doktrinäre Sektierer, die über die Blocktreue hinaus von der Partei eine gewisse Uebereinstimmung verlangen. Zumal die Deputierten wollen von einer solchen Tyrannei nichts wissen. Als bei der Diskussion der Altersversicherung ein Delegierter jener verdächtigen Seine-Föderation forderte, daß die Deputierten die Regierung antreiben sollten, die prinzipielle Annahme des Entwurfs im Senat durchzusetzen und hernach die Gesetzesbestimmungen zu verbessern, erklärte der Deputierte Carnaud, man dürfe jenen Leuten kein Argument liefern, die behaupten, daß die Altersversicherung Frankreich ruinieren werde. Man solle die Deputierten nicht durch solche Beschlüsse „genieren". Eine noch stärkere Sorge, sich nicht genieren zu lassen, legten die Deputierten gegenüber dem Antrage an den Tag, der sie zu einer festen Parteisteuer verpflichten wollte. Mit einer in ihrer parlamentarischen Tätigkeit unbekannten Einstimmigkeit erklärten sie, daß eine solche Zumutung ihre Würde verletze und daß sie im Falle seiner Annahme den „Kongreß" verlassen würden. Schließlich wurde — wenn auch immer noch gegen ihre Stimmen — folgender Beschluß gefaßt: Die Deputierten tragen kollektiv zu den Parteiausgaben bei, in einem Ausmaße, das die parlamentarische Fraktion selbst bestimmt... In der Frage des Koalitionsrechts der Beamten sprach sich der Kongreß für eine „Erweiterung" dieses Rechts aus, was keinen Deputierten verhindert, am Strick mitzuflechten, womit die Beamtengewerkschaften erwürgt werden sollen. Dagegen wurde ein entschiedener Beschluß über das Listenskrutinium und das Proportionalsystem gefaßt. Diese Reform wurde als „reaktionär" abgelehnt. Das Proportionalsystem fordert ja organisierte Parteien und eine solche ist die „unabhängige" Falstaff-Kompagnie nicht. Die Ablehnung wurde mit 21 gegen 14 Stimmen beschlossen — Ziffern, die die Bedeutung dieses „Kongresses" illustrieren. Zur Erheiterung sei endlich noch mitgeteilt, daß die Unabhängigen für „internationale Verständigung und Aktion der Arbeiter" sind. Der Wunsch ist schon in Erfüllung gegangen und das internationale Proletariat hat sich unter anderem auch darüber verständigt, daß es „Sozialisten" wie den Unabhängigen ihre vollkommene Unabhängigkeit von der Arbeiterbewegung sichert.

Der Bericht des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie für 1907 ist erschienen. Die Mitgliederzahl der einzelnen Organisationen hat sich im Berichtsjahre erhöht, doch ist eine ziemliche Anzahl von Organisationen vorhanden, die einen Rückgang zu verzeichnen haben. Drei im Jahre 1906 neugegründete Organisationen sind im Jahre 1907 wieder eingegangen (Lenzkirch, Kuppenheim, Menzingen). Neu gegründet wurden Organisationen in Meßkirch, Säckingen, Müllheim, Wiedersheim (bei Lahr), Lichtental, Schönau (bei Heidelberg), Neckargerach, Petersthal, Bammenthal, Eppingen und Wertheim.

Der Bericht sagt, daß für die Agitation mehr geschehen müsse, doch sei das erst möglich, wenn dem Landesvorstand mehr Mittel zur Verfügung stünden. Der Zehnpfennig-Wochenbeitrag müsse in nicht allzuferner Zeit zur Einführung gelangen.

Der „Volksfreund" zu Karlsruhe hat eine erfreuliche Entwickelung genommen. Das Blatt erscheint seit Beginn des 4. Quartals 1907 8seitig und hat jetzt 3 Redakteure. Die Auflage betrug am Ende des Berichtsjahres 14 000, was gegenüber dem Jahre 1906 einen Rückgang um 1400 bedeutet. Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, daß der „Volksfreund"" infolge der Gründung der „Pforzh. Freien Presse" 1800 Abonnenten an diese abgeben mußte.

Ein neuer Kämpfer. In Jena ist die Nummer 1 des „Weimarischen Landboten" für den 3. weimar. Wahlkreis erschienen. Das für die Landarbeiter bestimmte Blatt soll gratis verteilt werden.

Neues Arbeitersekretariat. Das Arbeitersekretariat für Hof und Umgebung hat dieser Tage in Hof, Marienstraße 79, seine Tätigkeit eröffnet.

Angefochtene sozialdemokratische Stadtverordnetenmandate. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse zu Kassel sind bekanntlich sieben Sozialdemokraten gewählt worden. Vier von ihnen mußten Hausbesitzer sein und die Kasseler Genossen glaubten dieser Bedingung genügt zu haben. Der Magistrat erkannte aber nur zwei der Gewählten als Hausbesitzer an; die Genossen Hauschildt und Weddig, die Mitglieder der Baugenossenschaft Solidarität sind, sollen nach Beschluß des Magistrats keine Hausbesitzer sein, weshalb ihre Wahl ungültig sei. Gegen diese Entscheidung wollen unsere Genossen Klage erheben.

Kirchliche Unduldsamkeit.

In Jebenhausen (Württemberg) war am vorigen Sonnabend der Genosse Banser gestorben. Die Leiche sollte zur Feuerbestattung nach Stuttgart übergeführt werden. Da die Hinterbliebenen ehrlicherweise die Mitwirkung eines Geistlichen bei der Bestattung abgelehnt hatten, so wurde die Benutzung des bereits zugesagten Leichenwagens, der Eigentum der Kirchengemeinde ist, kurz vor dem zur Ueberführung angesetzten Termin vom Ortsgeistlichen verboten. Die Hinterbliebenen kamen in große Verlegenheit. Schließlich konnte die Leiche auf einem von der Stadtgemeinde Göppingen gestellten Leichenwagen nach Stuttgart gebracht werden.

Die isländische Arbeiterpartei und die Gemeindewahlen in Reykjavik.

Nach der neuen isländischen Gemeindeverfassung haben alle Männer und Frauen, verheiratete wie ledige, vom 25. Lebensjahre ab das gleiche Wahlrecht, sofern sie mindestens 5 Kronen Steuern im Jahre zahlen. Für die Wahlen gilt das Proportionalwahlsystem. In der Hauptstadt Islands hatten nun die ungefähr 2000 Wahlberechtigten 13 Stadtverordnete zu wählen. Da die sozialdemokratische Arbeitervereinigung in ihren Reihen an 700 wahlberechtigte Mitglieder zählte, konnte sie auf mindestens vier Mandate rechnen. Gewählt wurde jedoch nur einer ihrer Kandidaten. Mehr Erfolg hatte eine bürgerliche „unparteiische" Frauenliste, deren vier weibliche Kandidaten sämtlich gewählt wurden. Schuld an dem Mißerfolg unserer Genossen war hauptsächlich der Umstand, daß es der jungen Arbeiterpartei noch an der nötigen Einmütigkeit fehlte. Einige Gewerkschaften stellten besondere Kandidaten auf und stifteten Verwirrung unter den Arbeiterwählern, was um so verderblicher wirkte, als die kapitalistischen Parteien kein Mittel scheuten, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen.

In Kopenhagens „Socialdemokraten" schreibt ein isländischer Parteigenosse über die Wahl:

„Ja, wir haben eine Niederlage erlitten und das schmerzt uns, denn wir hätten einen glänzenden Sieg erringen können. Aber wir trösten uns mit der Hoffnung, daß wir aus der Niederlage eine Lehre gezogen haben, die uns später wohl zum Siege führen wird."

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. Genosse Steinkamp vom „Volksblatt für Bochum" hat das Zentralgefängnis zu Bochum aufsuchen müssen, um dort 19 Tage zur Abbüßung zweier angeblicher Beleidigungen zu verbringen.

Strafkonto der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung des demokratischen Gemeinderatsmitgliedes Simonet, dessen die Gemeinde benachteiligende Grundstücksgeschäfte gebührend kritisiert worden waren, ist Genosse Jean Martin von der „Mülhauser Volkszeitung" von dem Schöffengericht zu Mülhausen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Kläger Simonet erhielt auf Widerklage 50 M. Geldstrafe zudiktiert.

Genosse Quint von der „Volksstimme" zu Frankfurt a. M. wurde von der Strafkammer zu Frankfurt a. M. mit 25 Mark Geldstrafe belegt, weil er das Verfahren eines Schiersheiner Gemeindesekretärs gerügt hatte, der mit „sanften handgreiflichen Ermahnungen" Geständnisse von Kindern zu erzielen suchte.

Gewerkschaftliches.

Zum drohenden Kampfe im Baugewerbe

läßt sich die Verwaltungsstelle Essen des Zentralverbandes der Zimmerer u. a. vernehmen:

Es liegt offen zutage, daß die Bestrebungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe von jeher darauf gerichtet waren, einmal eine Kraftprobe großen Umfanges mit den Arbeiterorganisationen des Baugewerbes herbeizuführen, sie sozusagen zum Weißbluten zu bringen, und sich auf diese Weise „endgültige Ruhe zu verschaffen vor den immer unerträglicher, immer begehrlicher werdenden Forderungen der Arbeitnehmer".

Was es mit dieser Begehrlichkeit auf sich hat, möge die Tatsache zeigen, daß der Durchschnitt des in Deutschland für einen Zimmerer gezahlten Stundenlohnes zurzeit 47 Pf. beträgt. 47 Pf. Stundenlohn für einen Saisonberuf, dessen Angehörige während des größten Teiles des Winters auf der Straße liegen, eines Berufes, welcher in der Unfallversicherung in einer der höchsten Gefahrenklasse rangiert. Schon ein Jahr nach der Gründung des Arbeitgeberverbandes, 1899 in Karlsruhe, erklärte dessen Vorsitzender, die Machtprobe sei unumgänglich.

Nach der großen Bauarbeiteraussperrung 1904 im mitteldeutschen Gebiet wurde zur Erreichung dieses Zieles vorerst als allgemeine Richtlinie empfohlen, alle zu tätigenden Verträge zu einem gleichen Zeitpunkte ablaufen zu lassen.

Präzisere Beschlüsse faßte die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes zu Köln im Februar 1907 dahingehend, daß 1. alle zu vereinbarenden Verträge bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis 31. März 1910 abzuschließen seien; 2. daß alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Verträge der Genehmigung der Bundesleitung bedürfen; 3. eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden nur nach vorausgegangenem verlorenen Streik, und nur mit Genehmigung der Bundesleitung eintreten zu lassen; 4. den 1. Mai unter keinen Umständen als Feiertag anzuerkennen.

Damit war ja eigentlich schon die Kampfparole ausgegeben und es galt nur noch den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten, um die Machtprobe ins Werk zu setzen.

Der Ablauf der geltenden Verträge für das hiesige Industriegebiet und für das mitteldeutsche Gebiet, wie nicht minder die Geschäftsstockung im Baugewerbe infolge der wirtschaftlichen Krise, scheinen nun den Herren vom Arbeitgeberverbande der richtige Zeitpunkt zu sein, um ihre Absichten in die Tat umzusetzen. Auf ihrer Generalversammlung am 21. Oktober 1907 zu Berlin wurde nun der famose Musterarbeitsvertrag ausgearbeitet, und zu den in Köln gefaßten Beschlüssen kam noch hinzu, daß Lohnerhöhungen in keinem Falle gewährt werden dürfen, ja, daß der bisherige Stundenlohn nur tüchtigen Gesellen zu zahlen sei, sowie die Bestimmung, daß nur auf Grund der unveränderten Annahme dieses Mustervertrages durch die Arbeitnehmer ein Vertrag abgeschlossen werden darf. Und weiter: (Wir lassen Herr Felisch, den Vorsitzenden des Bundes selbst reden):

„Das Endziel ist darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt wird, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfanges angedroht und durchgeführt werden soll"; und „wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich bestimmt vorausgesetzt, daß sich an einer vorzunehmenden Aussperrung auch diejenigen Unterverbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben."

Die Herren wissen ganz genau, daß dieser Mustervertrag, der nicht nur keine Verbesserungen, sondern zum Teil sogar sehr erhebliche Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes mit sich bringen würde, für die Arbeiter unannehmbar ist. Trotzdem hatten sie noch die Stirne, in der bürgerlichen Presse zu erklären, daß sie damit die Anbahnung eines allgemeinen Tarifvertrages für ganz Deutschland bezweckten, und somit dem Wunsche der Arbeitnehmer nach Abschluß von Tarifverträgen entgegenkommen.

Jedem unbefangenen Beurteiler der Sachlage wird es nach dem bisher Gesagten wohl klar sein, daß es dieser Organisation von Scharfmachern par excellence nicht um den Abschluß von neuen Verträgen zu tun ist, sondern sie wollen die Früchte ihrer langjährigen Arbeit nun einheimsen, sie wollen die große Kraftprobe veranstalten, und die Organisation der Arbeitnehmer zum Weißbluten bringen, um ein für allemal Ruhe zu haben. Und um ja nicht mißverstanden zu werden, haben sie an einzelnen Orten sogar schon provoziert, und wie ein jüngstes Rundschreiben der Herren an ihre Mitglieder beweist, diesen anempfohlen, den Stundenlohn nicht gleich um 10 oder 15 Pf. zu kürzen, da dies nicht opportun wäre, sondern vorläufig bloß um 5 Pf.

Unter solchen Umständen nimmt es nicht wunder, daß die Verhandlungen zwecks Erneuerung der Tarife im mitteldeutschen Gebiet sowohl wie auch hier im rheinisch-westfälischen Gebiet ergebnislos abgebrochen und vertagt wurden. Die Verhandlungen erhielten dadurch ein sehr flottes Tempo, daß die Arbeitgeber den ungemein bescheiden gehaltenen Wünschen der Arbeitnehmer ein strikes „Nein" entgegensetzten.

Der unparteiische Leiter der Verhandlungen in Essen, Herr Beigeordneter Dr. Wiedfeldt, ließ denn auch durchblicken, daß er es ablehnen werde, die Komödie, wie sie von den Arbeitgebern beliebt werde, weiterhin mitzumachen.

Es wäre unnütz, anzunehmen, daß die Herren bei Wiederaufnahme der Verhandlungen einlenken werden; sie wollen den Kampf unter allen Umständen.

Die vielen vom Baugewerbe mittelbar und unmittelbar abhängigen Kleinindustrien und Gewerbe, welche durch diesen von den Drahtziehern in Berlin heraufbeschworenen Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden, sie werden nebst den kleineren und mittleren Geschäften des Maurer- und Zimmergewerbes ziemlich unsanft über die handwerker- und mittelstandsfreundlichen Bestrebungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe belehrt werden. Denn das unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in dem bevorstehenden Kampfe zahlreiche der weniger gut fundierten Geschäfte dieser Kategorie unter die Räder kommen und vernichtet werden.

Es ist dies eine Begleiterscheinung aller wirtschaftlichen Kämpfe, und sie wird von den Großunternehmern und Scharfmachern des Baugewerbes sehr gut gewürdigt, wenn sie es auch nicht zugeben wollen. Ob sie siegen oder unterliegen, auf jeden Fall sind sie die unbequeme Konkurrenz der Kleinen los.

Es wäre auch zwecklos, hier wieder zu versichern, daß wir eine friedliche Einigung wollen. Wir haben es bewiesen; der Kampf wird uns aufgezwungen.

Eine Annahme des Mustervertrages würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die Aufgabe unserer Organisation; denn eine Organisation, welche sich dem willkürlichen Diktat einer größenwahnsinnigen Unternehmerclique beugen würde, hätte für uns keinen Wert mehr.

Und so sollen sie den Kampf auch haben.

•

Eine neue Herausforderung der baugewerblichen Arbeiterschaft durch die Unternehmer ist in Groß-Berlin in Aussicht genommen. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Vororte (E. V.) hat zu Montag, den 9. d. M., nachmittags 6 Uhr, nach dem Architektenhause eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung steht als wichtigste Angelegenheit und zwar als Punkt 2:

„Mit Rücksicht auf das zahlreiche Angebot von Arbeitskräften zu einem Stundenlohn von 65 Pf., ja 60 Pf. und darunter, und mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Verbandsmitglieder gegenüber den dem Verbande nicht angeschlossenen Baugeschäften, den Stundenlohn der Maurer- und Zimmerergesellen sowie denjenigen der Bauhülfsarbeiter noch einmal herabzusetzen."

Zum Schluß heißt es in der Einladung:

„Die unter Nr. 2 der Tagesordnung zur Besprechung stehende Angelegenheit ist für das Baugewerbe Groß-Berlins von größter Bedeutung. Der Gesamtausschuß erwartet demgemäß, daß jedes Verbandsmitglied an dieser Generalversammlung teilnehmen wird."

Berlin, den 5. März 1908.

Unterzeichnet ist diese Einladung vom stellvertretenden Vorsitzenden F. Fiedler. Einlaß ist nur gegen Vorzeigung der Ausweiskarte zu erhalten. —

Im Thüringischen hat der Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe in seiner letzten Sitzung in Eisenach einstimmig beschlossen, die neuabzuschließenden Verträge in den Orten Eisenach, Erfurt, Weimar, Gotha, Meiningen, Jena, Kahla, Salzungen usw. nur auf Grundlage des Normaltarifes des Bundes abzuschließen. In allen Städten sollen, falls bis zum 31. d. M. dieser Tarif von den Arbeitnehmern nicht anerkannt worden ist, sämtliche Baugeschäfte geschlossen werden. Eine Materialsperre soll über alle diejenigen Firmen verhängt werden, die nicht organisiert sind oder dem Beschluß nicht nachkommen.

Berlin und Umgegend.

Mißstände bei der A. E. G.

Am Donnerstag tagte im „Swinemünder Gesellschaftshaus" eine stark besuchte Versammlung von Arbeitern aus dem Betriebe der A. E. G. in der Brunnen- und Voltastraße. Schon vor etwa zwei Wochen wurden in einer Versammlung verschiedene im genannten Betriebe bestehende Mißstände besprochen. Seitdem haben sich aber — wie der Referent Adolf Cohen sagte, die Verhältnisse in der A. E. G. nicht gebessert, sondern es scheine, daß weitere Verschlechterungen eingetreten sind. Es sei deshalb notwendig, daß die Klagen der Arbeiter öffentlich besprochen werden. An einer großen Zahl von Einzelfällen zeigte der Referent, daß die Betriebsleitung die gegenwärtige Zeit der Krise benutzt, um die Löhne herabzusetzen und sich einen Stamm gefügiger Arbeitskräfte heranzuziehen. Der Redner verwies in dieser Hinsicht auf die Turbinenfabrik, die auch zum Betriebe der A. E. G. gehöre. Dort würden jetzt nur solche Arbeiter eingestellt, die einen Schein vom Nachweis der Gelben haben. Die Voraussetzung zur Erlangung eines solchen Scheines sei aber der Beitritt zur gelben Organisation. Selbst im Betriebe werde verlangt, daß die Arbeiter, wenn sie nicht entlassen werden wollen, der gelben Organisation beizutreten haben. Es werde hier also ein offenkundiger Zwang auf die Arbeiter ausgeübt, der sicher bestraft würde, wenn er von einem Mitgliede einer freien Gewerkschaft ausginge, doch habe man noch nicht gehört, daß irgend jemand mit einem Strafverfahren bedacht worden wäre, der Terrorismus zugunsten der Gelben ausübt. — Verschiedene Klagen brachte der Redner vor aus der Abteilung des Meisters Bösel, wo gewisse Arbeiter begünstigt werden und der am meisten Begünstigte mit einem Revolver bewaffnet im Betriebe herumlaufe. — In der Metallgießerei beim Meister Schmidt herrsche noch das in anderen Betrieben längst beseitigte System, wonach Arbeiter, welche gewisse Hülfs- oder Nebenarbeiten in Lohn verrichten, von den Akkordarbeitern bezahlt werden müssen, so daß die Firma also in diesem Falle ihre Generalunkosten auf die Arbeiter abwälze. — Ferner führte der Redner verschiedene Fälle von Herabsetzung der Akkordlöhne an. In der Abteilung des Meisters Scholz sollen die Abzüge besonders stark sein. Bei einer Anzahl von Artikeln seien die Akkordlöhne durchschnittlich um 50 Proz. gekürzt worden. — Alles in allem seien die Verhältnisse bei der A. E. G. derart, daß man sagen könne, die Forderungen, welche man an den Betrieb einer Weltfirma stellen könne, seien hier nicht erfüllt. Die Arbeiter verlangen, daß die Arbeitsräume den hygienischen Anforderungen genügen, daß die Arbeiter durch die Vorgesetzten anständig behandelt werden, daß die Arbeitszeit nicht zu lang ist und daß die Löhne ausreichen, um eine Arbeiterfamilie anständig zu ernähren, was nach den Abzügen der letzten Zeit nicht mehr möglich ist. Vor allem aber verlangen die Arbeiter, daß ihr Koalitionsrecht seitens der Direktion und der Betriebsangestellten respektiert wird. — In nächster Zeit wolle die A. E. G. das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens feiern. Es verlaute, daß die Firma bei dieser Gelegenheit eine größere Summe für eine Wohltätigkeitskasse der Arbeiter stiften wolle. Besser wie derartige Wohltaten, die ja doch nur aus dem von den Arbeitern für die Firma erworbenen Vermögen bezahlt werden, würde es sein, wenn man die Arbeiter ausreichend bezahlt. Sie würden dann gern auf Wohltaten solcher Art verzichten. —

Die Ausführungen des Referenten, die in einem Aufruf zur Stärkung der Organisation ausklangen, fanden allseitige Zustimmung und lebhaften Beifall.

Noch eine Weltfirma.

Die Zustände in der Pianofortefabrik C. Bechstein wurden in einer Fabrikversammlung der dort beschäftigten Arbeiter besprochen. Bei dieser Firma, der größten der deutschen Musikinstrumentenindustrie, arbeiten hier in 2 Betrieben ungefähr 900 Personen, die in der Mehrzahl eine längere Reihe von Jahren dort in Beschäftigung stehen. Die Produkte der Firma Bechstein genießen in der ganzen Kulturwelt den besten Ruf. Trotzdem sind die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik von Bechstein durchaus keine mustergültigen. Wenngleich im Laufe der Jahre immer größere Anforderungen an eine sachgemäße und saubere Ausführung der Arbeit gestellt worden sind, haben die Akkordpreise bei fast allen Spezialbranchen seit länger als einem Menschenalter keine Aufbesserung erfahren. Es wurde berichtet, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo der Geschäftsgang ein schlechterer geworden zu sein scheint, die fertige Arbeit mit einer außergewöhnlichen Peinlichkeit und Genauigkeit nachgesehen wird, und in sehr häufigen Fällen Arbeitsstücke, die nach Ansicht des Meisters nicht ganz tadellos hergestellt sind, zum Nacharbeiten dem betreffenden Arbeiter zurückgegeben werden. Diesen Arbeitern entsteht dadurch eine empfindliche Schädigung an ihrem Verdienst, so daß ein derartiges Verhalten einzelner Werkführer als indirekte Lohnabzüge betrachtet werden. Am meisten haben unter diesem Zustand die Arbeiter der Pianoputzerbranche zu leiden. Bei den Hülfsarbeitern wurde in der letzten Woche eine direkte Lohnreduktion vorgenommen. Dieselben erhielten für das Reinigen und Ausfegen der Betriebsräume nach Feierabend die dazu verwendete Zeit in der Dauer einer Stunde mit 45 Pf. für dieselbe extra bezahlt. Nunmehr wurde seitens der Fabrikleitung den Hülfsarbeitern eröffnet, daß von jetzt an eine Bezahlung dieser Ueberstundenarbeit nicht mehr erfolgt. Das bedeutet für diese Arbeiter, die einen Wochenlohn von 24 M. erhalten, einen Abzug von 2,70 M. pro Woche. Diese Maßnahmen der Fabrikleitung scheinen die Arbeiter von Bechstein, die in ihrer größeren Anzahl den Bestrebungen der Organisation indifferent gegenüberstehen und nur zu 25 Proz. organisiert sind, doch ein wenig wachzurütteln. Es wurde in der Fabrikversammlung von verschiedenen Seiten auf die dringende Notwendigkeit der Organisation hingewiesen, um weiteren Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen energischen Widerstand entgegensetzen zu können. Aufmunternd wirkte hierbei das Verhalten der Klavierarbeiter der Pianofabrik von Blüthner in Leipzig, dem zweitgrößten Betriebe der Musikinstrumentenindustrie, wo nach jeder Richtung hin gleichartige Verhältnisse herrschen wie bei Bechstein. Die Arbeiter dieser Firma haben sich in ihrer übergroßen Mehrzahl seit einem Jahre dem Holzarbeiterverband angeschlossen und im vorigen Herbst eine allgemeine Erhöhung der Akkordpreise und andere nicht unwesentliche Verbesserungen durchgeführt.

Die wöchentliche Arbeitszeit im Betriebe von Bechstein ist gleichfalls noch mit 53 Stunden eine längere als die in den meisten Berliner Pianofabriken übliche 51stündige Arbeitszeit. Es scheint nunmehr dank dem Verhalten der Fabrikleitung begründete Hoffnung vorhanden zu sein, daß den Bechsteinschen Klavierarbeitern ein größeres Interesse für die Bestrebungen ihrer Klassengenossen abgewonnen werden kann.

Der paritätische Arbeitsnachweis im Steinsetzgewerbe ist für Groß-Berlin gesichert. Am Freitag tagte die paritätische Schlichtungskommission, um sich mit dem paritätischen Arbeitsnachweis zu befassen. Es wurde beschlossen, daß der paritätische Arbeitsnachweis am Montag, den 9. März eröffnet wird, und daß dann im dreimeiligen Umkreis von Berlin Umschau nach Arbeit nicht zulässig ist. Die in Frage kommenden Hülfsstellen werden noch am Nachmittag des 9. März eingerichtet.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker!

Der Unternehmer Emil Wunsch — Bau Krossenerstr. 5 — ist für Kleber wegen Nichtbezahlung der Tarifpreise gesperrt.

Freie Vereinigung der Tapezierer
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 14, Tel. 1a 5477.

Deutsches Reich.

Steinarbeiterstreik. Der als bevorstehend angekündigte Streik der Steinarbeiter in den Brüchen bei Wirsberg (Fichtelgebirge) ist nunmehr tatsächlich ausgebrochen. Die Arbeiter haben am 1. März die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer sich weigern, in Verhandlungen zur Festsetzung fester Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Es handelt sich nicht um erhebliche Lohnforderungen, wie behauptet wird, obwohl solche bei den dortigen Verhältnissen gar nicht unberechtigt wären, sondern lediglich um die Anerkennung eines Tarifs, wie er im Fichtelgebirge sonst allgemein Geltung hat und wodurch die beständig wechselnde willkürliche Preisfestsetzung beseitigt und stabile Verhältnisse vertraglich gesichert werden sollen.

Nahrungsmittelindustrieverband.

Auch in Nürnberg erklärte sich eine Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes, Bezirk Nürnberg, einstimmig für die Verschmelzung der vier Verbände (Bäcker, Brauer, Müller und Fleischer) zu einem Industrieverband der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Ausland.

Ein Ultimatum der mährischen Kohlengräber.

Unter der Bergarbeiterschaft im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier an der schlesisch-mährischen Grenze gärt es mächtig. In zwei großen Versammlungen in Ostrau und in Orlau, von denen die erstere allein von über 4000 Bergleuten besucht war, wurde zunächst die Forderung einer neuen, den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Dienstordnung aufgestellt. Werde diese nicht in kürzester Zeit eingeführt, so sind die Arbeiter bereit, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, für deren Folgen sie die Grubenverwaltungen verantwortlich machen werden. Zur Lohnfrage kam folgende Resolution zur Annahme: „Die im Oktober v. J. gemachten Konzessionen und die vereinbarten Lohnkontrakte zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft wurden nicht eingehalten. Dieses Vorgehen muß als ein unehrenhafter Bruch der gewährten Konzessionen sowie als Provokation der Arbeiterschaft angesehen werden. Wir erklären, daß wir nicht gewillt sind, den Bruch der Vereinbarungen zu dulden und daß wir auf die strengste Einhaltung der Konzessionen bestehen. Wir haben durch die Delegierten die Beschwerde eingebracht, allein bisher wurde uns weder Antwort zuteil, noch ist eine Besserung eingetreten. Wir fordern nochmals die Bergdirektionen dringend auf, ihren Betriebsleitungen den Auftrag zu geben, daß diese Vereinbarungen genau eingehalten werden. Im Falle diesem dringlichen Ansuchen nicht Folge geleistet werden wird, betrachten wir uns berechtigt, die von unseren Delegierten gemachten Zusagen (zunächst eine zweijährige Ruhe in der Lohnbewegung zu bewahren) zu brechen."

Gerichts-Zeitung.

Zur Prügelei in der Volksschule.

Wie wenig die Volksschulkinder gegen Prügeleien durch Lehrer in Preußen geschützt sind, zeigt folgender dieser Tage vor dem Oberverwaltungsgericht entschiedener Fall.

Der 8jährige **Sohn des Ziegeleiarbeiters Groß in Stichnitz**, hatte eine häusliche Schularbeit von seinem älteren Bruder abgeschrieben und wollte dies, als es vom Lehrer entdeckt wurde, nicht zugeben. Er wurde deshalb vom **Lehrer Heinz zu Groß-Leppin auf Rücken** und Gesäß so derbe geschlagen, daß die Spuren noch **nach 5 Tagen** erkennbar waren und er beim Berühren der einen Stelle am linken Schulterblatt noch drei Tage nach der Züchtigung über Schmerzen klagte. Er wurde von drei verschiedenen Aerzten untersucht. Am Prügeltage, dem 18. August 1906, vom Dr. Bading, den der Vater holte. Außer blauroten Flecken auf der Hinterbacke, stellte dieser unter dem linken Schulterblatt eine handtellergroße Anschwellung und gelblich-rötliche Verfärbung sowie eine Hautabschürfung fest. Auch fand er etwas Fieber. Dies wurde jedoch durch einen anderen Arzt, der drei Tage später **Scharlachfieber** feststellte, hierauf zurückgeführt. Dieser Arzt, Dr. Breit den der Lehre geholt hatte, fand an Züchtigungsspuren auf Rücken und Gesäß verschiedene gelblich-grüne Streifen, am stärksten unterhalb des linken Schulterblatts. Dort war auch noch eine leichte Schwellung und der Junge klagte über Schmerzen an der Stelle. Auf der Haut war eine Verletzung nicht zu sehen. Es möge ja vielleicht, meinte der Arzt, am ersten Tage die von Dr. Bading gesehene Abschürfung vorhanden gewesen sein. Sie müßte aber dann ganz geringfügig gewesen sein, sonst wäre sie nicht nach drei Tagen vollständig verheilt. Die Züchtigung sei energisch gewesen, die Kränklichkeit der nächsten Zeit habe aber damit nichts zu tun, sondern sei lediglich durch Scharlach bedingt gewesen. — Weitere **zwei Tage später** fand der ebenfalls vom Lehrer veranlaßte **Kreisphysikus** die Stelle an der linken Schulter im Durchmesser von 4½ Zentimeter noch grünlich-gelblich. Schmerzen waren nicht mehr vorhanden.

Der Vater stellte Strafantrag gegen den Lehrer wegen Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein und verwies auf die **Privatklage**, die Groß denn auch anbrachte. Vor einer Verhandlung **erhob die Regierung in Potsdam den Konflikt zugunsten des Lehrers.** Das **Oberverwaltungsgericht** erklärte den Konflikt für begründet und entschied demgemäß, **das das Strafverfahren gegen den Lehrer endgültig einzustellen sei.** Nach den Bekundungen der Aerzte sei es außer Zweifel gestellt, daß das Fieber und die sonstige Erkrankung außerhalb eines Zusammenhanges mit der Züchtigung stehe und ihre Ursache lediglich in der Erkrankung am Scharlach hätten. Im übrigen sei unbestritten, daß der Junge sich einer groben Verletzung der Schuldisziplin schuldig gemacht habe und deshalb gezüchtigt worden sei. Die Züchtigung habe Spuren auf Schulterblatt und Rücken zur Folge gehabt, die in der Schwellung und in Verfärbungen bestanden und Schmerzen verursachten. Aber solche Spuren von Züchtigungen pflegten in der Regel einzutreten. Und Schmerzen zu verursachen, sei ja der Zweck jeder Züchtigung. Es liege **kein** Anhalt dafür vor, daß Heinz das Züchtigungsrecht etwa **vorsätzlich** oder **fahrlässig überschritten** hätte. Es sei **keine** solche Züchtigung gewesen, die auch nur auf entfernte Art die Gesundheit des Knaben zu schädigen geeignet gewesen wäre. Der Lehrer möge sich aber doch die ihm erwachsenen Unbequemlichkeiten zur Warnung dienen lassen und nicht zu derbe zuschlagen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Volk muß bluten.

Paris, 6. März. (W. T. B.) Senat. Bei der Beratung des Nachtragskredits für Marokko erwiderte Kriegsminister Picquart auf eine an ihn gerichtete Frage, der Truppenbestand in Marokko sei nach und nach auf 13000 Mann erhöht worden. Der Unterhalt der Truppen einschließlich derjenigen von Udschda und im Gebiete der Beni Snassen und die Erneuerung des Materials habe bisher einen Aufwand von **ungefähr 16 Millionen** erfordert. Marineminister Thomson erklärte, von der Marineverwaltung seien **außerdem noch ungefähr 4 Millionen verausgabt worden, nicht gerechnet die Reparatur der Schiffe, die noch nicht** beendigt sei.

Erdbeben.

Reggio di Calabria, 6. März. (W. T. B.) Heute nachmittag 6½ Uhr wurde hier ein wellenförmiges Erdbeben verspürt.

Feuersbrunst.

Tokio, 6. März. (W. H.) Eine große Feuersbrunst zerstörte in der Ortschaft Nodasoy in der Nähe von Tokio mehrere hundert Wohnhäuser. Der Schaden beläuft sich über 12 Millionen Mark.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

117. Sitzung vom Freitag, den 6. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die **Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamt des Innern.**

Bayerischer Ministerialdirektor Dr. **Burkard:** Der Abg. Fuhrmann hat gestern behauptet, der bayerische Finanzminister habe sich für direkte Reichssteuern ausgesprochen. Das ist nicht richtig. Der bayerische Finanzminister hat vielmehr erklärt, daß der Reichstag, wenn er neue indirekte Steuern bewilligen solle, wohl auch die Erbschaftssteuer für Kinder und Ehegatten verlangen würde, was gegenüber direkten Reichssteuern immerhin das kleinere Uebel wäre. Freilich hat er sich durch diese Erklärung nicht für alle Zukunft binden wollen, wir sollten uns überhaupt hüten, solche bindenden und programmatischen Erklärungen abzugeben.

Abg. Hoch (Soz.):

Der Abg. Graf Kanitz hat gestern erklärt, daß die gegenwärtig bestehende Teuerung aller Lebensmittel nicht durch die hohen Zölle, sondern durch die Preispolitik der Syndikate verschuldet sei. Das ist nicht richtig. Eine Preissteigerung hat auch bei Gegenständen stattgefunden, in denen eine Syndizierung bisher noch nicht stattgefunden hat. Man kann daher mit gutem Recht die hohen Zölle für die Preissteigerung verantwortlich machen. Wir können den Parteien, welche die hohen Zölle und Steuern beschlossen haben, den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich **am arbeitenden Volke auf das schwerste versündigt** haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alles das, was wir vorausgesagt haben und was die bürgerlichen Parteien als ganz unmöglich bezeichnet haben, ist durch den Gang der Dinge als wahr bezeichnet worden. Die Ausführungen, welche Graf Kanitz gegen die Kartelle machte, können wir vollständig unterschreiben. Das können wir um so leichter, als das, was Graf Kanitz uns gestern hier vorgeführt hat, unsere Auffassung vom Gang der wirtschaftlichen Entwickelung durchaus bestätigt hat. Wir sind der Meinung, daß die heutigen Produktionsverhältnisse dazu führen müssen, daß das ganze wirtschaftliche Leben unter den Einfluß einiger weniger Großkapitalisten gerät, daß das Spiel der freien Kräfte aufgehoben wird, daß nicht mehr davon gesprochen werden kann, unsere wirtschaftliche Entwickelung vollziehe sich in freiheitlichen Bahnen. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß die Entwickelung mit Naturnotwendigkeit dazu führen muß, daß **die große Masse des arbeitenden Volkes** ganz und gar

der wirtschaftlichen Uebermacht einer kleinen Clique

ausgeliefert wird. Die Entwickelung hat dem ersten Satz unserer wirtschaftlichen Grundsätze vollständig recht gegeben. Wenn wir die heutigen Zustände vergleichen mit denen vor 20 Jahren, so muß man sagen, daß wir heute eine ganz neue Wirtschaftsordnung gegen früher haben. 1893 fand hier die bekannte Zukunftsstaatsdebatte statt. Damals verlangten die Herren Eugen Richter und Freiherr v. Stumm von uns Sozialdemokraten eine ganz genaue Geschäftsordnung für den Zukunftsstaat. Sie sagten: Wenn Ihr Sozialdemokraten uns nicht ganz genau sagt, wie es in Eurem Zukunftsstaat aussehen wird, so können wir uns nicht dazu entschließen, unsere Zustimmung zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung zu geben. Inzwischen hat sich unsere alte Wirtschaftsordnung gewandelt, von Grund auf geändert, ohne daß die Herren ihre Zustimmung dazu zu geben brauchten. Graf Kanitz führte aus, daß es so nicht weiter gehen könne, daß wir Zuständen entgegengingen, die unerträglich wären. Ich hoffe, daß Graf Kanitz und seine Freunde es nun begreifen werden, wenn die Arbeiter schon seit langem diese Zustände als unerträglich empfunden haben, und mit allen Kräften danach trachten, eine

andere, bessere, höhere Wirtschaftsordnung

zu erlangen. Und ich hoffe, daß Graf Kanitz und seine Freunde in den Leuten, die eine Umänderung der auch von ihm als unerträglich empfundenen Zustände herbeiführen wollen, nicht mehr Verbrecher oder schlechte Menschen sehen, die man bekämpfen muß, sondern Leute, die sich um das Wohl des Vaterlandes verdient machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Kanitz schon die jetzigen Zustände als unerträglich verurteilt, wie viel mehr müssen sich die Arbeiter dagegen wenden. Denn die Arbeiter leiden nicht nur als Konsumenten unter der Preispolitik der Syndikate, sondern sie leiden auch unter der Lohnpolitik der Syndikate. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade jetzt, wo ein wirtschaftlicher Niedergang zu verzeichnen ist, versuchen die Großkapitalisten mit ihren Arbeitern zu machen, was sie wollen. Sowohl der Zentralverband deutscher Industrieller, wie der Verein der Eisenhüttenleute haben erklärt, daß sie ihre Betriebe so einrichten wollen, wie sie es für nötig halten, und daß

die Arbeiter nichts dreinzureden

haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter sollen sich also gefallen lassen, was die Herren in ihrer Weisheit und Güte dort oben festsetzen. Es ist im Laufe der Debatte wiederholt vom wirtschaftlichen Niedergang gesprochen worden. Aber es ist noch nicht darauf hingewiesen worden, welch Unterschied besteht zwischen den Folgen, die dieser Niedergang für die Arbeitgeber auf der einen und für die Arbeiter auf der anderen Seite hat. Die Kapitalisten füllen in den Zeiten guten Geschäftsganges ihre Reservefonds, mit denen sie bei schlechten Zeiten den Gewinnausfall decken. Die großen Kartelle und die großen Unternehmer können einen wirtschaftlichen Niedergang ziemlich lange aushalten. Sie reduzieren die Produktion und **entlassen Arbeiter.** Und wenn dann wieder bessere Zeiten kommen, dann ist meist die Herrschaft des Großkapitals noch stärker wie vor dem Beginn der Krisis. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Man hat gesagt, die Arbeitslöhne seien stärker gestiegen als die Preise. Selbst wenn das richtig wäre, so beweist das nur, daß die Arbeiter während der guten Geschäftszeit etwas weniger hungern müssen. Wenn die Krisis aber jetzt so weiter geht, wenn die Großunternehmer, wie sie es im Baugewerbe wollen, nicht nur die Löhne herabdrücken, sondern auch die Gewerkschaften knebeln, wenn sie das erreichen dann werden die Arbeiter gerade jetzt während der Krisis

auf das denkbar tiefste Niveau herabgedrückt,

dann wird die gesamte Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung, in ihrer ganzen wirtschaftlichen Stellung herabgedrückt und wenn der neue Aufschwung einsetzt, **müssen sie wieder von vorne anfangen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die schwierige Lage des arbeitenden Volkes ist verschärft worden gerade durch die Zollpolitik und die Syndikate. Selbst für weite Kreise des Unternehmertums, des kleinen, das am Syndikatsprofit keinen Anteil hat, sind die Zustände unerträglich geworden. Da hat man nun verlangt, daß der Staat eingreifen und die Syndikate brav und artig machen solle, daß sie niemals von ihrer wirtschaftlichen Uebermacht Gebrauch machen. Ich hätte allerdings erwartet, daß das Zentrum nicht diese Kartellresolutionen, sondern das Kartellgesetz einbringen werde, das der Kollege Spahn angeblich schon jahrelang in seiner Schublade hat. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, worauf Herr Spahn noch wartet. Die Verhältnisse sind heute so weit, daß es Zeit ist, einzugreifen. (Vielfaches Sehr wahr!) Es fragt sich nur, wie eingegriffen werden soll. Graf Kanitz hat der preußischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie eigentlich schuld sei an der Syndikatswirtschaft. Ich bin nicht berufen und nicht im entferntesten gewillt, die preußische Regierung zu verteidigen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber was verlangt denn Graf Kanitz von der Regierung? Sie schwebt doch nicht in der Luft; sie ist doch nichts weiter, als

ein Ausschuß der Besitzenden

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und wenn ein Minister sich einfallen läßt, einen Seitensprung zu machen, so kann sich bald der Zentralverband Deutscher Industrieller rühmen: **Wir haben auch diesen Staatssekretär beiseite geschafft.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist nichts weiter als ein Organ der Großkapitalisten, und da kann sie natürlich nicht gegen die Kapitalisten vorgehen.

Was der Abg. Frhr. v. Gamp gesagt hat, daß gesetzliche Maßnahmen gegen die Kartelle unmöglich seien, ist ganz zutreffend. In Einzelheiten und Kleinigkeiten kann vorgegangen werden, aber es kann nicht verhindert werden, daß die, die die wirtschaftliche Macht haben, sie mißbrauchen zum Schaden der Gesamtheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Macht hat, macht von ihr zu seinem Nutzen Gebrauch, und auch das preußische Junkertum hat seine Macht stets ausgenutzt, rücksichtslos und schamlos gegen die Gesamtheit. (Lebhafte Zustimmung links.) Mit aller Gesetzgeberei können Sie den Kartellen keinen anderen Charakter geben, als sie ihrer ganzen wirtschaftlichen Struktur nach haben. Das Versagen der wirtschaftlichen Gesetzgebung gegen die Kartelle hat sich in allen Staaten gezeigt; es wird sich auch in Deutschland zeigen. Dabei möchte ich mir eine Nebenbemerkung gestatten. Es ist gesagt worden, es lohne nicht mehr, die Kartellenquete weiter zu veröffentlichen, da die Kartelle sich täglich veränderten und weiter entwickelten und die Tatsachen, die in der Kartellenquete festgestellt seien, längst überholt wären. Aber es ist doch auch von Wert, das Tatsachenmaterial über die Entstehung der Kartelle kennen zu lernen, z. B. die Mittel, durch die bei der Entstehung des Außensyndikats die außenstehenden Werke hereingezwungen wurden. Was sollen wir aber nun tun, um diese wirtschaftliche Gefahr der Kartelle für die Gesamtheit des Volkes unschädlich zu machen? Sind doch die Zustände zugegebenermaßen unerträglich. Wenn wir nicht in der Lage sind, den Kartellen ihren gemeinschädlichen Charakter zu nehmen, so ergibt sich als notwendiger Schluß, daß wir die Produktionsmittel, die in den Händen der Minderheit eine unerträgliche Last für die Gesamtheit geworden sind,

ins Eigentum dieser Gesamtheit überführen müssen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Voraussetzung zugibt, daß die wirtschaftliche Uebermacht der Kartelle den Interessen der Gesamtheit direkt zuwider läuft, muß man naturnotwendig auch den zweiten Schritt unseres Programms mitmachen, unter Einführung der sozialistischen Produktion, der Produktion durch die Gesamtheit im Interesse der Gesamtheit zustimmen. Dann wird auch dem Zustande ein Ende gemacht werden, daß die reichen Leute die Güter in ihren Speichern aufhäufen und die große Masse des arbeitenden Volkes in Elend und Hunger zugrunde geht, **weil zu viel vorhanden ist.** Mit der Beseitigung der Ausbeutungsvorrechte des Großkapitals wird auch der Abfluß der Produkte gesichert, nicht zum Fluch und Schaden für die Bevölkerung, sondern zum Segen für das ganze Volk. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn im selben Maße, wie die Produktion und Verteilung der Güter sozialisiert und verbessert wird, steigt auch das Kulturniveau des ganzen Volkes. Dann brauchte das Proletariat auch die Wohltaten der reichen Leute, auf die sich die Herren Gamp und Dirksen so viel zugute taten, bei Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose nicht mehr. Ist es denn nicht geradezu ein skandalöser Zustand, daß diejenigen, die sich mühen und quälen, zum großen Teile in so furchtbarem Elend leben, daß sie trotz allen ehrlichen Fleißes noch nicht einmal in der Lage sind, ihren Kindern Milch zu verschaffen? Ist es nicht geradezu skandalös, daß diese Leute aus Mangel an Nahrung der Proletarierkrankheit zum Opfer fallen und Almosen annehmen müssen von Leuten,

die nichts tun und Millionen verdienen,

indem sie die Arbeiter ausbeuten? (Vielfaches Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nicht mehr eine Ausbeutungsclique sich großsaugen kann an dem, was das arbeitende Volk erzeugt, braucht es keine Wohltaten mehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Ziel der ganzen parlamentarischen Arbeit muß es heute sein, der sozialistischen Produktion und Güterverteilung die Bahn zu ebnen, und die Sozialpolitik darf nur die Aufgabe haben, der Uebermacht des Großkapitals entgegenzutreten. Die einzige Aufgabe der Sozialpolitik besteht darin, der Allmacht des Großkapitals die Grenzen zu ziehen, die notwendig sind zum Wohle der Gesamtheit und im Interesse der Kulturentwickelung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vorgestern hat der Herr Staatssekretär uns vorgeworfen, wir seien einseitig, und zwar hat er diesen Vorwurf erhoben, nachdem er uns erzählt hatte, er selbst sei nicht so einseitig, er hole sich seine Ansichten nicht nur aus den Reden der einen Seite, sondern auch aus denen der anderen. Von dieser Art Einseitigkeit, vor der sich der Herr Staatssekretär bewahrt, sind auch wir vollkommen frei. Auch wir verfolgen sehr eifrig alles, was in dem gegnerischen Lager vor sich geht, und holen uns unsere Auskünfte, genau wie der Herr Minister, von allen Seiten. Aber von seinen Handlungen sprach der Minister nicht und mit vollem Recht. Denn wenn es darauf ankommt, in sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, dann heißt es, entweder — oder. Entweder fördert man das Großkapital in seinen Bestrebungen, oder wenn man das nicht will, wenn man die Willkür des Großkapitals beschränken will, so muß man eben gegen das Großkapital und gegen die Ausbeutung Stellung nehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) **Sie haben ja Zeit genug gehabt das zu tun, als die Arbeiter von der Sozialdemokratie noch nichts wußten,** sondern im Schwanz der liberalen Parteien sich befanden. Aber

weil Sie für die Arbeiter nichts taten,

weil Sie gegen das Großkapital nie etwas unternahmen, haben die bürgerlichen Parteien den Boden unter den Arbeitern verloren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine ähnliche Entwickelung vollzieht sich jetzt. Der Abg. Stresemann hat sich darüber gefreut, daß die Handlungsgehülfen in Massen für die bürgerlichen Parteien eingetreten sind. Warten wir es ruhig ab, wie lange es den bürgerlichen Parteien gelingen wird, das Vertrauen der Handlungsgehülfen zu erhalten. Die Handlungsgehülfen sind bereits mit ihrer Lage unzufrieden und begnügen sich nicht mit schönen Worten, sondern wollen Taten sehen. Versprechungen sind ihnen im Reichstage gemacht worden. Aber schon bei dem Anfang, beim § 63 des Handelsgesetzbuches,

Kleines Feuilleton.

Ein Lawinenunglück vor hundert Jahren. Das schreckliche Lawinenunglück in Goppenstein ruft lebhaft die Erinnerung an frühere Naturereignisse dieser Art wach. Eines der furchtbarsten Lawinenjahre — so lesen wir im Berner „Bund" — war das Jahr 1808, und die Schreckenstage vom Dezember jenes Jahres blieben den Bergbewohnern noch lange im Gedächtnis. Nach längerer Regenzeit fielen damals in den schweizerischen Bergen etwa vierzehn Tage lang ungeheuere Schneemassen, was zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gab. Daß die Besorgnisse nicht unbegründet waren, sollte sich leider nur zu bald zeigen. Am Abend des 12. Dezember gingen im ganzen Berner Oberland und in der Urschweiz gewaltige Lawinen nieder, die überall Tod und Verderben im Gefolge führten. In den Aemtern Oberhasle, Interlaken, Frutigen und Obersimmental kamen an jenem Abend insgesamt 36 Personen ums Leben; 198 Stück Groß- und Kleinvieh wurden getötet; 14 Wohnhäuser und 158 Scheunen und Alphütten wurden gänzlich zerstört. Weitaus am schwersten betroffen wurde die Gemeinde Gadmen. Das Dörflein Obermad wurde fast vollständig zerstört; von den 70 Einwohnern des Ortes kamen 23 ums Leben. Von überall kamen Hiobsposten, so von Ebligen und Ringgenberg am Brienzer See, von Saxeten, Lütschental und namentlich auch aus Grindelwald. Bei Burghauenen wurden drei Häuser mit zusammen 14 Personen weggefegt. Im ganzen Grindelwaldtale wurden mindestens 60 Jucharten Wald zerstört. Auch in den Urkantonen ereigneten sich am gleichen Abend zahlreiche Unglücksfälle infolge von Lawinenstürzen. Bei Gersau wurde ein Haus weggerissen, wobei Vater, Mutter und fünf Kinder umkamen. In Oberrickenbach wurden mehrere Personen getötet, und zu Bürglen und Unterschächen im Kanton Uri wurden nicht weniger als 50 Häuser durch Lawinen zerstört, wobei ebenfalls Menschenleben zu beklagen waren. Im März 1809 bat die Bernische Regierung in einem Aufruf die Bevölkerung des Oberlandes, am Ostersonntag eine Liebessteuer für die durch die Lawinen an den Bettelstab gebrachten Bewohner des Landes einzusammeln.

Die Saug- und Stauungstherapie bei afrikanischen Völkern. Prof. Bier hat bekanntlich in Deutschland die Saug- und Stauungstherapie, wie sie schon früher in unvollkommener Weise bestand, wieder in die wissenschaftliche Welt eingeführt. Aus den Angaben von Dr. Wohlgemuth in der „Deutschen Medizin. Wochenschrift" ergibt sich nun, daß eine afrikanische Völkerschaft, die Ovambos, eine solche schon lange kennen. Bei Entzündungen der Haut, bei tiefer liegenden Schmerzen, wie z. B. bei Gesichtsnervenschmerzen usw. benutzen sie das obere Ende eines Ochsenhornes, dessen Spitze durchlöchert ist. Der eine Ovambo setzt das Horn auf die schmerzende Stelle, nimmt seinen Zeigefinger, an dem er eine kleine Lehmkugel angedrückt hat, und die Spitze des Horns in den Mund, und der Saugapparat sitzt fest wie ein Bierscher Apparat. Ebenso wird es bei Geschwüren gemacht. Stauungen bei Bindegewebsentzündungen usw. werden nicht durch Gummischläuche wie bei uns, sondern durch eine ziemlich dehnbare, aus Gräsern geflochtene Schnur um das betreffende Glied, und zwar oberhalb der gebrochenen Stelle, ausgeführt, was vollkommen richtig geschah. Es muß den Arzt merkwürdig berühren, wenn er sieht, daß noch verhältnismäßig nahe dem Urzustand stehende Völker schon lange Mittel anwenden, die wir zu unseren neuesten Errungenschaften rechnen.

Theater.

Das Neue Operetten-Theater, das bisher im Berliner Theater zu Gast war, hat am Donnerstag sein neues Haus am Schiffbauerdamm mit Heubergers „Opernball" eröffnet. Die flotte Aufführung war in Besetzung und Inszenierung ganz die alte geblieben. So bliebe nur vom Hause zu sprechen. Aeußerlich bietet es nichts des Erwähnenswerten und innerlich gewährt es dasselbe Schauspiel wie die moderne Operette, die immer noch von der Nachahmung der alten lebt, ohne irgend etwas ihr gleichwertiges hervorzubringen. Ein Logentheater mit zwei Rängen, das Parterre ist für die Garderobe reserviert. Enge Treppen, enge Gänge. Vieles noch unfertig. Die Ausschmückung beruht auf dem alten Dreiklang rot-weiß-gold. Das ist traditionell und soll freudig stimmen. Mit den Stuckkünsten und der Malerei hätte man uns besser ganz verschonen sollen. Ob die geradezu verschwenderisch blendende Helle des elektrischen Lichts den Augen wohltut? Man hätte einfacher, gediegener und geschmackvoller sein können. Aber paßt das vielleicht nicht zur Operette? Akustisch scheint das neue Theater besser gelungen. Man hört und sieht und sitzt gut, und da der Raum nicht so beängstigend als ein Turminneres wirkt, wie bei der Komischen Oper und in etwas auch beim Hebbel-Theater, so ist auch das Raumgefühl ein erträgliches. Ueber die Hauptsache: die Pflege der Operette, wird man erst nach weiteren Proben reden können. Lehars Neuestes soll als erste Novität herausgebracht werden. —r.

Humor und Satire.

— **Ungeeignet.** „... Was, Sie wollen Ihren Sohn Chemie studieren lassen? Der stottert ja!" — „Schadet denn das, Herr Professor?" — „Aber gewiß! Der kann ja nicht einmal die einfachsten chemischen Benennungen aussprechen, wie zum Beispiel: Tetramethyldiamidodichlortriphenylcarbidrid!"

— **Umgekehrt.** A.: „Es ist wohl manchmal schwer, einen Patienten so lange am Leben zu erhalten, bis der Arzt kommt?" — Junger Arzt (ohne Praxis): „Ja — aber oft noch schwerer, einen Arzt so lange am Leben zu erhalten, bis ein Patient kommt."

(„Fliegende Blätter.")

— **Auf dem Dorf.** Sie sind ein Vagabund, Sie arbeiten nicht. — Und Sie, Herr Bürgermeister, arbeiten ja auch nicht. — Das ist ganz 'was anderes: ich bin Rentier.

— **Zu Fuß.** Der Gendarm: Sie laufen da auf der Landstraße herum, das ist verboten. — Der Vagabund: Schön, Herr Wachtmeister. Ich wußte das nicht ... Ich will versuchen, mir ein Automobil anzuschaffen.

(„L'assiette au beurre": Die Vagabunden.)

Notizen.

— **Skandinavischer Kunst** in Wort und Ton ist der volkstümliche Kunstabend in Charlottenburg am Sonntag, den 8. März, in der Kaiser-Friedrich-Schule am Savignyplatz gewidmet. Ibsen, Strindberg, Björnson, Kjelland, Bang, Jens P. Jacobson, Drachmann, Wied kommen durch berufene Künstler zu Worte, in Tönen wird Griegs, Sindings usw. gedacht und skandinavischer Volksgesang vermittelt werden.

— **Das Meininger Theater,** das völlig niedergebrannt ist, verdient keine besondere Landestrauer. Es war ein gleichgültiger alter Kasten. Was das Theater an wertvollen Erinnerungen, Requisiten, Archivsachen besaß, befand sich größtenteils in anderen Räumen oder scheint gerettet zu sein. Die Bedeutung des Meininger Theaters für die deutsche Bühne ist nicht an ihr Haus gebunden. Was unter dem theaterfreudigen Herzog Georg in den 60er und 70er Jahren heranreifte und dann auf den langen Gastspielreisen (1874—1890) hinausgetragen wurde, ist Gemeingut des deutschen Theaters geworden, das vertiefte Verständnis für „historische" Inszenierung, das Streben nach Ort- und Zeitkolorit, die Erzeugung von Stimmung und malerischen Effekten und vor allem die lebendige Regieführung, die die Massen gliederte und in bewegte Gruppen auflöste. Die Meiningerei, soweit sie Stilfexerei des Echten war, ist tot, aber die Gefahren opernhafter Ueberinszenierung bestehen weiter.

— **Vom Gefängnis zur Akademie.** Jean Richepin ist in die französische Akademie gewählt worden. Unter den Chansondichtern war er eine Zeitlang der freieste und feinste, er fand neue Stoffe und Töne und seine Lyrik, die den Elenden und Ausgestoßenen Worte innigsten Mitempfindens lieh, brachte ihm bereits einmal eine staatliche Anerkennung: als Verfasser eines Vagabundenliedes wurde er ins Gefängnis geschickt. Inzwischen ist er zahmer geworden, so daß er jetzt leider schon für die Akademie die Reife zu besitzen scheint.

bei dem alle Parteien darüber einig sind, daß das Recht der Handlungsgehülfen klar vor Augen liegt, kommt in der Kommission ein Resultat nicht zustande, weil die Regierung nicht nachgeben will. Aber sollte die kleine Verbesserung wirklich bewilligt werden, so werden die weiteren Fragen sich anschließen. Herr Dr. Naumann hat im vorigen Jahre vom Reichstage verlangt, er solle gegen das Großkapital Stellung nehmen. Das kann er gar nicht, weil Sie alle auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen, und auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung gegen die Ausbeutung nicht auftreten können. Deshalb müssen Sie das Vertrauen der Ausgebeuteten verlieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie die Syndikate, die Ringe und Kartelle nur der sozialistischen Produktionsweise vorarbeiten, so arbeiten auch Sie uns vor, Sie sorgen dafür, daß die Privatbeamten, soweit sie noch nicht für uns sind, zu uns kommen. Ihre Sozialpolitik entspricht nicht denjenigen Anforderungen, welche vom Standpunkt der Arbeiter zu stellen sind. Von jeher war es vielmehr das Bestreben der Parteien und der Regierung, die Sozialpolitik nicht zu fördern, sondern zu hemmen und zu hindern. Jeder Blick in die Berichte der Gewerbeinspektoren, jeder Blick auf die Gesetzgebung kann das beweisen. Freilich sagen die Herren zu uns: Geht Ihr doch voran, Ihr Sozialdemokraten? Nun, Herr v. Gamp sagte gestern, man dürfe nicht so schnell vorgehen, sondern müsse zunächst über die einzelnen Fragen eine internationale Verständigung herbeiführen. **Waren denn aber die Arbeiter nicht die ersten, die auf internationale Verständigung drängten?** (Sehr richtig! bei den Soziald.) Waren die internationalen Konferenzen nicht die unmittelbare Folge des internationalen Arbeiterkongresses in Paris? Wenn wir mit internationalen Vereinbarungen nicht weiter gekommen sind, so liegt die Schuld wahrlich nicht an den Arbeitern, sondern an der Regierung und den bürgerlichen Parteien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Debatte haben verschiedene Redner abfällig darüber geurteilt, daß so viel sozialpolitische Resolutionen eingebracht sind, man meinte, man solle nur die spruchreifen Fragen herausnehmen. Welche von den Fragen, die in den Resolutionen angeschnitten sind, ist aber nicht spruchreif? Wenn wir gezwungen sind, hier so viele Resolutionen zu beantragen, so liegt das daran, **daß die Sozialpolitik nicht geleistet hat, was sie hat leisten sollen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Großindustrie sagt, in den letzten 20 Jahren hat sich eine vollkommen neue Wirtschaftsform herausgebildet. Unsere Gewerbeordnung aber liegt zwanzig Jahre zurück. Die Gesetzgebung halten die Herren der neuen Wirtschaftsordnung nicht angepaßt, sie haben vielmehr immer weiter die Mißstände herausbilden und bestehen lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Gamp hat gestern gegen meinen Freund Molkenbuhr behauptet, daß die große Unfallziffer in der Landwirtschaft gegenüber der Unfallziffer in der Industrie daher rühre, daß auf dem Lande jeder kleine Unfall, zum Beispiel ein Schneiden mit dem Messer mitgezählt sei. Das ist unrichtig; denn Molkenbuhr hat nur die Unfälle angegeben, die sich bei Motoren und Transmissionen ereigneten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gestatten Sie einige Worte über die neuen Vorlagen, die eingebracht sind. Noch jedesmal haben wir es erlebt, daß bei der Arbeiterschutzgesetzgebung ein

großes Geschrei von den Interessenten

erhoben wird, die Industrie geht zugrunde, wenn die Bestimmungen eingeführt werden. Es war mir sehr interessant, daß bei den neuen Vorlagen Herr Günther hier ein großes Loblied über die Vorzüge der Heimindustrie in seiner Heimat erhoben hat. Vor einigen Jahren hat die Handels- und Gewerbekammer von Plauen in einer Eingabe betont, daß in den Fabrikbetrieben Mißstände nicht existieren, daß es dagegen sehr schlimm in der Heimindustrie stehe. Das wurde damals gesagt, weil es sich nicht um den Schutz der Heimindustrie handelte, sondern weil Schutzvorschriften in den Fabriken in Frage standen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit einigen Worten will ich auf die angekündigte Krankenkassengesetznovelle eingehen. Es ist sehr bezeichnend, daß Herr v. Gamp gesagt hat, die Industrie sei jetzt bereit, die Hälfte der Beiträge zu zahlen, und deswegen müsse die Novelle jetzt eingebracht werden. Gegenüber der Behauptung, daß die Krankenkassen zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht würden, frage ich: wo sind die Beweise dafür? Sie können uns nichts anderes sagen, als daß die Arbeiter, die in den Krankenkassen etwas zu sagen haben, das Verbrechen begangen haben, Sozialdemokraten anzustellen. Aber handeln Sie von Ihrem parteipolitischen Standpunkt aus nicht ebenso? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Stellen etwa die Berufsgenossenschaften Sozialdemokraten an? Oder stellt der Staat, der sich nicht scheut, das Geld von Sozialdemokraten zu nehmen, etwa Sozialdemokraten an? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nein, der Staat geht noch viel weiter. Er maßregelt sofort einen Beamten, von dem er erfährt, daß er Sozialdemokrat ist. Sollen angesichts dieser Zustände die Arbeiter nicht das Recht haben, wenn sie tüchtige Leute finden, sie anzustellen, auch wenn sie Sozialdemokraten sind? Wenn die Arbeiter das tun, so ist das ihr

gutes Recht

und kein Mensch auf der Welt sollte ihnen daraus einen Vorwurf machen. Die Arbeiter haben genau so gut das Recht, Sozialdemokraten anzustellen, wie Sie das Recht haben, Nichtsozialdemokraten anzustellen. Geben Sie nur den Krankenkassen das **uneingeschränkte Verwaltungsrecht**, die Arbeiter werden schon dafür sorgen, daß kein Mißbrauch damit getrieben wird. (Lachen rechts.) Nun hat vorgestern der Staatssekretär erklärt, daß das Hülfskassengesetz nicht zurückgezogen sei, da bestehende Mißstände nach Abhülfe verlangten. Ich gebe Ihnen zu, daß durch Schwindelkassen viel Unheil angerichtet worden ist. In der Kommission, die zur Beratung des Hülfskassengesetzes eingesetzt wurde, verlangte die Regierung Material für die Beurteilung der Vorgänge, die sich in den Schwindelkassen abgespielt haben. Dieses Material wurde ihr vorgelegt, und es ergab sich daraus, daß alle Mißstände auf zwei Ursachen zurückzuführen waren. Entweder hatten die Verwaltungsbehörden gegenüber den Schwindelkassen von den Befugnissen, die sie hatten, nicht den richtigen Gebrauch gemacht oder das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter war nicht in genügendem Maße durchgeführt. Es besteht für mich auch gar kein Zweifel darüber, daß die Arbeiter durchaus fähig sind, selbst den Mißständen entgegenzutreten. Das Gesetz, was Sie uns damals vorgelegt haben, war die

vollständige Beseitigung der Selbstverwaltung

der Krankenkassen, eine Entrechtung der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Hülfskassengesetzentwurf atmete denselben Geist, wie der jetzige Arbeitskammergesetzentwurf. Er war auch eine Maßnahme zur Förderung der gelben Gewerkschaften. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun haben einige Interessenvertretungen der Unternehmer den Vorschlag gemacht, man solle zu den Generalversammlungen der Krankenkassen Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl zulassen. Der Vorsitzende soll ein staatlicher Beamter sein. Es sollen also die Krankenkassen genau so organisiert werden wie die Betriebskassen. Demgegenüber möchte ich doch in aller Kürze feststellen, daß in den Betriebskassen sich die allergrößten Mißstände herausgebildet haben und zwar nur deshalb, weil die Arbeiter bei ihnen nicht in der Lage sind, ihre Interessen genügend wahrzunehmen. In den Berichten der Arbeitersekretäre können Sie Hunderte von Fällen finden, in denen Entscheidungen der Aufsichtsbehörden darüber herbeigeführt wurden, daß erkrankten Arbeitern gegen die Absicht des Gesetzes ihr Krankengeld verweigert worden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie werden die Arbeiter erst vor den Berufsgenossenschaften behandelt! Ich könnte Ihnen zahllose Einzelfälle mit Namen vorführen, aus denen hervorgeht, mit welcher

Brutalität, Schinderei und Quälerei

die Arbeiter behandelt worden sind. (Zurufe rechts.) Wenn Sie es wünschen, will ich Ihnen die Fälle namhaft machen, aber ich glaube mit Rücksicht auf die Zeit davon Abstand nehmen zu können. Wenn die Herren gewillt wären, der Wahrheit einigermaßen Rechnung zu tragen, so wäre ja schon längst vieles besser. Die Berufsgenossenschaften ziehen, ehe sie die Rente feststellen, den Arbeiter Monate und Monate hin. Je später sie die Rente festsetzen, desto weiter könnte ja zu ihrem Vorteil der Heilungsprozeß vorgeschritten sein. Manche Berufsgenossenschaften stellen dann den Arbeitern den Bescheid nicht nach ihrer Wohnung, sondern nach ihrer Arbeitsstelle zu und lassen sie dann gleich mitten in der Arbeit einen Schein unterschreiben, daß sie mit der Rentenfestsetzung einverstanden sind. (Hört! hört! b. d. Soz.) In Braunschweig ist das vielfach Sitte, und auch im Berichte des Arbeitersekretariats Brandenburg finden Sie solche Fälle aufgeführt. Einen Fall will ich Ihnen ganz kurz vortragen, um zu zeigen, in welcher Weise verunglückte Arbeiter behandelt werden, nicht von einer beliebigen Berufsgenossenschaft, sondern von einem Kommunalbeamtenverband mit einem Landeshauptmann an der Spitze, ein Fall, der zugleich zeigt, wie die Schiedsgerichte Recht sprechen. Am 23. November 1905 verunglückte ein Arbeiter in einem kommunalen Steinbruch. Der Landeshauptmann wies seinen Rentenanspruch ab, weil nach seiner Auffassung die anderen Arbeiter von einem Betriebsunfall gar nichts gesehen hätten. Der Arbeiter wandte sich an das Schiedsgericht und stellte unter Beweis, daß seine Mitarbeiter Zeugen des Unfalls gewesen seien. Das Schiedsgericht aber wies ohne jede weitere Beweiserhebung seine Klage ab, da nach den Zeugenaussagen es kaum wahrscheinlich sei, daß überhaupt ein Unfall vorläge. Unter Zeugenaussagen verstand also das Schiedsgericht die Privatunterhaltungen eines Abgesandten des Landeshauptmanns mit den anderen Arbeitern. Erst das Reichsversicherungsamt vernahm die Zeugen eidlich, und nun wurde sofort ein Betriebsunfall festgestellt und dem Manne am 23. Juni 1907 die Vollrente zugesprochen. Inzwischen waren aber fast zwei Jahre vergangen und der arme Teufel ins größte Elend geraten. (Hört! Hört! bei den Soziald.) Der Landeshauptmann zahlte übrigens für die Berufsgenossenschaft die Rente erst am 5. Oktober aus, nachdem der Arbeiter sich noch einmal hatte beim Reichsversicherungsamt beschweren müssen. (Hört! Hört! bei den Soziald.) So rücksichtslos und unmenschlich behandelt selbst eine Berufsgenossenschaft, an deren Spitze ein hoher Beamter steht, die Arbeiter, die um ihre Rente kämpfen. Unendlich aber ist die Quälerei und Schikanierei der Arbeiter, die zwar eine Rente bekommen, bei denen aber die Berufsgenossenschaften alles versuchen können. Sie werden von Arzt zu Arzt gejagt, bis ihnen ein sogenannter Vertrauensarzt bescheinigt, daß sich der Zustand gebessert habe. Durch öffentliche Mitteilungen des Professors Lennerhoff ist bekannt geworden, daß die Berufsgenossenschaften den Aerzten dabei gleichzeitig Aussagen von Polizisten und Bürgermeistern mitschicken, daß der zu untersuchende Arbeiter jetzt mehr Lohn verdiene, was sich natürlich gar nicht kontrollieren läßt, und daß eine weitgehende Gewöhnung an die Unfallfolgen eingetreten zu sein scheine. Darin liegt natürlich eine starke Beeinflussung des Gutachters. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn der Arzt feststellen muß, daß sich an dem Zustande nichts geändert hat, selbst dann teilt die Berufsgenossenschaft dem Arbeiter mit, daß sich nach dem Gutachten des Professors Soundso sein Zustand gebessert habe und seine Rente gekürzt werden müsse. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist einfach skandalös, wie hier gutgläubige Arbeiter

um ihr Recht beschwindelt

werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann da die angeblich unparteiische Regierung mit gutem Gewissen behaupten, daß bei den Berufsgenossenschaften alles in bester Ordnung sei. Aber der Präsident des Reichsversicherungsamtes hält es ja für angemessen, zu den Festessen der Berufsgenossenschaften umherzufahren und dort Reden zu halten über die Vortrefflichkeit der sozialen Fürsorge für die Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So sagte er beim Festessen der Seeberufsgenossenschaft: „Der gute tatkräftige Geist, der durch die Verwaltung der Seeberufsgenossenschaft zieht, (Der sogenannte freisinnige Abg. **Heckscher** ruft: Sehr wahr!) ist vom Reichsversicherungsamt stets anerkannt worden. (Heckscher: Bravo!) In der Seeberufsgenossenschaft hat stets der richtige Mann am richtigen Fleck gestanden. (Mudgan und Heckscher: Bravo! Bravo!) Den Vorsitz führt ein temperamentvoller, weitblickender Unternehmer F. Ferdinand Leis." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr Heckscher, warum rufen Sie denn jetzt nicht: Sehr richtig? (Abg. Heckscher: Ich rufe es ja!) Dann können Sie mir vielleicht sagen, Herr Heckscher, ob zu diesen richtigen Männern am richtigen Fleck auch der

Reeder Adolf Schiff

aus Elbing gehörte, der im Jahre 1892 an einen seiner Kapitäne schrieb: „Zwei meiner Schiffe sind mir jetzt total verloren gegangen und ich freue mich, daß ich die Assekuranzgelder eingeheimst habe.

Leider ist dabei die Mannschaft gerettet worden.

(Stürmische Hört! hört! — Rufe bei den Sozialdemokraten. — Abg. Heckscher: Olle Kamellen!) Ich hätte keinen Grund gehabt, diese alten Kamellen wieder aufzurühren, wenn nicht Herr Dr. Kauffmann gerade Herrn F. Ferdinand Leis gefeiert hätte, der als Vorsitzender der Seeberufsgenossenschaft am 8. Februar 1896 schrieb: „Die Unfallverhütungsvorschriften haben weniger einen direkten sachlichen Zweck, als daß sie dazu dienen, die Behörden und das Publikum zu beruhigen, wie vortrefflich in der Seeberufsgenossenschaft alles geregelt ist. Von diesem Gesichtspunkte aus sollten wir jede auftauchende Frage durch eine Unfallverhütungsvorschrift zu lösen suchen, je harmloser, desto besser.

Mundus vult decipi!

(Die Welt will betrogen sein.)"

(Stürmische Hört! hört! - Rufe bei den Sozialdemokraten. — Abg. Heckscher: Ach was!) Eine solche Aeußerung zeigt, daß gerade dieser Vorsitzende der Seeberufsgenossenschaft

jeder Spur menschlichen Gefühls bar war

(Abg. Heckscher: Oho!) und daß der Abg. Heckscher ihn verteidigt und ihm huldigt, das zeigt mir nur, daß derselbe Geist in bezug auf die Arbeiterfürsorge in den sogenannten liberalen Parteien herrscht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Abg. Heckscher: Oho!) Die Haltung des Abg. Heckscher — wir kennen ja den Blockjüngling aus dem „Berliner Tageblatt" — wundert mich auch nicht, denn jeder betätigt sich eben für die Leute, die ihn bez . . . na, Sie wissen ja. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen aber doch mitteilen, wie die Verhältnisse bei der Seeberufsgenossenschaft sich von der Seite der Arbeiter aus ansehen. Wie die Dinge in Wahrheit liegen, mögen folgende Zahlen beweisen, die die Arbeiter über die Verhältnisse in der Seeberufsgenossenschaft aufgestellt haben. Danach sind vom Jahre 1899 bis zum Jahre 1904 in deutschen Schiffsbetrieben 380 190 Unfälle vorgekommen, darunter 28 910 Verletzungen, 7150 Todesfälle und

608 Selbstmorde.

Auf das Jahr 1899 entfallen 1352 Unfälle, auf das Jahr 1904 3185 Unfälle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Todesfälle kamen 1899 903 und 1904 2901 vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem Kongreß der Arbeiter wurden diese Zahlen eine erschreckende Statistik genannt, die eine schwere Anklage gegen die Urheber dieses schandbaren Systems bedeute. Nun mit wenigen Worten zur Invalidenversicherung. Die Verwaltung der Invalidenversicherung hat sich als vollständig den Arbeiterinteressen entgegengesetzt erwiesen. Es ist bezeichnend für sie, daß die Behandlung der Invaliden in dem Augenblick umschlug, in dem von oben herab dekretiert wurde: So geht es nicht weiter, wir haben zu viel Invaliden. Da auf einmal setzte eine andere Behandlung der Invaliden ein und die Zahl der Invalidenempfänger geht von Jahr zu Jahr zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ergibt sich daraus? Entweder war die Praxis vorher oder nachher falsch. Entweder gewährte man vorher zu viel Renten oder man bewilligt jetzt zu wenig. Das Urteil aller Personen, die mit der Invalidenversicherung zu tun haben, geht nun dahin, daß die Rentenempfänger

jetzt in einer geradezu unerhörten Weise behandelt

werden. Selbst ein Arzt hat das zugeben müssen und erklärt, daß die Erlangung einer Rente auch bei wirklich Schwachen und Elenden heute allzu sehr erschwert sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, wie es heute beliebt wird, spottet in der Tat auch aller Beschreibung. Da werden eines schönen Tages 50 und noch mehr Rentenempfänger vorgeladen und engros untersucht. Und dann bestimmt der Vertrauensarzt, daß so und so viel Leute nicht oder nicht mehr erwerbsunfähig sind. Das geschieht im Handumdrehen, trotzdem diese Abschätzung selbst nach Angaben von Aerzten außerordentlich schwierig ist. Ich möchte den Minister gelegentlich der bevorstehenden Reform unserer Arbeiterversicherung dringend bitten, gerade diese schlimmsten Mißstände zu beseitigen und wenigstens den Aermsten einige Erleichterungen zu gewähren. Hier sollte die Reform einsetzen.

Ich komme nun noch zur Aerztefrage, der wir es ja zu verdanken haben, daß die ganze Oeffentlichkeit gegen die Krankenkassenvorstände scharf gemacht wurde. Dr. Mugdan hat in der Sitzung vom 28. Januar 1908 hier ausgeführt, daß der Kampf mit den Aerzten daraus entstanden sei, weil meine Parteigenossen es absolut ablehnten, mit der Organisation der Aerzte zu verhandeln. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr unrichtig!) Dr. Mugdan sagte weiter, der Streit um die freie Aerztewahl sei nichts anderes als der Streit darum, ob die Krankenkasse mit dem einzelnen Arzt oder mit der Organisation Verträge abschließen sollte. Das hat Dr. Mugdan gesagt, obgleich er genau wußte, daß es mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. (Große Unruhe bei den Freisinnigen. Dr. Mugdan begibt sich unter der Heiterkeit des Hauses zum Vizepräsidenten Dr. Paasche und macht ihn auf die Aeußerung aufmerksam. Dr. Paasche macht jedoch eine abwehrende Handbewegung und lehnt ein Eingreifen ab. Dr. Mugdan begibt sich wieder auf seinen Platz. Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich will nicht bestreiten, daß einzelne Kassenvorstände es abgelehnt haben mögen, mit Aerzten zu verhandeln. Aber weshalb? Weil die Krankenkassenvorstände genau wußten, daß es sich bei den Verhandlungen mit den Aerzten oder besser mit der Aerzteorganisation nicht um ein „Verhandeln" dreht, nicht darum, einen Ausgleich zu finden, sondern daß die Aerzteorganisation einfach die Bedingungen festsetzt. Weshalb sträuben sich nun die Krankenkassenvorstände gegen die freie Aerztewahl? Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Arbeiter prinzipielle Gegner der freien Aerztewahl sind. Die Arbeiter haben sich vielmehr früher für die freie Aerztewahl ausgesprochen, und die Aerzte bei der Erfüllung dieser Forderung in jeder Weise unterstützt. Was hat sich aber bei der Durchführung der freien Aerztewahl gezeigt? Es mögen Fehler hüben wie drüben vorgekommen sein, auch die Arbeiter mögen sich schwerer Fehler in bezug auf die Bezahlung und Behandlung der Aerzte schuldig gemacht haben. Ich halte es auch für ganz etwas Selbstverständliches, daß die Aerzte sich zusammentun mußten und es nicht dem einzelnen überlassen konnten, die Verhandlungen mit den Krankenkassen zu führen. Aber die freie Arztwahl hat zu den allerschwersten Mißständen geführt. Zunächst wurden die Kosten sehr hoch, freilich stehe ich auf dem Standpunkt, daß es unter allen Umständen Aufgabe der Krankenkassen ist, die für die Durchführung eines richtigen Arztsystems notwendigen Kosten aufzubringen. Die Arztfrage darf keine Geldfrage sein. Die Krankenkassen können und müssen so viele Aerzte anstellen, als sie brauchen. Wenn die Aerzte sich darüber einig sind, daß in einem bestimmten Falle etwa zehn Aerzte zu wenig sind, sondern daß es 12 oder 20 sein müssen, so ist das eine Frage, über die sich reden läßt. Ebenso läßt sich darüber reden, ob das Honorar für die einzelne Leistung zu erhöhen ist. Wenn aber einer Krankenkasse gesagt wird, du sollst nicht nur für die Aerzte sorgen, die du brauchst, du brauchst zwar zur 10 Aerzte, wir haben in der Stadt aber 30 Aerzte, und deswegen mußt du 30 Aerzte bezahlen, so muß man doch fragen, wo da die Grenze ist. Mag man die Bezahlung der Einzelleistung auch noch so hoch schrauben, bei diesem System wird immer der Arzt, welcher nur wenige Kranke hat, dem Elend verfallen, wenn er sonst keine Einkünfte hat. Und deshalb gibt es bei diesem System für die Kasse überhaupt keine finanzielle Grenze. Auch bei der Behandlung der Kranken haben sich bei der freien Arztwahl schwere Mißstände herausgestellt. Man denkt bei der freien Arztwahl immer, der Arbeiter könne jeden Arzt in Anspruch nehmen. Das ist aber nicht der Fall. Man versteht darunter nur, daß es jedem Arzt freistehen soll, zu behandeln, nicht aber dem Kranken, jeden Arzt in Anspruch zu nehmen. Auch von ärztlicher Seite ist darauf hingewiesen, daß bei diesem System einige Aerzte sehr viel, andere sehr wenig in Anspruch genommen werden, so daß der Arzt, der viel in Anspruch genommen wird, gar nicht imstande ist, die Patienten richtig zu behandeln. Aus allen diesen Gründen sind die Kassenvorstände dazu gekommen, nicht etwa die freie Arztwahl grundsätzlich abzulehnen, sondern sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Frage von Fall zu Fall zu entscheiden ist und sich nach den gegebenen Verhältnissen einer Kasse richten muß; sie haben sich deshalb dagegen gewehrt, daß ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt wird, die freie Arztwahl muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Ich hoffe, daß die Verhandlung zwischen den Kassenvorständen und Aerzten, die jetzt im Gange sind, zu einem guten Erfolge führen. Ich bin weit davon entfernt, die Stellung zwischen den Aerzten und Kassen mit der zwischen Arbeiter und Fabrikherr zu vergleichen. Die Arbeiter haben ein Interesse daran, die Aerzte nach jeder Seite hin zu befriedigen, einen Aerztestand zu haben, der mit Freuden seinem Berufe nachkommt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit zwei Worten will ich jetzt noch auf einige Aeußerungen zurückkommen, die in der vorhergehenden Debatte gemacht sind. Ich wende mich zunächst an den Bundesratsvertreter von Elsaß-Lothringen, der sich bemüßigt fühlte, die Gewerbeinspektion in Elsaß-Lothringen zu rechtfertigen. Er hat uns die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten angeführt und gezeigt, wie sie größer und größer geworden ist, und wie sie sich aus kleinen Anfängen entwickelt hat. Wäre er noch etwas weiter zurückgegangen, so wäre er auf eine Zeit gekommen, wo noch gar keine Gewerbeaufsichtsbeamten vorhanden waren, und er hätte dann zeigen können, wie die Gewerbeinspektion aus dem Nichts entstanden ist. (Heiterkeit.) Er hat uns aber nicht gezeigt, was das Wichtigste ist, nämlich das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Betrieben. Ich will das deshalb nachholen. In dem Bericht von 1902 wird angeführt, daß die Fabriken und die den Fabriken gleichgestellten Anlagen durchschnittlich nur alle vier Jahre einmal besucht werden. Sollen auch die Handwerksbetriebe mit besucht werden, so wird jeder Betrieb durchschnittlich nur alle sechs Jahre einmal besucht. Diese seltenen Revisionen haben den Uebelstand — so sagt der Fabrikinspektor — daß unsere Arbeit häufig ganz verloren geht. Wir finden bei der nächsten Revision neue Betriebsleiter vor, die von unseren Abmachungen nichts wissen. Im Jahre 1903 sagte der Gewerbeinspektor: „Die Anzahl der Revisionen hat wie im Vorjahre eine merkliche Abnahme erfahren." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die Zahl der Fabriken überhaupt abgenommen hat. Im Jahre 1904 wird mitgeteilt, daß nur 19,8 Proz. der re-

visionspflichtigen Betriebe besucht wurden. Es heißt dabei, die Zahl der Besuche ist in den letzten Jahren infolge der vermehrten Bureauarbeiten zurückgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1905 heißt es: „Während im Vorjahre 19,8 Proz. der revisionspflichtigen Betriebe besucht wurden, konnten in diesem Jahre nur 18,2 Proz. besucht werden." Und im letzten Jahre muß gesagt werden, daß nur 14,4 Proz. der Betriebe besucht werden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Während es also nach den Angaben des Regierungsvertreters erscheint, als ob eine Besserung eingetreten ist, ist in Wahrheit eine Verschlechterung eingetreten. Der Regierungsvertreter hat auch darauf hingewiesen, daß die Bürgermeister verpflichtet sind, sich um die Revision der Fabrikbetriebe zu kümmern. Bei einer Gerichtsverhandlung gelegentlich eines Unglücksfalles wurde aber festgestellt, daß der Bürgermeister seit einer Reihe von Jahren den Betrieb nicht betreten hatte, und daß er die Formulare, die er hätte ausfüllen müssen, einfach in die Fabrik geschickt und von dem Betriebsleiter hat ausfüllen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Vorwürfe waren also in jeder Richtung gerechtfertigt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat sich in seiner Rede auch mit den Arbeitskammern beschäftigt, und hat bedauert, daß der Entwurf von unserer Seite, wie er sagte, in Grund und Boden verurteilt wurde. Die Tatsache ist ja richtig, aber der Herr Staatssekretär wird mir zugeben, daß wir uns bemüht haben, den Entwurf sachlich zu prüfen, und daß wir zu einer ablehnenden Stellung deshalb gekommen sind, weil wir die Bestimmungen des Entwurfes als

arbeiterfeindlich

bezeichnen müssen. Ich verweise zunächst auf die berufliche Gliederung, die in dem Entwurfe vorgeschlagen ist; an den Handelskammern hat der Herr Staatssekretär ein Vorbild, wie die Gliederung nach Bezirken geschehen kann, ohne die Berufsinteressen zu vernachlässigen. Die besonderen Berufsinteressen können gar nicht von den lokalen Interessen losgelöst werden. Es ist ja bekannt, daß die Arbeiterverhältnisse in dem einen Gewerbe einen Einfluß auf die Arbeiterverhältnisse eines anderen Kreises in dem ganzen Bezirk ausüben. Auch gibt es Interessen, welche alle Arbeiter angehen, für die also auch eine Instanz vorgesehen sein müßte. Es ginge sehr wohl, es auch anders zu machen, und die Organisation nach Bezirken vorzunehmen, und es muß das gehen, weil sonst die Tätigkeit der Arbeitskammern unfruchtbar bleiben wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber für uns nicht das Entscheidende. Die Hauptsache ist noch etwas anderes. Der Herr Staatssekretär sagte ja selbst, daß eine solche Organisation an sich noch gar nichts nützt, der Gesetzgeber könne nur die Form schaffen, die dann mit dem richtigen Geist erfüllt werden müsse. Dann aber muß man doch den Arbeitern die Möglichkeit geben, den richtigen Geist hineinzubringen. Wenn Sie die Arbeiter abschließen, so verurteilen Sie die Organisation von vornherein zur Unfruchtbarkeit. Sollen die Arbeiter den richtigen Geist hineinbringen, so müssen Sie ihnen

ein geheimes, allgemeines Wahlrecht

gewähren. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der den Herrn Staatssekretär hörte, hat wohl den Eindruck bekommen, der Herr Staatssekretär meint es aufrichtig. Er glaubt wirklich, das von ihm vorgeschlagene Wahlrecht ermögliche es den Arbeitern, die Männer ihres Vertrauens hineinzubringen. Die Arbeiter aber, die den Staatssekretär nicht gesehen haben, müssen glauben, daß sie

geradezu verhöhnt

werden sollten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man von den Arbeitern Vertrauen verlangen, wenn man gegen sie so mißtrauisch ist, so von dem engsten, kleinlichsten Polizeigeist beseelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie mit einer solchen Organisation den Anfang machen, so ist eine freie Wahl der Arbeitervertreter unerläßlich. Die Arbeiter müssen dann auch in der Lage sein, die Männer ihres Vertrauens zu wählen, die aus der Fabrik herausgegangen sind, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, aber doch eben schlichte Leute aus der Werkstatt sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese ausgeschlossen werden, können Sie sich nicht wundern, daß die Arbeiter sagen, diese Maßnahmen sind gegen die Arbeiter gerichtet, sie sind eingeführt, um die Stimmen der Arbeiter zu unterdrücken.

Nun hat der Staatssekretär auf die Schwierigkeit der Regelung der Kostenfrage hingewiesen. Ich verstehe nicht, daß es keinen Geheimrat gegeben hat, der ihm diese Weisheit verraten hätte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch der letzte Arbeiter hätte dem Staatssekretär sagen können, daß die Arbeitskammern auf die Beseitigung bestehender Mißstände hinarbeiten sollen und deshalb eine im Dienste der Allgemeinheit wichtige Funktion ausüben. Dann aber sollte auch die Gesamtheit die Kosten tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird natürlich für unmöglich gehalten, weil man es für ein Staatsverbrechen ansieht, wenn ein paar tausend Mark vom Militarismus oder Marinismus gestrichen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Arbeiter ist eben kein Geld da. Auf das, was der Abgeordnete v. Dirksen über die Verwendung der Beiträge der freien Gewerkschaften gesagt hat, gehe ich nicht ein. Das ist schon zu oft widerlegt worden, und es ist Sache des persönlichen Geschmacks, ob man es jetzt noch einmal für nötig hält. Nur eines möchte ich richtigstellen. Herr v. Dirksen hat hier so geheimnisvoll getan, als er die Zahlen über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes vortrug. Er tat so, als ob er damit eine große Enthüllung gemacht habe. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Zahlen dem gedruckten Geschäftsbericht für 1907 entnommen worden sind, den jedes Mitglied zugestellt erhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Abrechnung ist als Gehälter die Summe von 35 890 M. eingesetzt, die auf 17 Beamte entfallen. Auf jeden Beamten entfallen also durchschnittlich 2000 M. pro Jahr. Nun möge Herr v. Dirksen einmal die Arbeit, die er leistet, und das Einkommen, das er bekommt, mit diesem Gehalt und der Tätigkeit dieser 17 Beamten vergleichen, und ich möchte wirklich wissen, ob er dann noch seine Behauptung von der Vergeudung der Arbeitergroschen aufrecht erhält. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Herrn v. Dirksen waren bezeichnend für die Stellung der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialpolitik. Wenn es nach den Herren gehen würde, würden die Arbeiter in den allertraurigsten Verhältnissen niedergehalten werden. Das beweist die ganze Geschichte der Arbeitergesetzgebung. Und so erklärt es sich auch, daß alle Vorlagen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die in letzter Zeit gekommen sind, nichts anderes waren, als Nachahmungen von Anregungen, die wir schon vor Jahrzehnten gegeben haben. Gefreut hat es mich, daß der Herr Staatssekretär bei einer Bemerkung: er wolle nicht immer Männer haben, die stets nein sagen, auf einen Zuruf aus unseren Reihen ausdrücklich feststellte, daß er uns damit nicht gemeint habe. Ich habe es ihm allerdings nachgefühlt, daß er in demselben Augenblick, wo er sah, daß alles, was er als Regierungstaten vorweisen konnte, auf Anregungen von uns beruhte, unmöglich behaupten konnte, wir hätten immer nein gesagt. Er muß sich überzeugt haben, daß gerade wir es sind, die bei jeder Gelegenheit ja gesagt haben. (Lachen rechts.) Wir haben nur nein gesagt bei den Entrechtungen, die die bürgerlichen Parteien an den Arbeitern verübt haben. Wo es aber galt, wirklich Arbeiterinteressen zu vertreten, haben wir stets positive Arbeit geleistet. Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir noch nicht den ersten Anfang des Arbeiterschutzes. Wohin jetzt Ihr Bestreben geht, beweisen die großen Kämpfe im Baugewerbe. Durch unsere Blätter haben Sie ja die vertraulichen Verhandlungen der Arbeitgeber kennen gelernt, die darauf hinausgingen, wie man am besten

die Arbeiter mürbe machen

könne. Glücklicherweise hängt die Entwickelung nicht von Ihnen ab. Sie sind nicht in der Lage, den Vormarsch der Arbeiter zurückzuhalten. Gewiß bin auch ich der Ansicht, daß die Arbeiter sehr schweren Zeiten entgegengehen, sie werden ihre gewerkschaftlichen und politischen Kampfmittel den neuen Verhältnissen anzupassen haben. Aber sie werden vorwärts marschieren, weil sie vorwärts marschieren müssen. Der Kapitalismus braucht zu seiner Entwickelung eine intelligente Arbeiterschaft, die er nicht erhalten kann bei elenden Löhnen und vergewaltigten Arbeiterorganisationen. So entsteht aus der wirtschaftlichen Entwickelung heraus eine entgegengesetzte Tendenz, die die Arbeiter vorwärts treibt gegen die Uebermacht des Großkapitals. Die Arbeiterschaft wird so an Macht immer mehr zunehmen, bis wir ein Ende machen können mit den heutigen Ausbeutungsverhältnissen, bis die Syndikatswirtschaft abgelöst werden kann von der sozialistischen Wirtschaft. Unser die Welt trotzalledem! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Auf die Frage der Arbeitskammern will ich nicht noch einmal zurückkommen. Ich fürchte, ich würde mich mit dem Herrn Vorredner doch nicht einigen (Sehr gut! rechts). Der Herr Vorredner hat sich in seinen Ausführungen leider nicht von der Animosität freimachen können, welche in jedem Schritt der Regierung eine Tat der Arbeiterfeindlichkeit erblickt. (Sehr wahr! rechts.) Der Herr Vorredner hat u. a. auch die Festsetzung der Invalidenrenten kritisiert und hat es bemängelt, daß das Verfahren dabei einer Prüfung unterzogen worden ist und daß das Ergebnis dieser Prüfung eine Verminderung und Zurückziehung von Rentenfestsetzungen gewesen sei. Zu dieser Nachprüfung des Rentenfestsetzungsverfahrens war die Reichsregierung verpflichtet, nachdem sie zu der Ueberzeugung gekommen war, daß stellenweise Renten in solchen Fällen gewährt wurden, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dazu nicht vorlagen. Das Nachprüfungsverfahren bei der Rentenfestsetzung war nicht so oberflächlich, wie es nach den Ausführungen des Abg. Hoch den Anschein haben konnte. Der Abg. Hoch sagte, daß an einem Tage 60 Leute vor den Landrat geladen worden seien, der summarisch festgesetzt habe, ob ihre Rente berechtigt sei oder nicht, und ein so flüchtiges Verfahren hätte natürlich nur sehr unbefriedigende Ergebnisse liefern können. Er hat sich weiter auf das Gutachten eines Arztes bezogen, der die Wahrnehmung gemacht haben will, daß nach Stattfinden der Revision eine zu große Strenge in der Festsetzung der Renten eingetreten sei. In der geschilderten summarischen Weise ist das Verfahren nicht nachgeprüft worden. Es ist vielmehr so vorgegangen worden, daß ein beamteter Arzt das gesamte Aktenmaterial über die nachzuprüfenden Renten erhielt und am Tage vor dem Termin den Rentenempfänger ärztlich genau untersuchte. Am nächsten Tage sind dann bis zu 25 Personen gegenüber, die bei der Rentenfestsetzung mitgewirkt hatten, auseinandergesetzt, wie er glaube, den Fall beurteilen zu müssen. Das war ein durchaus sachgemäßes und gründliches Verfahren (Sehr wahr! rechts).

Der Abg. Kaempf hat an mich vorgestern die Frage gerichtet, was infolge der Resolution Ablaß geschehen sei, die den Verlust des Wahlrechts infolge öffentlicher Armenunterstützung betrifft und im Frühjahr vorigen Jahres vom Reichstag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Der Bundesrat hat sie demnächst dem Reichskanzler überwiesen, so daß ich gegenwärtig mit dieser Angelegenheit beschäftigt bin. Ich kann natürlich nur meine persönliche Ansicht darlegen, da die Bundesregierungen noch nicht in der Lage waren, sich zu äußern. Nach meiner Ansicht ist der Verlust öffentlicher Rechte — es handelt sich nicht nur um das Wahlrecht, sondern auch um den Schöffen- und Geschworenendienst — allein durch den Umstand, daß Armenunterstützung gewährt worden ist, nicht mehr in allen Beziehungen mit den gegenwärtigen Auffassungen in Uebereinstimmung zu bringen. Die Art der Gewährung von Armenunterstützungen hat sich im Laufe der Jahre außerordentlich geändert. Auch aus diesem Grunde glaube ich für meine Person, daß man an eine Revision der bestehenden Bestimmungen herangehen muß. Ich habe mich einstweilen mit dem preußischen Minister des Innern in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob der Weg gangbar ist, den die Resolution Ablaß uns vorschlägt. In dieser Resolution wird nämlich aufgezählt, welche Formen von Armenunterstützung den Verlust bürgerlicher Rechte nach sich haben sollen oder nicht. Die Abgeordneten Dove und Stadthagen haben die Verfügung des preußischen Ministers des Innern auf Einführung von Legitimationskarten für ausländische Arbeiter besprochen. Der Vorgang selbst ist wohl bekannt. Die preußische Regierung läßt für ausländische Arbeiter besondere Ausweiskarten anfertigen und bedient sich dabei der unter staatlicher Aufsicht stehenden Feldarbeiterzentrale. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß die Ausfertigung der Papiere durch die Polizeibehörden und auf deren Verantwortung hin erfolgt und daß sich die Polizeibehörden lediglich der Mitwirkung der Feldarbeiterzentrale bei der Beschaffung der Unterlagen für die Ausweispapiere bedient.

Die beiden Abgeordneten haben gesagt, daß diese preußische Verfügung rechtlich unzulässig sei, weil sie sich in Widerspruch setze mit den Bestimmungen unserer Handelsverträge und mit Reichsgesetzen. Ich halte diese Bedenken nicht für zutreffend. Es handelt sich bei der Maßnahme des preußischen Ministers des Innern lediglich um eine sich auf das Gebiet der Fremdenpolizei beziehende Verordnung. Dieses Gebiet ist durch handelsvertragliche Bestimmungen in keiner Weise beschränkt. Die Verfügung hält sich ferner durchaus in den Grenzen, innerhalb deren die preußische Regierung befugt ist, Verordnungen zu erlassen. Ich kann daher in keiner Weise zugeben, daß die Verfügung der preußischen Regierung mit den Handelsverträgen in irgend welchem Widerspruch steht. Es ist ferner bemängelt worden, daß für die Ausfertigung dieser Ausweispapiere eine Gebühr erhoben wird. Ich halte eine derartige Gebühr zur Deckung der verschiedenen Kosten für durchaus gerechtfertigt. Endlich hat der Abg. Stadthagen bemängelt, daß in der Verfügung dem Landrat die Befugnis zugesprochen wird, in einem Vorverfahren darüber zu bestimmen, ob das Ausweispapier von dem einen Arbeitgeber auf andere Arbeitgeber umzuschreiben ist. Er hat das einen Eingriff in die richterliche Hoheit des Reiches genannt. Die Entscheidung des Landrats hat zu erfolgen unter Berücksichtigung etwaiger gerichtlicher oder sonstiger Entscheidungen über das Kontraktverhältnis und ist außerdem selbstverständlich nur eine vorläufige. Was die Bemängelung bezüglich des Paßwesens anlangt, so kann ich nur betonen, daß der preußische Minister nicht einen Paßzwang eingeführt hat, sondern lediglich ein Ausweispapier für die Uebernahme bestimmter Arbeit. Ich kann deshalb erklären, daß die preußische Verfügung weder mit den Handelsverträgen noch mit den Reichsgesetzen in Widerspruch steht. Ich könnte damit meine Ausführungen schließen, möchte jedoch noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Wir sind leider gezwungen, sowohl in der Industrie als vornehmlich in der Landwirtschaft mit einer großen Anzahl von ausländischen Arbeitern zu rechnen, weil die inländische Arbeiterschaft das vorhandene Bedürfnis nicht deckt. Es ist im Laufe der Debatte gesagt worden, die Unternehmer hätten ein Interesse an ausländischen Arbeitskräften, da diese auf den Lohn drückten. Das ist durchaus unrichtig. (Zustimmung rechts.) Wir begrüßen jeden fremden Arbeiter, der sich unseren Gesetzen fügt. Aber auf der anderen Seite ist der preußische Staat entschlossen und bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, welche darauf gerichtet sind, die Schaffung eines inländischen Arbeiterstandes für die Landwirtschaft als auch für die Industrie in jeder Weise zu fördern. (Beifall rechts.) Ich halte dies für eine der Lebensfragen unseres Staates. (Erneuter Beifall rechts.) Vom kaufmännischen Standpunkt könnte man vielleicht meinen, mit ausländischen Saisonarbeitern billiger wegzukommen. Aber selbst das halte ich nicht für durchschlagend, denn die Landwirtschaft hat das größte Interesse an der Erhaltung eines kräftigen inländischen Arbeiterstandes. (Sehr richtig! rechts.) Die in Preußen ergriffene Maßregel soll wesentlich dazu dienen, die Leute, die zu uns kommen, für eine längere Zeit an den Arbeitsort zu halten und einen Kontraktbruch möglichst zu verhindern.

Die Bestimmung, daß die ausländischen Arbeiter sich an den Landrat zunächst wenden müssen, damit dieser entscheidet, ob sie Grund haben, ihr Arbeitsverhältnis zu ändern, halte ich für sehr gut. Herr v. Gamp hat mit der Zunahme des Personals bei uns einen wunden Punkt berührt. Als im vorigen Herbst der englische Minister John Burns mich mit seinem Besuche beehrte, sagte er mir, was ihm am meisten in Deutschland auffiele, wären die Unzahl von Reglements und die Unzahl von Beamten und die weiteren Bemerkungen, die er daran knüpfte, zeugten eigentlich nicht dafür, daß er große Sympathie für diese unsere Verhältnisse hätte. Wir sind tatsächlich, wie ich fürchte, bei einem Zustande angelangt, der eine derartige Verstärkung unseres Beamtenkörpers nach den verschiedensten Richtungen fordert, daß man hier und da bedenklich werden kann. Dies auszusprechen ist ja für einen Staatssekretär des Innern gefährlich, denn ich höre schon im voraus die Kritik, welche mir vorwerfen wird, nun würde die soziale Politik überhaupt Halt machen, denn ich hätte Angst vor zuviel Beamten. Ich bin deshalb Herrn Naumann zu besonderem Danke für die Ausführungen verpflichtet, welche er neulich anläßlich der Heimarbeiternovelle hier gemacht hat. Es waren Ausführungen, die mir zum übergroßen Teil aus der Seele gesprochen waren. Er hat, wie ich glaube, sehr zutreffend appelliert von der Fülle der dürren Paragraphen und von dem Heer der die Ausführung dieser Paragraphen kontrollierenden Beamten an den Menschen wie er leibt und lebt, an die Gesinnung des Menschen. Gerade diesen Gesichtspunkt, den wir bei unserer gesamten Verwaltung vielleicht etwas mehr ins Auge fassen sollten, hat Herr Naumann in sehr klarer und schöner Weise zum Ausdruck gebracht — Herr Gamp hat dann weiter die Zunahme der statistischen Arbeiten bemängelt. Ich weise darauf hin, daß seit 1902, seit der großen Handwerkerenquete eine ganze Reihe weiterer Enqueten vom Reichstag verlangt worden sind und daß auch in dieser Session wieder eine ganze Reihe von Resolutionen statistische Erhebungen wünschen. Herr Gamp selbst hat ebenfalls gestern wieder eine neue statistische Erhebung verlangt. (Heiterkeit.) Ich muß nun noch kurz auf die Frage der Kartelle eingehen. Die Resolution Spahn liefert hinaus auf eine staatliche Ueberwachung und eine gesetzliche Auskunftspflicht der Kartelle. Die Kartellenquete, deren Ergebnis von verschiedenen Rednern als durchaus negativ bezeichnet worden ist, ist veranlaßt worden durch eine Resolution Gröber im Jahre 1900 und man wird jedenfalls zugeben müssen, daß sie mit großer Gründlichkeit und Unparteilichkeit geführt worden ist. Ich bitte auch, nicht zu übersehen, daß das Gesamtergebnis der Enquete in den stenographischen Berichten über die kontradiktorischen Verhandlungen und in der Denkschrift nicht Raum gefunden hat. Es sind außerdem noch Dinge zur Sprache gekommen, Mitteilungen gemacht worden, zu deren Veröffentlichung sich das Reichsamt des Innern nicht ohne weiteres kompetent hielt. Man wird doch auch den Kartellen das Recht auf die Wahrung eines gewissen Geschäftsgeheimnisses zugestehen müssen, sonst hört überhaupt jeder geschäftliche Betrieb der Kartelle auf. Die Mitteilungen, die uns so nebenher gemacht worden sind, sind aber vom Reichsamt des Innern durchaus benutzt worden, und sie haben dahin geführt, daß in wiederholten Fällen sich das Reichsamt des Innern mit Kartellen über bestimmte Fragen in Beziehung gesetzt hat. Ich darf auch konstatieren, daß diese Verhandlungen in manchen Fällen dazu geführt haben, daß die Kartelle ihre Absichten einer nochmaligen Prüfung unterzogen haben. Wollte man alle diese Mitteilungen publizieren, so würde das auch eine ungünstige Einwirkung auf unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ausüben. Ich bin deshalb der Ansicht, daß man es sich **sehr gründlich überlegen sollte, ob man durch gesetzliche Vorschriften auf die Verhältnisse der Kartelle unmittelbar einwirken soll.** Es ist unzweifelhaft, daß eine derartige Einwirkung sich nicht speziell beschränkt auf die Verhältnisse der betreffenden Kartelle, sondern einen großen Einfluß ausübt auf das gesamte Erwerbsleben. Nur solche Maßnahmen sind zu treffen, welche die Sicherheit bieten, daß wir tatsächlich zu einer Besserung gelangen.

In der Resolution Spahn wird ein Aufsichtsamt vorgeschlagen in einer gewissen Analogie mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung. Zwischen ihnen und den Kartellen ist aber doch ein gewisser Unterschied. Die Privatversicherungen haben es mit einem ganz abgegrenzten Geschäftskreis zu tun, sie werden nach einheitlicher Norm dirigiert und daher können für sie auch einheitliche Aufsichtsbestimmungen getroffen werden. Die Kartelle aber wachsen aus der Gesamtheit unserer Produktionsbedingungen hervor und sind in ihren Rechtsformen und in ihrer Geschäftstätigkeit durchaus voneinander verschieden. Nun ist gestern und auch heute wieder vom Abg. Hoch auf amerikanische Verhältnisse Bezug genommen und Graf Kanitz hat meiner Ansicht nach zutreffend auf die Kühnheit des Präsidenten Roosevelt hingewiesen, mit der er den Auswüchsen der Kartelle zu Leibe geht. Aber die Grundlage der amerikanischen Kartelle ist eine ganz andere als die der deutschen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, was vor kurzer Zeit auf einer Versammlung in Amerika beschlossen wurde, an der maßgebende Parlamentarier, Beamte, Vertreter der Industrien, kurz aller der Kreise, die an den Kartellen interessiert sind, teilgenommen haben. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen sind Resolutionen gewesen, die hinauslaufen auf die Herstellung des Zustandes, den wir in Deutschland bereits haben. Man verlangte nämlich, daß die Eisenbahnen verstaatlicht werden oder doch einer starken Einwirkung des Staates unterworfen werden, und man verlangte zweitens, daß die Gesellschaften einer Publizität unterworfen werden, etwa wie die Aktiengesellschaften bei uns. Die Gefahren der Kartelle erblickte man hauptsächlich darin, daß die großen Erwerbsgesellschaften mit den Eisenbahnen verknüpft sind, und in dem Mangel einer öffentlichen Kontrolle. Beides ist bei uns anders. Ferner sind die Kartelle in Amerika eine große politische Macht, während sie bei uns politische Macht nicht haben. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Es ist sehr wohl denkbar, daß die Regierung eine strengere Aufsicht über die Kartelle führt. Ich weiß aber nicht, ob der Weg der Resolution gangbar ist, möchte mich daher auch nicht für meine Person entscheiden. Die Resolution wird ja unzweifelhaft von der Mehrheit des Reichstages angenommen werden und ich werde sie dann den verbündeten Regierungen vorlegen. Ich bitte aber, sicher zu sein, daß die Reichsverwaltung nicht seit gestern und heute, sondern schon seit langer Zeit die große wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Kartelle mit voller Aufmerksamkeit beobachtet, den Ernst der Sachlage durchaus anerkennt und den dringenden Wunsch hat, wenn die Kartelle über das zulässige Maß hinausgehen sollten, ihnen einen Riegel vorzuschieben. Trotzdem muß sie bei der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Kartellwesens auch auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, welche einer schematischen Regelung entgegenstehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Mugdan (frs. Vp.):

Die maßlosen Uebertreibungen des Abg. Hoch waren lauter alte längst bekannte Ladenhüter der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Konservativen und Nationalliberalen.) Gleichwohl wird morgen im „Vorwärts" stehen, daß er eine großzügige Rede gehalten und mit Peitschenhieben das Gewissen der bürgerlichen Kreise geweckt hat. Dabei sind seine eigenen Parteigenossen während seiner Rede hinausgegangen. (Sehr gut! rechts.) Ich stelle nur fest, daß kein Land der Welt auch nur einen Bruchteil dessen für die Arbeiter ausgibt, was ihnen in Deutschland die Wohltaten des Staates in der sozialen Versicherung zuführen, und daß die Versicherungsgesetzgebung viel älter ist als die Sozialdemokratie. Ist doch die **Krankenversicherung in Deutschland**

alten kirchlichen Ursprunges. Die Behauptung, daß der deutsche Arbeiter entrechtet sei, kann in einem Parlamente des allgemeinen Wahlrechts nur Lachen machen. Ohne die bürgerlichen Parteien wäre in der Sozialpolitik noch kein Pfifferling geschehen. Die Uebertreibungen und Verdrehungen wirken ja nicht einmal mehr in der Volksversammlung: die Hälfte ihrer Mandate ist die Sozialdemokratie ja los. (Sehr gut! beim Block.) Ein paar Worte zur Frage der freien Arztwahl. Die Aerzte wollen die freie Arztwahl, weil nur bei ihr die Kassenpatienten ebenso behandelt werden können, wie andere Patienten, deshalb sollte doch gerade eine Arbeiterpartei dafür sein. Die Vorwürfe, die Hoch gegen die Berufsgenossenschaften gerichtet hat, sind auch gegen die Krankenkassenvorstände zu richten. Oft genug wird ein von einem Arzt für krank erklärter Arbeiter vom Kassenbeamten noch zum Vertrauensarzt der Kasse geschickt, und dieser von der Kasse abhängige Arzt erklärt den Mann natürlich für gesund. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wie abhängig die Kassenärzte sind, beweist auch der Umstand, daß bei den sozialdemokratischen Krankenkassen ein Arzt Gefahr läuft, von der Kassenpraxis entfernt zu werden, wenn er irgend etwas sagt, was den Kassenvorstand beleidigt, auch wenn er es als Zeuge vor Gericht sagt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: **Nennen Sie Namen und Beispiele!**) Ich habe den Fall nur konstruiert, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.); ein Vertrag ist nicht danach zu beurteilen, ob er Mißstände hervorgerufen hat, sondern danach, ob er sie hervorrufen kann. (Sehr richtig! rechts.) Herr Hoch hat behauptet, die freie Arztwahl verursache, hohe Kosten; fest steht aber, daß die freie Arztwahl für die Kasse billiger ist, als das System der fixierten Kassenärzte. Die Aerzte sind für die freie Arztwahl eingetreten nicht des Geldes wegen, sondern der Kranken wegen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wie zwiespältig die Sozialdemokraten sind, zeigt auch der Umstand, daß sie bei der Interpellation über die Bergarbeiterklagen verschwiegen haben, daß der Hauptwunsch der Bergarbeiter auf die freie Arztwahl hinaus geht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Damit mag es genug sein über die freie Arztwahl. Ich wende mich nun zu den Fragen der Arbeiterversicherung. Eine Vereinheitlichung derselben ist dringend notwendig und ich weiß nicht, warum die Regierung bei dieser längst spruchreifen Frage noch zögert. Ebenso notwendig ist aber auch die Reform der Krankenversicherung. (Bravo! beim Block.)

Abg. Schack (wirtsch. Vg.) befürwortet die Einsetzung einer ständigen Kommission zur Beratung der sozialpolitischen Fragen. Sehr erwünscht wäre es auch, wenn der Bundesrat jedesmal bekannt machen würde, wie er sich zu den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik stellt. Die Einrichtung der Kaufmannsgerichte sollte weiter ausgedehnt werden. Bei allen Wahlen auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung sollte das Proportionalwahlsystem eingeführt werden. In bezug auf die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern, verweise ich Herrn Hoch auf die früheren Verhandlungen des Reichstags, in denen seine Partei selbst für Arbeitskammern eintrat. — In der Beurteilung der Ausführungen des Herrn Naumann bin ich mit dem Herrn Staatssekretär einverstanden, ja, ich gehe noch weiter und meine, die Form war das beste an seinen Ausführungen. Im übrigen meine ich, sind wir hier nicht zu philosophischen Erwägungen und Ausrufen an die allgemeine Menschlichkeit, sondern zur praktischen Arbeit. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Neuner (natl.) befürwortet eine Resolution auf tunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Unfallfürsorge bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, unter besonderer Berücksichtigung der bei solcher Tätigkeit vorkommenden Feuer-, Wasser- und anderen Gefahren. Es handle sich hier um eine offenbare Lücke in unserem Unfallversicherungsgesetz.

Hierauf vertagt sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoch (Soz.): Herr Mudgan hat behauptet, ich hätte erklärt, die Arbeiter seien in allen Fällen gegen die freie Arztwahl. Ich habe im Gegenteil nachgewiesen, daß die Arbeiter unter gewissen Umständen entschieden für die freie Arztwahl eintreten. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wir dafür eintreten, daß die Krankenkassen die Aerzte angemessen behandeln und bezahlen.

Abg. Heckscher (frs. Vp.): Herr Hoch hat mir den Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit gemacht. Dieser Vorwurf ist nach jeder Richtung hin eine objektive Unwahrheit. Daher nehme ich an, daß Herr Hoch es mit einer Unwahrheit nicht allzu tragisch nimmt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mugdan (frs. Vp.): Herr Hoch hat behauptet, daß ich etwas behauptet hätte, was ich gar nicht behauptet habe. (Heiterkeit.) Ich habe nicht behauptet, daß die Arbeiter gegen die freie Arztwahl sind, sondern die Sozialdemokratie. Das ist für mich nicht dasselbe.

Nächste Sitzung: Dienstagmittag 1 Uhr.

Interpellationen wegen der Beamtenbesoldungsvorlagen. Fortsetzung der heutigen Debatte. Schluß 6½ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 6. März.)

Einziger Beratungsgegenstand ist der Neubau des Reichsmilitärgerichts. Es werden dafür 2½ Millionen angefordert. Es wird im diesjährigen Etat eine erste Rate von einer Million gefordert.

Referent Erzberger empfiehlt die Forderung zur Annahme. In der Debatte kritisiert Eichhorn die hohen Kosten für Bauleitung und Architektenhonorar von 174 000 M., die über 7 Proz. der gesamten Bausumme ausmachen. General Linde bemerkt demgegenüber, daß das Architektenhonorar bei dem ersten Projekt 169 000 M. betragen habe, die Berechnung sei nach dem Hamburger Tarif der Architekten aufgestellt. Noch mehrere Redner finden diese Ausgabe etwas hoch, andere verteidigen sie. Noske bedauert, daß eine Preisausschreibung nicht möglich war. Die Regierung möge bei ihren Bauten mehr die künstlerische Seite berücksichtigen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die erste Rate mit 1 Million bewilligt.

Nächsten Dienstag beginnt die Beratung des Etats für Südwestafrika.

Aus Industrie und Handel.

20 Prozent „Ilse"-Dividenden.

Alle Proteste der Konsumenten gegen Brennmaterialienverteuerung haben nichts genützt: die Kohlenmagnaten vereinigten sich und zogen die Preisschraube immer fester an. Dabei wurde den Verbrauchern vorgeredet, die Aufschläge seien notwendig als Ausgleich gestiegener Selbstkosten. Jetzt weiß man, was gestiegen ist. Es ist der Gewinn der Unternehmer, die Dividende der Papierbesitzer. Das sind jedenfalls wunderbare Selbstkosten, deren Erhöhung die Preisaufschläge erforderlich machten. Diese Sorte Selbstkosten — der Reingewinn — hat bei der „Ilse"-Bergbau-Gesellschaft im letzten Jahre 1 955 751 Mk. betragen. Gegen das Vorjahr stellt sich die Selbstkostensteigerung beim Reingewinn auf 637 498 Mk. gleich 48 Proz. Aber noch eine andere Selbstkostensteigerung muß erwähnt werden, die der — Tantiemen. Im vorigen Jahre wurden hierfür 231 555 Mk. aufgewendet, in diesem Jahre sollen es 347 861 Mk. sein, so daß dieses Selbstkostenkonto eine Steigerung von 50 Proz. aufweist. Nun weiß man doch, wozu die Preissteigerungen notwendig waren. Auf das 8 Millionen Mark betragende Aktienkapital werden 20 Proz. Dividende verteilt. Die vorjährige Entbehrungsdividende betrug 18 Proz. Zuzüglich der Tantiemen und der Zuweisungen zum Reservefonds stellt sich der letztjährige Reingewinn auf 2 451 457 Mk., gleich 30,6 Proz. des Aktienkapitals. Außerdem sind aber auch noch 1 684 255 Mk. für Abschreibungen verwendet, 300 000 Mk. dem Pensionskassenfonds überwiesen und 541 672 Mk. an Zinsen usw. gezahlt worden. Der erzielte Betriebsgewinn von 4 997 925 M. macht 62½ Proz. des nominellen Aktienkapitals aus.

Rentabilität von Aktiengesellschaften.

Im Januar 1908 haben 105 Aktiengesellschaften mit dem Vorjahre vergleichbare Bilanzen im Zentralhandelsregister veröffentlicht. Obgleich sich für sie die nachlassende Konjunktur schon etwas bemerkbar machte, so konnten sie insgesamt für das Jahr 1907 resp. 1906/07 eine höhere Dividende verteilen als für das Jahr 1906 resp. 1905/06. Die 105 Gesellschaften haben zusammen ein Aktienkapital in Höhe von 251,32 Millionen Mark und verteilten darauf 17,92 Millionen Mark Dividende; das sind 7,1 Proz. gegen 6,2 im Jahre zuvor. Unter diesen Gesellschaften befinden sich 3 Elektrizitätsgesellschaften mit 105,85 Millionen Mark Kapital, die 8,1 Proz. Dividende ausschütteten gegen 7,6 im Jahre vorher. Besonders günstig waren die Erträgnisse für 5 Betriebe der Gruppe Eisen und Metalle, die 14,4 Proz. Dividende gegen 9,6 verteilten. Auf ein Kapital von 11,92 Millionen Mark im Verkehrsgewerbe entfiel für 1906/07 eine Dividende von 2,9 Proz. gegen 2,8 im Jahre 1905/06. Es fehlt aber auch nicht an Gewerben, wo die Dividendenbewegung rückgängig ist. So verteilten 56 Gesellschaften im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe auf 72,73 Millionen Mark Aktienkapital 5,5 Proz. gegen 5,9 im Jahre zuvor, 6 Betriebe der chemischen Industrie mit 14,35 Millionen Mark Aktienkapital 13,8 gegen 14,4 Proz. Bei drei Elektrizitäts- und Gaswerken, die allerdings nur ein Aktienkapital von 1,27 Millionen Mark repräsentieren, sank die Dividende von 5,1 auf 1,7 Proz. Eine Bergbaugesellschaft verteilte überhaupt keine Dividende, während eine andere für 1906/07 zum ersten Male eine Dividende von 5 Proz. ausschüttete, ein Vergleich mit 1905/06 also fehlt. Die meisten Gesellschaften haben natürlich auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht genommen, indem sie die Reservefonds gut dotierten und hohe Abschreibungen vornahmen.

Deutsche Bank.

Der im letzten Jahre herausgebrachte Bruttogewinn beträgt rund 53½ Millionen Mark. Nach Absetzung von 8 187 212 M. für Abschreibungen und 20 Millionen Mark Unkosten und Tantiemen, verbleibt ein Reingewinn von 20 072 166 M. gegen 18 212 847 M. für das Vorjahr und 16 745 506 M. pro 1905. Die Aktionäre erhalten wiederum 12 Prozent Dividende.

Krach im Ledergewerbe. Zu der Notiz unter vorstehender Stichmark in unserer Nummer vom 1. März, betreffend Insolvenz der Firma B. Baruch, Lederhandlung in Steele, wird uns mitgeteilt, daß sich die Firma in umfangreicher Weise in außerhalb ihres Gewerbes liegenden Spekulationen engagiert hatte und daraus in der Hauptsache die Verluste resultieren. Die Engagements in Ledergeschäften sind angeblich nicht sehr bedeutend gewesen.

Der Coupousschneiderlohn. Der Aufsichtsrat des Bremer Vulkan, Schiffsbau und Maschinenfabrik, hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. bei reichlichen Abschreibungen und weiterer Dotierung des Spezialreservefonds in Vorschlag zu bringen.

Internationale Abmachungen der Emailindustrie. Ende Februar fanden in Berlin Versammlungen des Vereins deutscher Emaillierwerke und des Vereins europäischer Emaillierwerke statt, die von ungefähr 40 deutschen, österreichisch-ungarischen und schweizerischen Werken besucht waren. Bei diesen Beratungen wurde festgestellt, daß die allgemeine Marktlage keine Veränderung erfahren hat, daß vielmehr in den hauptsächlichsten Exportabsatzgebieten die durch die Geldverhältnisse hervorgerufene Zurückhaltung zurzeit noch andauert. Es wurde daher von einer Erhöhung der gegenwärtig geltenden Verkaufspreise abgesehen, obschon sie mit den verteuerten Selbstkosten nicht im Einklang stehen. Wichtiger noch als dieser Verzicht auf saure Trauben ist die Tatsache, daß die Verhandlungen zum Zwecke der Begründung eines Verbandes europäischer und deutscher Emaillierwerke in der Form organisierter Syndikate über die in den einzelnen Paragraphen durchberatenen Satzungen Einstimmigkeiten ergeben haben. Der überwiegend größte Teil der hierfür in Betracht kommenden Emaillierwerke hat sich mit den Satzungen einverstanden erklärt, sofern diejenigen Werke, welche an den Beratungen teilzunehmen verhindert waren, nachträglich ihren Beitritt zum Verbande erklären. In diesem Falle würden die Verbände im nächsten Monat ihre Tätigkeit aufnehmen.

Der Kapitalismus in Islands Landwirtschaft und Viehzucht. Die Islandsfahrt, die im verflossenen Jahre der dänische Reichstag — allerdings mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die hauptsächlich wegen des militaristisch-monarchischen Beiwerks nicht mitmachte — samt der Regierung und dem König unternahmen, sollte dazu dienen, die Insel und ihre Bewohner fester an das Mutterland zu knüpfen. Dem mit verschwenderischem Aufwand patriotischer Reden durchgeführten Unternehmen lagen selbstverständlich wirtschaftliche und kapitalistische Interessen zugrunde, die sich nun auch bereits in der isländischen Landwirtschaft geltend zu machen suchen. Ein Konsortium dänischer und isländischer Geldleute hat „Brädratunge", eines von Islands größten Gütern übernommen. Es ist das ein im Südlande zwischen zwei Flüssen gelegenes Gelände mit weiten Strecken Wiesenlandes, das vorzüglich zur Heuproduktion und Viehwirtschaft geeignet ist. Durch Bewässerung und rationelle Bewirtschaftung hofft man den Heuertrag auf das Vielfache des bisherigen Ertrages zu bringen. Hauptsächlich soll die Rindviehwirtschaft kultiviert werden, auch mit einem Meiereibetrieb hofft man große Erfolge zu erzielen. Daneben sollen Schafe gezüchtet werden, die auf der Insel leicht ihr Fortkommen finden. „Brädratunge" ist altes Kulturland; es wird schon in den isländischen Sagen erwähnt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Landtagskandidatinnen.

Bei den Landtagswahlen in Prag, wo Genossin Mach kandidierte, ist es dieser leider nicht gelungen, zu siegen.

Eine Frau, Marie Dulemba, die von den Frauenrechtlerinnen in Lemberg aufgestellt war, erhielt 511 Stimmen. Aber die Kommission hat diese Stimmen für ungültig erklärt. Ganz gegen das Gesetz. Denn auch die galizische Wahlordnung erklärt im § 16 für wählbar jeden Wähler, der österreichischer Staatsbürger und 30 Jahre alt ist; und das Wahlrecht geht auf das Gemeindewahlrecht zurück, das ebenfalls nach der galizischen Gemeindewahlordnung den Frauen unstreitig zusteht.

Zur Frauenwahlrechtsfrage in Schweden.

Bei der großen schwedischen Wahlrechtsreform im vorigen Frühjahr ist für die weibliche Hälfte des Volkes nichts anderes herausgekommen, als daß das statistische Zentralbureau Auftrag erhielt, zu untersuchen, wie die neuen Wahlrechtsbestimmungen wirken würden, wenn diese für die Frauen Geltung bekämen. Das Bureau hat nun seine Arbeit beendet und festgestellt, daß nach der Zählung vom Jahre 1901 in Schweden 1 401 357 über 24 Jahre alte Frauen vorhanden waren gegenüber 1 237 153 Männern. Die Ueberzahl der Frauen ist am stärksten in den Städten, und in Stockholms zweiten Wahlkreis übersteigt die Zahl der Frauen die der Männer sogar um 48,5 Proz. Nach der ja noch nicht endgültig beschlossenen Wahlrechtsreform soll die Altersgrenze für das Wahlrecht vom 21. auf das 24. Lebensjahr erhöht werden. Dazu kommt, daß, wer Armenunterstützung bezieht oder die ihm obliegenden Steuern nicht bezahlt, des Wahlrechtes verlustig geht. Wegen Armenunterstützung würden nun ungefähr 100 000 von jenen 1 401 357 Frauen ausgeschaltet. Wie groß die Zahl derer wäre, denen wegen Steuerschulden das Wahlrecht genommen würde, ließ sich nicht genau feststellen, doch würde sie bedeutend geringer sein als bei den Männern, weil viel mehr Frauen als Männer wegen allzu geringen Einkommens nicht steuerpflichtig sind.

Die gemeindesteuerpflichtigen Frauen machten im Jahre 1900 8,3 Proz. der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und 4,5 Proz. aller Frauen im Mündigkeitsalter aus. Nur 9,7 Proz. Frauen waren ihre Steuer schuldig geblieben.

Es scheint, daß man versuchen will, ein staatsbürgerliches Frauenwahlrecht einzuführen, das auf die Frauen beschränkt werden soll, die entweder selbst oder deren Männer kommunalwahlberechtigt sind. Nach den Berechnungen der Zentralbureaus würden in solchem Fall 480 000 Frauen in Betracht kommen; das wären ungefähr 50 Proz. der Zahl der staatsbürgerlich wahlberechtigten Männer. Ein derartig beschränktes Frauenwahlrecht wäre jedenfalls den herrschenden Klassen ganz willkommen.

Versammlungen.

„Was war und was ist Karl Marx für die Arbeiterklasse?"

Ueber dieses Thema hielt Eduard Bernstein am Montag einen Vortrag in einer Versammlung der Metalldrücker, die nach dem „Gewerkschaftshaus" einberufen war. Der Redner erinnert daran, daß es am 14. März 25 Jahre her sind, daß Karl Marx die Augen geschlossen. Der Gedenktag werde manche neue Betrachtung über die Bedeutung dieses Mannes für die Arbeiterbewegung wecken. Umstritten ist die Frage, was er den Arbeitern war, noch mehr umstritten aber, was er ihnen ist. Erst kürzlich ging eine Polemik durch die Parteipresse darüber, wie weit man den Arbeitern das Lesen seiner Werke empfehlen könne, wenn nicht Vorstudien getrieben würden. Marx war einer der ersten, welche die geschichtliche Bedeutung der Arbeiterklasse erkannt und gekennzeichnet haben. Das Kommunistische Manifest, das jeder Arbeiter gelesen haben sollte, ist das Hohelied der Arbeiterklasse. Der Redner verweilt dabei und zeigt, wie das Proletariat seinen geschichtlichen Totengräber produziert, und welche mächtige Wirkung die Schlußworte jener Schrift ausüben, die da lauten: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Die Gedanken, die in diesem Manifest niedergelegt sind, kehren wieder in zahlreichen Agitationsschriften und werden oftmals ihres Ursprungs unbewußt ausgesprochen. Da sind Keime ausgestreut, die neue Saaten zeitigen und immer neue Früchte hervorbringen. Heute sehen wir freilich auch, wo sich Marx und Engels geirrt haben. Manche Sätze haben vor der Kritik der Zeit nicht bestehen können. Marx hat eine zu schnelle Entwickelung der Verhältnisse angenommen, verleitet von dem Bilde, was England ihm zeigte. Die glücklichste Zeit seines Lebens war wohl die Periode, in der er als das geistige Haupt der Internationalen Arbeiter-Assoziation wirkte, als der Lehrer der fortgeschrittensten Arbeiter aller Länder. Nachdem die Revolutionen von 1848 geschlagen waren, lagerte ein schwerer Druck auf der Arbeiterschaft und erst 1862 begann ein neuer Aufschwung in der Bewegung. 1864 wurde die „Internationale" gegründet, die mit dem Fall der Pariser Kommune ihren schwersten Stoß erlitt. Als sie 1872/73 zu Ende ging, hörte damit auch das Wirken von Marx in einer organisierten Körperschaft auf. Er gab seinen Rat aus der Fremde, aber das war bedenklich, denn er sah die Dinge von fern oftmals nicht richtig. Aber er hatte ja der Arbeiterwelt seine großen Werke gegeben. 1859, in demselben Jahre, als Darwins epochemachendes Werk erschien, gab er die „Kritik der politischen Oekonomie" heraus. Aehnlich wie bei Darwin konnte man wohl in Kleinigkeiten manches später richtig stellen und verbessern, was in dieser „Kritik" gesagt war, mußte aber in allen großen Gedanken zustimmen. 1867 erschien das „Kapital", 1. Band. Was wollte dieses Buch? Es wollte die Tendenzen und Entwickelungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft klarlegen, und es bietet eine Fundgrube für jeden, der lernen will, eine Fundgrube, die noch nicht erschöpft ist. Vorkenntnisse und Zeit sind notwendig, um es gründlich zu erfassen. Das Buch muß studiert werden. Es ist falsch, zu sagen, daß jeder agitatorisch tätige Arbeiter das Werk gelesen haben muß. Einzelne Kapitel kann jeder verstehen, andere Kapitel setzen bestimmte Kenntnisse voraus, über die nicht viele Arbeiter verfügen und die darum besser tun, sich an populäre Schriften zu halten. Der Redner ging nun auf den Inhalt des Werkes näher ein. Kurz gesagt, ist uns hier eine Schilderung des Kampfes um den Mehrwert gegeben. Was die Wertheorie anlangt, so sei er (Redner) abweichender Meinung, aber er wolle diese Frage hierbei unerörtert lassen. Ist sonst aber alles so, wie Marx es schildert? Die Konzentration der Betriebe ist eine Tatsache, die niemand leugnen könne. Die Theorie aber, daß das Kapital in immer weniger Hände gerät, ist nicht aufrecht zu erhalten, denn die Kapitalistenklasse wächst. Beweis dafür bilde schon unsere Einkommensteuerstatistik von 1892 bis 1907 und die Vermögensstatistik die der Redner für die Jahre 1895 bis 1899 vorlegte. Neben der Konzentration der Betriebe und in Verbindung mit der wachsenden Kapitalistenklasse wird durch die anschwellende industrielle Reservearmee ein furchtbarer Druck auf die Arbeiterklasse ausgeübt. Die Kämpfe dieser Klasse werden heut in anderer Form geführt, als Marx dies voraussehen konnte. Das zeigt uns ein Blick auf die moderne Gewerkschaftsbewegung. Marx hätte mehr als ein Genie, er hätte Prophet sein müssen, um die heutige Entwickelung zu erkennen. Darum sucht man auch auf manches Problem unserer Bewegung von heute die Lösung in Marx' Schriften vergeblich. Diese Schriften sind keine Katechismen, wohl aber Fundstätten der Belehrung. Marx ist uns heute noch der große Wegweiser, der Ratgeber, der Lehrer und geistige Führer! (Reicher Beifall.)

Zur Diskussion meldete sich ein Redner, der bemerkte, daß die psychologischen Faktoren in der Entwickelung größere Berücksichtigung verdienen, als man ihnen zugestehen wolle. Bernstein antwortete, daß er diese Faktoren nicht verkenne, sich aber keine größere psychologische Einwirkung vorstellen könne, als den Marxschen Appell an den Proletarier, daß er zu siegen berufen sei und das Höchste im Menschentum erreichen könne, wenn er dafür kämpfen und mit allen Kräften eintreten wolle.

Der Vorsitzende Prüfert ermahnte die Verbandsmitglieder, in allen Betrieben darauf zu achten, daß die Verhältnisse nirgends verschlechtert werden. Allen Versuchen der Unternehmer, die Krisis gegenwärtig auszunützen, müsse man entgegentreten, denn die Verhältnisse im Beruf seien nicht hoffnungslose zu nennen, wenn auch viele Kollegen keine Arbeit haben. — Bernstein erbat sich auch hierzu das Wort und warnte vor übertriebener Schwarzmalerei. Die Hoffnung und den Kampfesmut dürfe man nicht aufgeben, wenn es besser werden soll. Man erweise den Organisationen einen sehr schlechten Dienst, wenn man die Lage recht schwarz male und den Schwachherzigen allen Mut nehme.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. März cr., vormittags 8½ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Pappel-Allee 15—17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Sonntagvormittag 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Fräulein Ida Altmann über: „Der Weg zur heiligen Gottseligkeit." Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Hebensche Kranken- und Sterbekasse Nr. 5, Elisabethkirchstr. 14. Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr: Generalversammlung. Statutenänderung.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom Freitag, 6. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Breitenbach.

Die Beratung des

Etats der Eisenbahnverwaltung

wird fortgesetzt.

Zur Beratung steht zunächst der Antrag des Abg. Frhrn. v. Gamp (fk.) und Genossen, **die Staatsregierung zu ersuchen, bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause den Wahlmännern freie Fahrt nach und von dem Wahlorte zu gewähren**, ihnen auch, wo die regelmäßigen Züge keine angemessene Verbindung bieten, Extrazüge zu stellen.

Abg. Frhr. v. Gamp (fk) begründet den Antrag. Die Wahlmänner hätten vielfach weite Wege zum Wahlorte zurückzulegen, namentlich kraß lägen die Verhältnisse im Wahlkreise Mansfeld, da die Wahlmänner, um zum Wahlort zu kommen, gezwungen seien, große Umwege zu machen und so 84 Kilometer mit der Bahn zurücklegen müssen. Auch sei es den Wahlmännern infolge der weiten Entfernungen nicht möglich, an einem Tage die Hin- und Rückreise zu beendigen. Daher sollte die Eisenbahnverwaltung in solchen Fällen für Sonderzüge sorgen.

Abg. **Kirsch** (Z.): Ich stehe dem Antrage sympathisch gegenüber, bitte aber, ihn der Budgetkommission zu überweisen, da der Antrag keine Bestimmung darüber trifft, welche Wagenklasse die Wahlmänner benutzen sollen. Vielleicht wird in der Kommission festgesetzt, daß die Wahlmänner die ihrer Abteilung entsprechende Klasse benutzen, also die Wahlmäner 1. Klasse die 1. Klasse usw., **damit Herr von Brandenstein nicht gezwungen ist, mit Wahlmännern 3. Klasse zusammenzufahren.** (Heiterkeit.) Ich hoffe allerdings, daß diese Wahlen zum letzten Mal nach dem Dreiklassenwahlsystem erfolgt sind.

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.): Die Klagen, die Herr v. Gamp erhoben hat, waren nur möglich, weil wir kein direktes, sondern ein indirektes Wahlrecht haben. Hoffentlich tragen diese Vorgänge dazu bei, das Dreiklassenwahlsystem baldmöglichst zu beseitigen. (Bravo! links.)

Abg. **Röchling** (natl.) schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an.

Abg. **v. Quast** (k.) hofft im Gegensatz zu dem Abg. Goldschmidt, daß auch die nächsten Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem stattfinden werden.

Abg. Dr. **Müller-Berlin** (frs. Vp.) erklärt sich mit der Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission einverstanden.

Minister **Breitenbach** erklärt, daß vor den jedesmaligen Landtagswahlen den Eisenbahndirektionen der Erlaß in Erinnerung gebracht werde, wonach sie für die Beförderung der Wahlmänner Sorge tragen sollen. Ueber die Bewilligung von Freifahrtreisen müßte das Staatsministerium entscheiden. Als Ressortminister habe er Bedenken gegen die Gewährung der Freikarten.

Der Antrag Gamp wird der Budgetkommission überwiesen.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den Ausgaben, Titel „Besoldungen“ wendet

Abg. **Busch** (Z.) sich gegen Wahlbeeinflussungen gegenüber Arbeitern in einer Eisenbahnwerkstätte in Oplage durch einen nationalliberalen Beamten.

Minister **Breitenbach** erkennt an, daß das Verhalten des Beamten zu rügen sei.

Abg. Dr. **Schweder-Kassel** (natl.) hofft, daß die Beamtenbesoldungsvorlage bald an das Haus gelangen werde und verbreitet sich weiter über Arbeiterverhältnisse in der Eisenbahnverwaltung.

Minister **Breitenbach** betont die Notwendigkeit der Beibehaltung der Akkordarbeit für einzelne Arbeiter. **In den Arbeiterausschüssen könnten die Arbeiter ihre Wünsche frei äußern.** Der Erholungsurlaub werde in möglichst weitem Umfange gewährt.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) betont gegenüber dem Abg. Busch, daß auch seine Freunde jede Art von Wahlbeeinflussungen verurteilten. In Oplage seien die Wahlen zweier liberaler Stadtverordneten kassiert, die eine davon aus dem Grunde, weil der Vorname des Gewählten von vielen Wählern nicht genannt worden war. Ein Zentrumsmandat aber sei von derselben Stadtverordnetenversammlung für gültig erklärt, trotzdem hier dasselbe Versehen vorlag. (Hört! hört! links.)

Abg. **Liebermann** (k.) tritt für vermehrte Sonntagsruhe im Eisenbahndienste ein.

Abg. **Heckenroth** (k.) schließt sich diesem Wunsche an und bittet den Minister, seine Haltung gegenüber dem Trierer Verband zu ändern, der sich durchaus loyal verhalte und an die Inszenierung von Streiks nicht denke.

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.): Den Wünschen auf Vermehrung der Sonntagsruhe kann ich mich nur anschließen. Nicht nur dem Trierer Verband, sondern allen Arbeiterorganisationen möge die Verwaltung mit Wohlwollen entgegenkommen. Das Koalitionsrecht darf den Arbeitern nicht vorenthalten werden, denn es können Zeiten kommen, wo die Arbeiter hier im Hause und beim Herrn Minister keine Vertreter für ihre Wünsche finden. Die Lokomotivheizer, die den Dienst als Lokomotivführer oft jahrelang verrichten, sollten dann unter allen Umständen auch die Bezahlung als Lokomotivführer erhalten. Im Direktionsbezirk Mainz hat man den Weichenstellern statt sechs Tag- resp. Nachtschichten deren sieben in der Woche aufgehalst. Ich glaube nicht, daß der Herr Minister diese Art von Sparsamkeit veranlaßt hat. Die Arbeiterausschüsse müssen oft sechs Monate auf irgend einen Bescheid auf ihre Beschwerde warten. (Hört! hört! links.) Das ist zweifellos zu lang. Besondere Urlaubserteilungen zu Begräbnissen oder freudigen Ereignissen sollten nicht auf den Sommerurlaub angerechnet werden. Das mutet kleinlich an. Nur die Streckenarbeiter erhalten heute keinerlei Urlaub. Diese Ausnahme sollte man fallen lassen. Die Löhne der Arbeiter im Eisenbahndienst sind vielfach noch viel zu niedrig; **ja, die Mindestlöhne stehen mitunter sogar unter dem ortsüblichen Tagelohn desselben Ortes.** (Hört! hört! links.) Die Pensionsverhältnisse für die Arbeiter müßten besser geregelt werden. In Breslau sitzt so ein armer Teufel mit seiner kranken Frau, der 24 M. monatlich Pension erhält. (Hört! hört! links.) In Berlin haben wir die Pensionsverhältnisse der städtischen Arbeiter nach dem Beamtenpensionsgesetz geregelt. Fragen möchte ich den Minister, ob, wie behauptet wird, im Direktionsbezirk Köln eine Herabsetzung der Löhne beabsichtigt ist. Im Interesse des sozialen Friedens und der Hebung der zahlreichen Arbeiter der Verwaltung hoffe ich, daß die Bestrebungen zum Besten der Arbeiter und der Angestellten in einem lebhafteren Tempo fortgeführt werden. (Beifall links.)

Minister **Breitenbach**: Ich kann dem Abg. Goldschmidt nicht folgen, wenn er sagt, den Werkstätten- und Rottenarbeitern könnte das Koalitionsrecht gewährt werden. Wir sind durchaus liberal, soweit es sich um unsere Angestellten handelt; es gibt aber eine scharfe Grenze, die wir den ordnungsfeindlichen Bestrebungen, in erster Linie denen der Sozialdemokratie gegenüber ziehen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn darauf hingewiesen wurde, daß der Trierer Verband sich von Streikbestrebungen ferngehalten habe, so ist mir das erfreulich; es wäre mir aber noch erfreulicher, wenn der Verband das klar aussprechen würde. Wenn aber gesagt wird, daß die Eisenbahnverwaltung heidenmäßig viel Geld habe und mit Leichtigkeit die Löhne der Arbeiter erhöhen könne, so muß ich dem widersprechen. Jede Lohnerhöhung um 10 Pf. pro Kopf unserer Arbeiterschaft und Tag bedeutet eine Mehrausgabe von 10 Millionen Mark im Jahre. (Hört! hört! rechts.) Auf dem preußischen Parteitage der Sozialdemokratie im November vorigen Jahres hat ein sozialdemokratischer Abgeordneter darauf hingewiesen, daß die preußischen Staatsbahnen im Jahre 1905 einen Ueberschuß ergeben hätten, das mache nach Abzug der Zinsen pro Kopf der Arbeiter 758 M., so daß wohl Lohnerhöhungen möglich seien. Das beweist, daß der Sprecher kein Verantwortlichkeitsgefühl für seine Ausführungen hat. Die Staatseisenbahnverwaltung muß dem Lohnmarkt folgen. (Sehr richtig! rechts.) Seit 1904 sind für Lohnerhöhungen 30 Millionen Mark aufgewendet worden. (Hört! hört! rechts.) Wir sind hinter den Löhnen in der Industrie und der Landwirtschaft nicht zurückgeblieben. Die Pensionskasse hat seit 16 Jahren ihre Leistungen um 110 Proz. erhöht. Bei der Erteilung von Urlaub verfahren wir sehr liberal. Eine Anordnung der Herabsetzung der Löhne um 10 Proz im Direktionsbezirk Köln, von der der Vorredner sprach, würde nicht den Ansichten der Zentralstelle entsprechen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Heisig** (Z.) unterstützt die Forderungen des Abg. Goldschmidt der Gewährung des Koalitionsrechts an die Eisenbahnarbeiter und der Bewilligung höherer Löhne für die Arbeiter.

Abg. Dr. **Volz** (natl.) empfiehlt, den höheren technischen Beamten bessere Chancen für ein Aufrücken in leitende Stellen zu geben. Die Inspektionsvorstände müßten eine größere Selbständigkeit den Direktionen gegenüber haben.

Minister **Breitenbach**: Ich muß bestreiten, daß die Inspektionen nicht selbständig genug sind. Ihre Vorstände haben eine außerordentliche Aktionsfreiheit. Erwogen wird zurzeit, ob nicht die Leitung der weniger wichtigen Inspektionen mittleren Beamten übertragen werden soll. Die Besetzung höherer administrativer Stellen mit Technikern halte ich nicht für richtig.

Die Debatte wird geschlossen; der Titel wird genehmigt.

Bei den Titeln über sächliche Ausgaben bittet

Abg. Dr. **Schröder-Kassel** (natl.), den Krankenkassen und Versicherungsanstalten, die gezwungen sind, ihre Kranken zu auswärtigen Spezialärzten zu schicken, ermäßigte Fahrpreise zu gewähren.

Abg. Dr. **König-Krefeld** (Z.): Die Ausführungen des Abg. Goldschmidt sind geeignet, den Zusammenhang zwischen der Verwaltung und den Beamten und Arbeitern zu lockern. Gerade der enge Zusammenhang zwischen Untergebenen und Vorgesetzten trägt zur Zufriedenheit in Beamten- und Arbeiterkreisen bei. Bitten möchte ich, die Beschaffung eines eigenen kleinen Hauses den Beamten und Arbeitern nach Möglichkeit zu erleichtern.

Abg. Dr. **v. Savigny** (Z.): Die Vertreter des Trierer Verbandes haben mir ausdrücklich erklärt, daß sie niemals daran gedacht haben, ein Streikrecht zu beanspruchen, und die Berliner Vereinigung katholischer Eisenbahnarbeiter steht auf demselben Standpunkt.

Minister **Breitenbach** erklärt, daß er sich dem Trierer Verband gegenüber in gleicher Weise verhalte, wie jedem anderen Verein gegenüber, der in loyaler und angemessener Weise die Interessen der Arbeiter vertrete.

Abg. **Funck** (frs. Vp.): Die Angriffe des Abg. König auf meinen Freund Goldschmidt waren nicht berechtigt. Herr Goldschmidt hat durchaus sachlich gesprochen. Ich bitte den Minister um Gleichstellung der Pensionäre, die von Eisenbahnbetrieben übernommen würden, in ihren Bezügen mit den übrigen Staatspensionären. Der Minister wird sich auf die Dauer nicht dagegen sträuben können, den Angestellten der Verwaltung den Urlaub als ein Recht zu bewilligen.

Abg. Dr. **v. Savigny** (Z.): **Den Vorwurf, daß wir aus Parteiegoismus für den Trierer Verband eintreten, weise ich zurück.**

Die Debatte schließt.

Die sächlichen Ausgaben werden bewilligt.

Abg. Dr. **v. Korn** (k.) begründet einen Antrag, welcher von der Regierung Maßnahmen gegen die Mißstände auf dem Kohlenmarkt verlangt, um eine Schädigung der inländischen Verbraucher zu verhüten. Redner weist auf die Macht des Kohlensyndikats hin, gegen die die Verwaltung schwer ankämpfen könne. Zu erwägen sei eine Aufhebung der Ausnahmetarife.

Minister **Breitenbach**: Wir haben mit dem Syndikat günstige Erfahrungen gemacht. Bei den letzten Verträgen sei die Verwaltung in eine schwierige Lage gekommen, weil sie für Lokomotiven nur eine bestimmte Sorte von Kohlen gebrauchen könne. Mit Oberschlesien sei nur auf ein Jahr abgeschlossen worden, da Oberschlesien zu sehr in der Marktlage von Oesterreich-Ungarn und dessen Verbrauch abhänge. Eine Ausschreibung des Kohlenbedarfs der Verwaltung sei nicht angängig, da das Syndikat und Oberschlesien keine Konkurrenten hätten. Der Fiskus habe seine gesamte Produktion bereits zur Verfügung gestellt.

Das Haus vertagt sodann die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Die Ehre der Arbeitswilligen.

Auf freundschaftliches Zureden des Arbeitgeberverbandes nahm der Gießereiarbeiter **Düsing** an, der „Vorwärts“ habe ihn beleidigt und erhob gegen den Genossen **Weber** als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Privatklage. Als Vertreter stand dem Kläger der Syndikus der Arbeitgeberverbände, R.-A. Hennigsohn, zur Seite.

In einem Artikel, der am 1. Mai v. J. im „Vorwärts“ erschien, soll Düsing beleidigt sein. Dieser Artikel berichtete über einen Zivilprozeß, in dem Düsing als Kläger gegen einen Bevollmächtigten des Glasarbeiterverbandes vor dem Kammergericht ein obsiegendes Urteil auf Schadenersatz erzielt hatte. Dieses Kammergerichtsurteil kritisierte unser Artikel, wobei unter anderem auch die Worte gebraucht wurden: „Wenn hundert ehrenhafte Arbeiter sich weigern würden, mit einem, den sie als notorischen Lumpen kennen, zusammenzuarbeiten, so kann das nach dem Kammergerichtsurteil als Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden, falls nur festgestellt wird, daß dieser Lump eine von der Mehrheit seiner Arbeitsgenossen abweichende Stellung im Lohnkampf eingenommen hat.“

Obgleich der ganze Zusammenhang unseres Artikels ergibt, daß der angeführte Satz nur die Möglichkeiten andeutet, welche sich aus dem von uns kritisierten Kammergerichtsurteil ergeben könnten, und obgleich dieser Satz nicht die geringste Andeutung enthält, die sich auf Düsing beziehen könnte, hat sich Düsing doch bewegen lassen, sich beleidigt zu fühlen. Diese Erkenntnis ist dem Kläger, beziehungsweise den Kühnemännern, die ihn vorgeschoben haben, allerdings etwas zu spät gekommen. Die Klage ist erst am 11. September eingereicht worden. Deshalb hatte der Beklagte, als die Sache am 27. Dezember vorigen Jahres zuerst verhandelt wurde, die Klage wegen verspäteter Einreichung abzuweisen. Düsing behauptete jedoch, er habe erst im Juni von dem Artikel Kenntnis erhalten, jedoch wollte oder konnte er für diese Behauptung keinen Beweis antreten. Das Gericht beschloß damals die Ladung des Schiedsmannes, den Weber als Zeugen dafür benannte, daß Düsing beim Sühneversuch zugegeben habe, den Artikel schon im Mai gelesen zu haben. — **Die erneute Verhandlung vor dem Schöffengericht** fand gestern statt. Der Schiedsmann hatte die Genehmigung des Landgerichtspräsidenten zur Zeugenaussage nicht erhalten. Der Beklagte konnte somit nicht durch einen direkten Zeugen nachweisen, daß der Kläger den Artikel vor Ablauf der Verjährungsfrist gekannt hat. An sich liegt nicht ihm dieser Beweis ob, sondern dem Kläger der Beweis für seine gegenteilige Behauptung. Den führte dieser jedoch nicht. Er brachte nur die sehr unwahrscheinliche Angabe vor, daß er im Juni von Mitarbeitern gehänselt worden sei, und aus diesem Anlaß hätten ihm dieselben den „Vorwärts“-Artikel vom 1. Mai gezeigt. **Zeugen für diese Behauptung konnte er jedoch nicht anführen.**

Angesichts dieser Sachlage **beschloß das Gericht die Einstellung des Verfahrens auf Kosten des Klägers.** Das Gericht ist überzeugt, sagte der Vorsitzende, daß bei der großen Verbreitung des „Vorwärts“ der betreffende Artikel kurz nach seinem Erscheinen dem Kläger bekannt geworden ist, und für die an sich unwahrscheinliche Behauptung, daß der Kläger erst drei Monate später den Artikel kennen gelernt, habe er den Beweis nicht antreten können oder wollen. Deshalb habe auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden müssen.

Als der Gerichtsvorsitzende vor Eintritt in die Verhandlung einen Vergleichsversuch machte, erklärte sich Weber, wie schon bei der ersten Verhandlung, bereit, eine ausdrückliche Erklärung dahin abzugeben, daß das Wort „Lump“ nicht auf den Kläger Bezug habe. Rechtsanwalt Hennigsohn verlangte jedoch, daß der Beklagte auch sämtliche Kosten übernehme, was Weber jedoch ablehnte. Nun unter der Bedingung, daß jeder seine eigenen Kosten trägt, wollte sich Weber vergleichen.

Nun ist der Kläger nicht nur abgewiesen, sondern er hat auch noch die ganzen Kosten des Verfahrens zu tragen. Und das hat er dem Arbeitgeberverband und dessen Syndikus zu verdanken. Als im Termin am 27. Dezember Düsing, beeinflußt durch seinen Anwalt, einen vom Vorsitzenden gemachten Vergleichsvorschlag ablehnte, sagte, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, Weber: **„Er darf sich nicht vergleichen, denn der Arbeitgeberverband will es nicht.“** Der Verlauf der Sache hat dem Beklagten Recht gegeben.

Soziales.

Maschinen- gegenüber Menschenkraft.

Ein Beispiel, in welchem Umfange der Kapitalismus durch seine Maschinen früher notwendig gewesene Menschenkraft und Menschenarbeit überflüssig macht, gibt das Scharfmacher-Fachblatt der Schlot- und Kohlenbarone „Stahl und Eisen“.

Es handelt sich hier um Zahlen, die ein an den Panamakanalbauten beschäftigter Abteilungsingenieur auf Grund eines fünf Monate währenden Zeitabschnittes festgestellt hat. In einem Monat schachtete z. B. eine Dampfschaufel durchschnittlich 14 200 Kubikmeter Erdreich aus. Es waren dies Maschinen von 70 bis 90 Tonnen Leistung, zu deren Betrieb einschließlich des Ingenieurs, der Maschinisten, des Zugpersonals und der Streckenarbeiter 298 Mann gehörten. In der Annahme, daß ein Arbeiter in achtstündiger Schicht 4,8 Kubikmeter Boden gewinnt, wären für die Bewegung von 623 700 Kubikmeter monatlich, welche Arbeitsleistung von sämtlichen Maschinen erreicht wurde, 5460 Mann erforderlich. Durch die Dampfschaufeln wurden also 5000 Arbeiter gespart.

Einen weiteren wesentlichen Vorteil bringt die Verwendung der Dampfschaufeln mit sich bei der Arbeit, solche Stücke von den Felsblöcken abzusprengen oder zu brechen, die mit den vorhandenen Hülfsmitteln auf Wagen verladen werden können. Während ein Mann mit Blöcken von 70—100 Kilogramm noch umgehen kann, greift eine Dampfschaufel solche von 10 000 Kilogramm. In Gestein, das von Arbeitern verladen werden soll, müssen daher beim Brechen zwei- oder dreimal soviel Sprenglöcher gebohrt werden wie beim Gebrauch von Dampfschaufeln. Während 150 Gramm eines Sprengmittels etwa ¾ Kubikmeter Gestein ablösen, die von einer Dampfschaufel gefaßt werden können, müssen im anderen Fall gegen 500 Gramm des Sprengstoffes angewendet werden. Dadurch verschiebt sich auch die Zahl der nötigen Arbeiter von früher 2100 bis 2400 auf jetzt 700 bis 800. Der Verbrauch von 360 000 Kilogramm Sprengstoff pro Monat stellt sich jetzt bei gleicher Leistung auf 120 000 Kilogramm. Die Verwendung von Dampfschaufeln bringt also hier eine monatliche Ersparnis von rund 1500 Arbeitern und 240 000 Kilogramm Sprengstoff.

Das ausgeschachtete Material mußte an bestimmten Stellen abgestürzt werden, wohin es mittels einer Industriebahn befördert wurde. Das Vorschieben der Gleise besorgte eine Maschine, zu deren Bedienung 3 Maschinisten und 6 Tagelöhner gehörten, es wurde auf diese Weise die Arbeit von 500—600 Mann verrichtet. Ebenfalls eine Spezialmaschine entleerte die Wagen, wobei in 8 Stunden aus 16 Arbeitszügen 3800 Kubikmeter abgeladen wurden. Mittels 7 solcher Maschinen wurden während eines Monats von 28 weißen und 42 farbigen Arbeitern täglich 24 500 Kubikmeter Boden dem Wagen entnommen. Demgegenüber kann ein Mann mit der Schaufel täglich 9 Kubikmeter abwerfen; es wären also für die Arbeit 2600 farbige Arbeiter und dazu 100 weiße Aufseher nötig.

Das Verteilen und Ebenen des abgeladenen Bodens besorgten 8 Maschinen mit 16 weißen und 24 farbigen Arbeitern, sonst eine Arbeit für 3000 Mann.

Betrachtet man auch die Art und Weise, wie vor 25 Jahren die Franzosen am Panamakanal zu Werke gingen, so tritt die Entwickelung der maschinellen Arbeit während dieser kurzen Zeitspanne in ihrer ganzen Größe hervor. Damals bestand ein Lastzug aus 12 Kippwagen, beförderte insgesamt 36 Kubikmeter Boden, jetzt wurden zu einem Zug entweder 20 Kippwagen mit zusammen 180 Kubikmeter oder 13 Plattformwagen mit zusammen 238 Kubikmeter Lademenge vereinigt.

Während die monatlichen Leistungen der letzten Zeit 623 700 Kubikmeter Lademenge mit insgesamt 7000 Beamten, Aufsehern und Arbeitern betrug, benötigten die Franzosen mit ihren heute veralteten Betriebsmitteln bei einer Monatsleistung von 216 000 Kubikmetern 16 000—18 000 Arbeiter ausschließlich den Beamten.

Diese Zahlen machen die ökonomische Entwickelung sinnenfällig. Auf der einen Seite das Kapital mit immer besseren Arbeitsmaschinen, auf der anderen Seite der besitzlose Proletarier, der weiter nichts wie seine persönliche Arbeitskraft zu verkaufen hat. Der Kapitalist nimmt nun geistige Kopfarbeiter in seine Dienste, die immer neue, rationellere Arbeitsmaschinen konstruieren, immer neue Herstellungsmethoden ersinnen, und mit jedem technischen Fortschritt wird damit wieder eine Menge menschlicher Arbeitskraft ausgeschaltet, verliert immer wieder eine neue Zahl von Proletariern ihre Arbeitsmöglichkeit und damit ihre Existenz. In diesem Kreislauf vollzieht sich täglich vor unseren Augen der Gang der kapitalistischen Entwickelung.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 3. cm	seit 4. 3. cm [1])	Wasserstand	am 5. 3. cm	seit 4. 3. cm [1])
Memel, Tilsit	316 [2])	+3	Saale, Grochlitz	176	−12
Pregel, Insterburg	237 [2])	−9	Havel, Spandau [3])	156	+1
Weichsel, Thorn	272 [4])	0	„ Rathenow [3])	173	+3
Oder, Ratibor	194	+16	Spree, Spremberg [3])	124	−2
„ Krossen	269	−8	„ Beeskow	213	+3
„ Frankfurt	272	−6	Weser, Münden	56	−18
Warthe, Schrimm	302	+1	„ Minden	166	−21
„ Landsberg	272	+6	Rhein, Maximiliansau	400	−15
Netze, Nordamm	130	−3	„ Kaub	285	−22
Elbe, Leitmeritz	52	−9	„ Köln	389	−41
„ Dresden	−47	−9	Neckar, Heilbronn	115	−15
„ Barby	289	−14	Main, Wertheim	225	−19
„ Magdeburg	252	−15	Mosel, Trier	205	−7

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) ganz schwaches Eistreiben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 7. März.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Tannhäuser.
Königl. Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Der Kompagnon.
Kammerspiele. Lysistrata (Anfang 8 Uhr.)
Neues Operetten. Der Opernball.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Nachmittags 3 Uhr: Die Hochzeit des Figaro.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. John Gabriel Borkman.
Neues. Simson.
Lortzing. Der Trompeter von Säkkingen.
Berliner. Förster-Christl.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Weg zum Herzen.
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galiläer.
Theater an der Spree. Ungültig.
Komische Oper. Die Fledermaus.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Westen. Ein Walzertraum.
Residenz. Bibi. Der selige Octave.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Unser Doktor.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Bernhard Rose. Die Heiratsfalle.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Yvette Guilbert. Spezialitäten.
Folies Caprice. Jeunesse dorée. Mal was andres.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Parodie. Tannhäuser. Nachtasyl. Monna Vanna.
Wintergarten. Spezialitäten. Ringkampf-Konkurrenz.
Passage. Madame Hanako. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Theater 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Die neueren Fortschritte der Farbenphotographie.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Tägl. 8 Uhr: Gastspiel **Hansi Niesi**:
Die Förster-Christl.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Simson.
Sonntag Wiederauftret. v. **Ferd. Bonn. Simson.**

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm.: Madragola.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Lokomotivführer Claussen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Nachmittags 3 Uhr:
Vorstellung des Goethe-Vereins:
Minna v. Barnhelm.
Abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säkkingen.
Sonntag mittag 12 Uhr: Musikmatinee des Goethe-Vereins. Nachmittags 3 Uhr: Martha. Abends 8 Uhr: Rigoletto.

Neues Operetten-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Opernball.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Nachmittags 4 Uhr:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Unser Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebenswege. Abends: Zum erstenmal: Maschinenbauer von Berlin.
Montag: Ein verlorener Sohn.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Die neueren Fortschritte der Farbenphotographie.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.

Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von B. Shaw.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. **„Bibi.“** 8 Uhr.
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Breitkot . . . Richard Alexander.
Hierauf: **Der selige Octave.**
Sonntag, den 8. März, 3 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?

Zentral-Theater.

Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall
mit **Alwin Neuß.**
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein seltsamer Fall.

Theater an der Spree.

Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr:
Ungültig.
Sonntag 3 Uhr: **Ausgewiesen.**
Sonntag 8 Uhr: **Ungültig.**

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132
Heiratsfalle.
Anf. 8 U. Wochentagspreise.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Trilby.** Abends: **Heiratsfalle.**

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
— Rauchen überall gestattet. —
Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater

Vorletzter Tag: 9¾ Uhr:
Gastspiel **Yvette Guilbert**
Täglich ab 8 Uhr:
Die erstklassigen Attraktionen.
U. a.: **Paul Spadoni**
The black Diamonds
Die vier Athlétas und
Mitislaw der Moderne
Operette von **F. Lehár.**

Passage-Theater.

Abends 8—11 Uhr.
Hanako
Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble
und das glänzende März-Programm.

Palast-Theater

Burgstr. 24. Bhf. Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
Preis von Berlin:
10000 Mark.
Entscheidungskampf:
Ritzler-Württemberg gegen **Strenge, Berlin.**
Ferner:
Pohl-Abs II, Deutschland, geg. Farkas, Ungarn.
Ilu, Insel Kuba, gegen Borowski, Ostpreuße.
Schmidt, Leipzig, gegen Erdmann, Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Bürgerl. Schauspielhaus

früher
Prater-Theater
Heute: **Privat-Vorstellung:**
Sonntag nachm. 3 Uhr: L'Arronge-Feier: **Haus Lonei.**
Abends 8 Uhr:
Wohltätige Frauen
(mit Genehmigung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele.)

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf L'Arronge.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Montag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.
Welthistorisches Schauspiel von Henrik Ibsen. Deutsch von E. Brausewetter.
Erster Teil: **Cäsars Abfall.**
Schauspiel in 5 Akten.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Montag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Galiläer.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

6 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Paul Schubring: **Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken.**
9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burkhardt: **Die Ballade (Zumsteeg, Löwe, Plüddemann u. a.): Das deutsche Lied.**

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 7. März, abends ½8 Uhr:
XXV. Grande Soirée High Life
unter persönlicher Mitwirkung des Herrn Dir. **Albert Schumann.**
Des enormen Erfolges halber prolongiert:
Mr. Resisto
das elektrische Rätsel,
der lebendige Akkumulator, mit seinen verblüffenden Experimenten. Neu! Sensationell!
Loja Trio!
Außerdem Eliteprogr., endig. mit
AMERIKA
Pracht-Ausstattungs-Pantom. mit herrlichen Licht- u. Wassereffekten.
Sonntag: 2 Vorst. ¼4 u. ½8 Uhr.
Nachm.: 1 Kind frei.

XIII. Saison.
Zirkus Busch

Sonnabend abends 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Bisher noch nie gezeigt!
Sturz aus der 6. Etage!
Größte Sens. **(Mon. Gadbin)**
Jokoda-Truppe!
12 Personen. Original-Japaner.
Die australischen Holzfäller.
Szenen a. d. australischen Busch.
Herr Kommissionsrat **Gustav Stensbeck**, Direktor des Berliner Tattersalls, als Gast.
Bros. Clarkonians. Herr Ernst Schumann. Frl. Estelle Prévot.
Um zirka 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Gr. Ausst.-Pant. des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Auf hoher See! Sturm und Schiffsuntergang.
Die Wunder der Tiefsee.
Vorher: Gala-Programm.
Sonntag, den 8. März: **2 gr. Galavorstellungen.** Nachm. 4 u. abds. 7½ Uhr. Um 4 Uhr zahlen Kinder unt. 10 Jahr. auf all. Sitzplätzen halbe Preise. Um 4 Uhr: **Jokel u. Koko.** Gr. hum. Pant. i. 2 Bildern. Um 7½ Uhr: **Auf der Hallig.** Gr. Ausst.-Pant. i. 4 Bild. Außerdem: Herr Kommissionsrat **Gust. Stensbeck** Dir. d. Berl. Tattersall a. Gast.

Wintergarten

Genaro u. Theol, equilibrist. Produktion. — **Der Biograph**, der enge Schah. — **Die vier Bracks**, Akrobaten. — **Hania de Vert**, Sängerin. — **De Dio**, Phantasietänzerin. — **Truly Shattuck**, amerikan. Sängerin. — **Marquis Dassie**, dressierte Ponys. — **Die Tiller Girls**, engl. Gesangs- u. Tanztruppe. — **Paul Jülich**, Humorist.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz

um die Sieges-Prämie von
10000 Mark.
Heute ringen:
Jakob Koch, Weltmeister, Deutschland
gegen
Gambier II, Belgien.
Marchand, Frankreich, geg.
Antonitsch, der serbische Riese.
Schibilski, Berlin, gegen
Banola, Italien.
Ferner:
Entscheidungskampf
Noël le Bordelais, Frankreich,
gegen
Albert Sturm, Berlin.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Sanssouci Kottbuser Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Morgen: **Große Elite-Soirée. — Tanz.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Allabendlich
der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein! Der Fall Blumentopf.**

Manoli Abbas

MANOLI
Beste 3 Pfg. Cigarette.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Nesemann usw.
Nur noch kurze Zeit:
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr:
Hanni weint — Hansi lacht

Trianon-Theater.

8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu:
Husaren-Streiche.
Anfang:
Wochent. 8
Sonnt. 7 U.

Neuesten Vorteil

auf dem Gebiete der modernen Bekleidungsbranche bietet das
Versandhaus Berliner Herrenmoden
Stralauer Straße 28, Hochparterre, am Molkenmarkt, indem es an **Jedermann** nur selbst hergestellte, **schicke, gediegene** Garderoben fertig und nach Maß, auch gegen **Teilzahlung** von **1.— M. wöchentlich an**, liefert. **Eigene Zuschneiderei, eigene Werkstätten. Kein Warenkredithaus.** Reelle Bedienung. **Lagerbesichtigung lohnend.** Kein Kaufzwang. Auf **Wunsch besucht** Sie unser **Stadtreisender** mit reichhaltigen neuesten Mustern.
Auch Sonntags geöffnet.

Buggenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen**: Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere
elegante fertige Herren-Moden
Massanfertigung, feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Erstklassige Schneider-Werkstatt im Hause.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
Rosenthalerstrasse 40–41, I (Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, I
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige
Herren-Garderoben
Ersatz für Maaß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, I
Eingang Straußberger Platz.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: **Bernh. Rose.**
Morgen Sonntag, den 8. März 1908, nachmittags 3 Uhr:
Pfeffer-Rösel.
Abends 7 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**
Vorverkauf Sonntagsvorm. 10—1 Uhr.
Montag, 9. März: Benefiz für Franz Kühle: **Die Eise vom Erlenhof**, oder: **Schuld und Sühne.**

W. Noacks Theater

Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Robert der Teufel.
Schauspiel in 3 Akten von Vermond.
Anfang 8 Uhr. Entree **30 Pf.**
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntag ½8 Uhr: Dieselbe Vorst.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das **neue März-Programm.**
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Ein Tag in der Opiumhöhle.
Kosta — der **Mann mit dem drehbaren Kopf** — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: **Bockbierfest**, Reg.-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Passage-Panoptikum.

Deutschlands
größter Soldat
Josef Schippers
der lange Kerl
Kunsttaucher
Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sizilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

8 Uhr Theater Folies Caprice 8 Uhr

Eine anständige Frau.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Bildern.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringerinnen.
Neu! Richter als Walzerkönig.
Posse in 1 Akt.
16 Spezialitäten. **Duskes Bitograph.**
Anfang 8 Uhr Sonntags 5½ Uhr.

Wir empfehlen folgende
Neuerscheinungen:

Referentenführer.

Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Neue Auflage.
Von **Eduard David.** Preis 1.50 M.

Der Klassenkampf des Proletariats.

Von **Parvus.**
Heft 1: **Der gewerkschaftliche Kampf.**
Preis 15 Pf.

Wahlrecht u. Wahlrechtsdemonstrationen

vor dem deutschen Reichstage.
Aus den Verhandlungen des deutschen Reichstags vom 22. Januar cr.
Preis 20 Pf.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution.

Von **Karl Kautsky.**
Brosch. 75 Pf., geb. 1.— M.

Die Philosophie Spinozas.

Von **J. Stern.**
Dritte, stark verbesserte Auflage.
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.— M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich.

Von **Paul Louis.**
Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von **Hermann Wendel.**
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.— M.

Expedition des „Vorwärts“, SW. 68
Lindenstraße 69.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charlottenstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 9. März 1908, abends 8 Uhr:

Versammlung der Gußputzer

im Saale von Milbrodt, Müllerstr. 7 (am Weddingplatz).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die wirtschaftliche Krise und unsere Organisation. 2. Diskussion. 3. Berufsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Montag, den 9. März 1908, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung

für Boxhagen-Rummelsburg, Stralau und Stralauer Allee in den Markgrafensälen (Inh. H. Scholz), Markgrafendamm 34.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Grunwald über: „Der Produktionsprozeß des Kapitals." 2. Diskussion.

Metallarbeiter, erscheint in Massen in dieser Versammlung. Keiner darf fehlen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bezirk Süden.

Montag, den 9. März, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend):

Bezirks-Versammlung

in Kliems Festsälen, Hasenheide 13–15.

Tages-Ordnung:

1. Die Agitation während der Krise. Referent: **R. Leopold.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kommission.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, bei Schmidt, Prinzen-Allee 33:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Stellungnahme zum 18. März oder wie feiern wir denselben? 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen muß es sich jedes Mitglied zur Pflicht machen, für pünktlichen und zahlreichen Besuch Sorge zu tragen, denn die gefaßten Beschlüsse sind für alle bindend.

F. Runge, Vorsitzender.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Sonntag, 8. März, nachmittags 4 Uhr, bei Brecht, Ritterstr. 75:

Fortsetzung der

General-Versammlung

vom 16. Februar.

Tages-Ordnung:

1. Schlußberatung der Anträge zum Verbandstage. 2. Beschlußfassung über die Wahl eines ersten Vorsitzenden resp. Lokalbeamten. 3. Wahl eines Ersatzdelegierten zum Verbandstage. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung. J. A.: P. Sommerfeldt.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen. Deutschlands.

Achtung!

An die Verbandsgenossen der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgen. Deutschlands.

Den Verbandsgenossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft tritt und werktäglich die Eintragungen in den Listen bezw. die Arbeitsvermittelung von nachmittags 4–7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Rückerstr. 9, linker Aufg. II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.

Die Ortsverwaltung.

Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Fassons

Tuchkammgarn, Ripskammgarn und Cheviot, reichhaltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu den billigsten Preisen empfiehlt

Julius Lindenbaum

141 Gr. Frankfurter Str. 141

Ecke Fruchtstraße.

Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens.

Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung! **Putzer!** **Achtung!**

Morgen Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandanten-Straße 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bekanntgabe des Wahlresultats von der Vorstandswahl. 2. Situationsbericht. 3. Beschlußfassung über den Antrag Wilmersdorf: „Die Arbeitslosen-Abstempelung in den Bezirken auch in den Sommermonaten vorzunehmen". 4. Verschiedenes.

Da die Gewerbegerichts-Beisitzerwahl am Sonntag von 12–4 Uhr stattfindet, muß die Versammlung pünktlich eröffnet werden. — **Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.** — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. J. A.: E. Schutze.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 7. März:

Großes Sommerfest

in den Gesamträumen der „Neuen Welt", Hasenheide 108–114.

Ein Sommertag in den Hochalpen

verbunden mit

Reigenfahren (pünktlich 11 Uhr), **Vorträge, Gesellschaft „Henry Balze", Kinematograph, Alpenglühen.**

In allen Sälen: **Großer Ball.** Tanz frei.

Anfang 8½ Uhr. Billett 50 Pfennig. Anfang 8½ Uhr.

Jede Dame erhält einen Bon, für welchen ein Präsent gegeben wird. (Die Ausgabe der Bons erfolgt an der Kontrolle, der Präsente im kleinen Saal.) 60/5*

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

Billetts sind in allen Zahlstellen, im Bureau und bis zum 7. März ständig in folgenden Lokalen zu haben: Osten: Lorenz, Koppenstr. 28, Südost: Mühle, Mariannenstr. 41, Süden: Grumbach, Schönleinstr. 6 und Zehrend, Hasenheide 9, vis-a-vis der „Neuen Welt".

Es wird gebeten, sich vorher mit Billetts zu versehen.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Nathan Wand

129 Stallherstr. 129.

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallherstr. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Peek & Cloppenburg

Gertraudtenstr. 25, 26, 27 **Berlin C.** Roßstraße 1 und 1a

Spezialgeschäft für moderne Herren- u. Knaben-Bekleidung

Besonders preiswert:

Sacco-Anzüge

18237.	Kleinkarierter dunkler Cheviot, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	15.–
18258.	Grau melierter Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 4 Knopf M.	15.–
18050.	Dunkel mel. Cheviot mit schwarzen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	19.–
18238.	Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	19.–
18054.	Dunkel kariert halbwoll. Kammgarn, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	24.–
18323.	Grau mel. Cheviot mit grünen und blauen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	24.–
18303.	Modebrauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf M.	26.–
18264.	Hellgrauer fischgrät. Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fasson „Amerika" M.	27.–
18327.	Kleinkariert. grauer Cheviot m. blauen u. grünen Streif., Sacco auf 2 Knopf, vorn eckig, Fasson „Amerika", m. Aermel-Aufschlag M.	27.–
18328.	Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 2 Knopf, Fasson „Amerika" M.	27.–
18343.	Hellgrauer fischgrät. Cheviot m. farb. Effektstreifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fasson „Amerika", m. Aermel-Aufschlag M.	27.–
18223.	Dunkel mel. halbwoll. Kammgarn mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf M.	32.–
18433.	Mittelgrauer Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig M.	32.–
18435.	Modebrauner Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fasson „Amerika" M.	32.–
18483.	Hellgrau-brauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf, Fasson „Amerika" M.	34.–

Vorzüge unserer Anzüge:

Richtige Paßform | Gute Futtersachen
Haltbare Stoffe | Niedrige Preise

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 4. März verstarb unser Mitglied, der Gelbgießer

Heinrich Pape,

Schwedter Straße 50.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. März, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband d. Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.

Bezirksgruppe Berlin, Brandenburg und Mecklenburg.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß am 4. März, nachmittags 1½ Uhr, unser Kollege

Alfred Gleinig

von der Ortskrankenkasse der Schneider nach kurzem schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 7. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee 21/23, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

August Lüttschwager

am 5. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedensgemeinde, Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.

Regs Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 4. März, verstarb unser lieber Kollege, der Gürtler

Otto Schälicke

im 33. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit. 506b

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Lichtenberg, Krugstege, statt.

Seine Kollegen bei der Firma Emil Scherler.

Todes-Anzeige. 507b

Am Donnerstag, den 5. März, morgens 3½ Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein innigst geliebter Mann, der Schriftsetzer

Richard Knapp.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Berta Knapp geb. Hanschke.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes, West-Reinickendorf, Blankestraße, aus statt.

Baugenossenschaft „Turnerheim" Eingetr. Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht.

Sonnabend, den 14. März, abends 8½ Uhr, in Thiels Festsälen, Rixdorf, Bergstr. 151/152:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht 1907. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Verteilung des Reingewinns. 4. Wahl des Aufsichtsrates. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat. Max Schönberg. Aug. Möring.

Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme der Genossen in der Kassenstelle Prinz Handjerystr. 44/45 bei O. Klein aus.

Orts-Krankenkasse Messerschmiede, Schwertfeger u. Verfertiger chirurg. Instrumente zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die V. Abänderung vom Statut (Beschluß der Generalversammlung vom 19. November 1907 betreffend Beitragserhöhung) ist vom Bezirksausschuß genehmigt und tritt mit Montag, den 9. März 1908 in Kraft.

Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 14752*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10–2, 5–7, Sonnt. 10–12 Uhr.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18
Veteranenstr. 1-2

Der Verkauf besonders vorteilhafter Artikel zu 3 Einheitspreisen

dauert nur noch heute, Sonntag und Montag

1 gestrickte Golfbluse
1 Knaben-Sweater für 3-11 Jahre
1 weisses Lamfelljäckchen m. Mützchen
1 Knabenhose aus blauem Cheviot oder gemustertem Stoff
1 Knabenbluse do. für 2—8 Jahre
1 Kinderkleidchen mit verschiedenen Besätzen garniert
1 bunte Kinderhängeschürze, 46—60 cm lang
1 extraweite Hausschürze mit Tasche
1 Halbreform-Schürze, ringsum mit Volant
1 Achsel-Zierschürze
1 schwarze Alpacca-Hausschürze
1/2 Dtz. Seidenbatist-Taschentücher mit bunter Kante
1 elegantes Gürtel-Korsett
1 halbhohes Korsett mit schöner Garnitur
2 Stück elegante Spachtel-Passen
5 Stück seidene Einheftekragen, bunt gestickt
2 Stck. elegante Batist-Jabots
1 Taffet-Miedergürtel, schwarz oder weiss
1 eleganter Goldgürtel
1 schwarzer Sammet-Gummigürtel mit Points
1 Sport-Gummigürtel in eleganter Ausführung
1 Achselschluss-Damenhemd
1 Knie-Beinkleid mit Stickerei
1 weisse Untertaille mit Hohlsaum und Motiven
1 Paar feine Tuchpantoffel mit Pompon
1 Paar Filzpantoffel mit Filz- und Linoleumsohle
1 Paar Tuch-Hausschuhe mit Ledersohle
1 Paar Kind.-Spangenschuhe, schwarz od. farbig, Grösse 18—22
1 Küchen-Tischdecke, vorgezeichnet, Satin oder Fischerleinen, garniert
1 Küchenhandtuch, vorgezeichnet, garniert
1 Bestecktasche, vorgezeichnet, für 12 Paar
1 Besenhandtuch, vorgezeichn., garniert

6 Paar schw. Damenstrümpfe
3 Paar bunte Damenstrümpfe
3 Paar deutschlange Frauenstrümpfe, braun oder schwarz
5 Paar Maco-Herrensocken
4 Paar braune Herrensocken
3 Paar bunte Herrensocken
2 Paar schw. Herrensocken
6 Paar schwarze Kinderstrümpfe für 1—3 Jahre
3 Paar schwarze Kinderstrümpfe für 4—6 Jahre
2 Paar schwarze Kinderstrümpfe für 7—14 Jahre
10 Stück Korsettschoner
1 reinw. gestrickte Untertaille
1 weisser Sport-Damen-Shawl
1 Herren- oder Damenschirm
1 Normal-Herrenhemd oder
1 Beinkleid
1 Plättdecke od. 1 Gartendecke
2 Frottier-Handtücher
6 Stck. grosse Scheuertücher
1 Kommodendecke, weiss oder mit bunter Kante
1 Drell-Tischtuch
3 Stck. Gerstenk.-Handtücher
2 Stck. Stuben-Drellhandtüch.
1 sechsteilige Waschtischgarnitur aus Wachstuch
1 Wachstuch-Küchengarnitur
1 Dutzend Staubtücher
1 Frottierhandtuch m. Spruch, extra schwer
1 Filztuch-Kommodendecke mit Application
1 Filztuch-Lambrequin, reich bestickt
1 Bettvorleger, imitiert Perser
2 Stck. engl. Tüll-Scheibengardinen
1 Küchengarnitur, vorgezeichn. (Lampen-, Topflappen- und Leitungsschoner)
1 eleganter Spachtel-Läufer
1 Sofagarnitur aus Erbstüll
1 garnierter Arbeitskorb
2 garnierte Staubtuchkörbe

1 Damenbluse aus Halbflanell oder Tennisstoff, eleg. Hemdfasson, mit Stickereikragen
1 Kostümrock aus engl. gemust. Stoff mit Knopfgarnitur
1 Matinee aus gutem Velour mit verschiedenen Besätzen
1 Kinderkleid aus modernem Bordürenstoff oder aus Velour mit doppeltem Volant und Gürtel
1 Knabenbluse oder 1 Knabenhose aus blauem Cheviot oder gemustertem Stoff
1 Unterrock aus grau Leinen oder Satin-Augusta, mit Spitzen-Einsätzen oder anderen eleganten Garnituren
1 weisses Kinder-Lammfell-Cape, 70 cm lang
1 Damen-Plaidtuch
1 Damen- oder Herren-Regenschirm
1 elegante Träger-Tändelschürze
1 schwarze Panama-Hausschürze mit Volant
1 Damen-Achselschluss-Hemd mit Stickerei-Passe
1 elegantes Fantasiehemd mit Spitzen- und Banddurchzug
1 elegantes Beinkleid, dazu passend
1 elegante Spitzen-Untertaille
1 elegantes halbhohes Korsett

1 Paar Damen-Lastingschuhe mit Ledersohle und Gummizug
1 Paar Damen-Lacktuch-Salon- oder Spangenschuhe
1 Paar Lederpantoffel, prima, für Damen und Herren
1 Paar Kinder-Schnür- oder Knopfstiefel, 22/24
1 Tapestry-Bettvorleger
1 Bettdecke aus englisch Tüll
1 Filztuch-Tischdecke, reich bestickt
1 Tuch-Lambrequin m. Applik.
1 Tiefgedeck mit 6 Servietten
1 Dowlas-Laken in guter Qualit.
1/2 Dtzd. Prima Gerstenkorn-Handtücher
1/2 Dtzd. halbleinene Tischservietten
1 Erbstüll- oder Spachtel-Garnitur (2 Deckchen u. Läufer)
1 Plättbrett, bezogen, (m. Leiste)
1 Küchenleiter (6 stufig)
1 buater Emaille-Eimer mit Deckel
1 Schirmständer, poliert
1 Salontisch, poliert
1 dreiliger Aufsatz
1 Spiral-Korsett, halbhoch
1 vorgez. eleg. Besenhandtuch
1 Point lace-Läufer a. Erbstüll
1 vorgez. Kinder-Kleidchen
1 sehr eleganter Spachtel-Tisch-Läufer

1 Paar schwarze Damen-Leder-Spangenschuhe
1 Paar Damen-Leder-Hausschuhe mit Pompons
1 Paar Leder-Knopf- oder Schnürschuhe
1 Paar weisse Glacéleder-Spangenschuhe
1 Paar Kinder-Schnürstiefel, echt Chevreaux mit Absatz, Grösse 21/24
1 Paar braune Schnür- oder Knopfstiefel m. Lackbesatz, Grösse 18/22
1 polierter Schirmständer
1 Spiegel mit Aufsatz
1 dreiteilige Bücher-Etagère
1 Paneelbrett m. grav. Rückwand
1 Vogelbauerständer mit Bauer
1 Kaffee-Service, 9 teilig
1 Emaille-Waschservice (Delft)
1 Paar lange Glacé-Damen-Handschuhe, farbig oder weiss
1 elegantes Fantasie-Damenhemd mit Stickereidurchzug
1 elegantes Knie-Beinkleid, dazu passend
1 Filztuch-Tischdecke m. Applikation
1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten
1 Dtzd. Gerstenkorn-Handtücher
1/2 Dtzd. Damast-Tisch-Servietten

1 Damen-Bluse aus Mousseline, gefüttert, mit gezogener Passe
1 Damen-Bluse aus kariertem Stoff mit gepaspelten Stepptalten und Krawatte
1 Damen-Bluse aus Mousseline, halsfrei, mit eleganten Phantasiekragen und Krawatte
1 Damen-Bluse aus kariertem Stoff, mit eleganter Stichpasse und Manschetten, ganz gefüttert
1 Kostümrock mit hohem Faltenreck und eingewebter Bordüre
1 Matinee aus Mousseline oder Velour mit hübsch. Passengarnitur
1 Kinderkleid aus kariertem Stoff mit doppeltem Volant und mit Sammet- oder Lackgürtel
1 Tennis-Kinderkittel m. hübsch garniertem Matrosenkragen und Lackgürtel
1 Knaben-Anzug aus gemust. Stoff, Grösse 1—6
1 Knaben-Hose aus bestem reinwollenen blauen Cheviot
1 Unterrock aus Pa Leinen mit Spitzen-Einsätzen od. aus Alpacca mit eleganten Garnierungen
1 Portièrengarnitur, reich bestickt
1 Plüsch-Kommodendecke m. Applikation
1 Plüsch-Bettvorleger
1 Phantasie-Tischdecke

6 Stck. Victoriabecher mit Goldrand . . . . 95 Pf.
1 Glas-Likör-Service . 95 Pf.
1 Emaille-Eimer nebst Schrubber . . . . . 95 Pf.
1 Waschständer nebst Emaille-Waschbecken mit Seifnapf . . . . 95 Pf.
1 Besen m. Stiel, 1 Handfeger, 1 Emaille-Kehrschaufel . } 95 Pf.
1 Satz — 7 Stück Steingut-Näpfe . . . . 95 Pf.
12 Stück Teller, tief oder flach . . . 95 Pf.
1 ovale Brot-Kapsel, hellblau . . . . . 95 Pf.

1 Emaille-Schmortopf, ca. 22 cm, mit Ring . 95 Pf.
1 Milchtopf, ca. 1 Ltr., 1 Einmachtopf, circa 10 Pfund, 1 Satte, 1 Seihtopf . . . . } 95 Pf.
2 Stück Glasvasen mit Metall . . . . . 95 Pf.
1 Zierkanne mit Kunstglas . . . . 95 Pf.
1 Spiegel-Figur aus Zinkguss . . . . . 95 Pf.
1 Draht-Vogelbauer . 95 Pf.
1 Schwarzwälder Wand-Uhr . . . . 95 Pf.
1 Bücher-Etagère . . 95 Pf.
1 Paneelbrett, 65 cm lg. 95 Pf.

1/1 Dose Schnittbohnen } 95 Pf.
1/1 Dose Erbsen u. Karotten }
1/1 Fl. fein. alter Cognac 95 Pf.
1/1 Fl. feiner Portwein 95 Pf.
1/1 Fl. Stonsdorfer . . 95 Pf.
1/2 Pfund Chocolade . } 95 Pf.
und 1/2 Pfund Cacao . }
2 feine Glaskörbchen mit Konfektfüllung . . 95 Pf.
1 Pfund Linsen . . . } 95 Pf.
2 Pfund Weizenmehl . }
1 Pfund enth. Erbsen . }
1 Pfund Reis . . . . }
1/2 Pfund Kaffee 50er und } 95 Pf.
1/2 Pfund Kakao . . . }

1/1 Flasche Eier-Cognak 95 Pf.
1 Eimer Melange-Marmelade, ca. 5 Pfd. . } 95 Pf.
2 Pfd fein. Teegebäck 95 Pf.
Feinste Hallesche Leberwurst Pfd } 95 Pf.
1/1 Dose Schnittbohnen }
1/1 Dose junge Schoten }
1/1 Dose junge Karotten } .95
1/1 Dose Pfefferlinge . }
1/1 Dose Stachelbeeren . }
1/1 Dose Birnen . . . . }
1/1 Dose Stachelbeeren . } 1.95
1/1 Dose Mirabellen . . }
1/1 Dose Schnittbohnen }

Moderne Frühjahrs-Kleiderstoffe

passend für elegante Kostüme, Blusen, Kinderkleider, Wert bis 2.50 . . . . . Meter **95 Pf.**

reinwollene Neuheiten, darunter Wolle mit Seide, extrabreit, Wert bis 3.50 . . . . . Meter **1.95**

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen **Qualitätszigarren.** Fabrikniederlage Berlin SO., Köpnickerstr. 20a. Vertr.: Udo Stangenberg, Zigaretten u. Tabak en gros. Amt 4, 9460. 40 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.

Rauchfangswerder
Restaurant Waldhaus

Bahnstation Zeuthen. Fernsprecher: Amt Zeuthen Nr. 18.

Empfehle den geehrten Vereinen, Gewerkschaften usw. mein idyllisch am Zeuthener See und Dahme gelegenes, von schönen Waldungen umgrenztes und in diesem Jahre bedeutend vergrössertes Etablissement. Mehrere Säle, Hallen und Veranden sowie ein großer Parkettsaal stehen den werten Gesellschaften zur Verfügung.

Für gute Bewirtung sowie Bedienung bürgt mein langjähriges Renommee.

Hochachtungsvoll

Eduard Rutkowsky.

Wohnungs-Einrichtungen

sowie **einzelne** Möbel zu **äußerst billigen Preisen.** — Kulante Zahlungsbedingungen.

Bis 31. März cr.: **Ausnahmepreise.**

Bei Arbeitslosigkeit größtes Entgegenkommen.

Möbel- und Ausstattungsmagazin

W. L. Ademeit, Alexander-Straße 28.

Dritte Fachausstellung
der
Schuh- und Leder-Industrie

veranstaltet vom Verband Deutscher Schuhwarenhändler. Ausstellungshallen am „Zoo" 7. bis 11. März 1908, von 9 bis 7 Uhr.

ca. 200 Maschinen

der Leder- und Schuh-Fabrikation

im Betriebe

zeigen den Werdegang modernen Schuhwerks nach neuesten Methoden

Kinderstiefel-Wettbewerb

für moderne und hygienische Kinder-Fußbekleidung.

Täglich: Einödshofer-Konzert

Waldhaus Nieder-Schöneweide,
Berliner Straße 81.

Sonntag, den 8. März:
Großes Frühlingsfest
mit Ueberraschungen und Tanz
wozu einladet **Julius Jakobi,**
Mitglied d. A.-S.-B. „Freiheit".

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zur Gründung einer Genossenschaftsfabrik

werden 15—20 000 Mark gegen hohe Zinsen per sofort zu leihen gesucht. Gefl. Offerten unter „T. 1" in der Exped. d. Bl. erbeten.

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

---

6 Monats-Garderoben-Haus 6
Prinzenstraße 6

Laden, kein Keller!

Die schönsten 2146L*
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

Im Laden **Paul Lowicki,** Prinzenstr. 6.

Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Beiträge für das Auer-Denkmal.

Schuhfabrik v. Theodor Simon u. Co. 6,80. Von den Augsburger Parteigenossen 20,—. Frau Wengels 1,—. P. Stock, Wagenheimer Straße 8 20,—. P. M. 1,—. S. 5,—. Sektion I und II des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Filiale Berlin 50,—. Schulz durch Hilscher 5,—.

Weitere Beiträge für das Auer-Denkmal sind zu richten an den Kassierer Emil Boeske, Verbandsbureau, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Wilhelmsruh (Nieder-Barnim) hat das Lokal „Wald-Restaurant“ den Inhaber gewechselt; dasselbe steht uns nach wie vor zur Verfügung.

In Göhlsdorf bei Gr.-Kreuz (Zauch-Belzig) ist das Lokal von Gustav Lips jun. für die Arbeiterschaft frei.

Für Karlshorst bitten wir folgendes zu beachten: Verkehrslokale: Sabrowski, Ecke Krausenstraße und Treskowallee; Bartel, Restaurant „Fürstenbad“, Prinz-Adalbert-Straße. Gesperrt: Otto Königs Festsäle, Treskowallee und Otto Arlts Gesellschaftshaus, Viktoriastraße 46.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Für den Süden des Kreises findet Sonntag, den 8. März, im Lokal von Grumbach, Schönleinstraße 6 eine Agitationsversammlung mit Frauen statt mit anschließendem geselligen Beisammensein.

Rixdorf. Die Parteigenossinnen und Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 8. März, in Hoppe's Festsälen, Hermannstraße 49, abends 6½ Uhr, Genosse Dr. Max Schütte einen Vortrag über „Karl Marx“ hält. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein und Tanz. Genossen, agitiert in Anbetracht des wichtigen Themas für zahlreichen Besuch. Außerdem bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Liste der 30 Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin mit Majorität gewählt ist.

Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntagnachmittag 3 Uhr findet im „Kaiserhof“, Kranoldplatz eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie in der Kommune“ statt. Hierzu sind alle Wähler eingeladen. Am Sonntag früh ist Flugblatt-Verbreitung. Die Parteigenossen haben die Pflicht, sich ihren Bezirksführern zur Verfügung zu stellen.

Schmargendorf. Am Sonntag, den 8. d. M., früh ¾8 Uhr, findet vom „Wirtshaus“ aus eine Flugblattverbreitung statt, zu der jeder Genosse pünktlich erscheinen muß.

Der Vorstand.

Neu-Dahendorf bei Zossen. Am Sonnabend, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Haaker, Wald- und Seeschloß Dahendorf, eine öffentliche Gemeindewählerversammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Kubig-Pankow wird über die bevorstehende Gemeindewahl referieren. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in der Versammlung. Um recht zahlreiches Erscheinen der Bevölkerung wird gebeten.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Sonntag, den 8. März, morgens 8 Uhr, findet hier eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich bei Schliese und Heydendorf einzufinden.

Der Vorstand.

Pankow. Für die am Donnerstag, den 12. März, stattfindende Gemeindevertreterwahl werden am morgigen Sonntag, morgens 8 Uhr die Wahlaufforderungen verbreitet. Wir fordern die Genossen auf, sich zu dieser Arbeit in den Bezirkslokalen einzufinden. — Am Sonnabend, den 21. März findet das Wintervergnügen des Wahlvereins bei Roszycki ein „Stralauer Fischzug vor 60 Jahren“ statt. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern zu haben.

Der Vorstand.

Zernsdorf-Senzig. Am Sonntagnachmittag um 3 Uhr findet im Knorrschen Lokale zu Zernsdorf eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Emil Lüdke über: „Bilder aus dem Klassenstaat“. Außerdem steht der Antrag zur Beratung, für Senzig einen besonderen Wahlverein zu gründen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Tegel. Sonntag, den 8. März, früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Der 4. Bezirk vom Lokal Ochs; der 2. Bezirk vom Lokal Schneider. Die Parteigenossen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. — Montag, 9. März, abends 8½ Uhr, in „Trapps Festsälen“: Oeffentliche Versammlung. Genosse Dr. Alfred Bernstein spricht über „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine schwierige Verhaftung.

Auf Bahnhof Friedrichstraße läuft pustend und fauchend der D-Zug ein. Dem vornehmsten Abteil entsteigt ein noch jugendlicher, schlanker, hochelegant gekleideter Herr. Nachlässig schlendert er über den Bahnsteig, steckt den silbernen Griff des Spazierstöckchens in die seidengefutterte Manteltasche und fährt etwas nervös mit den merkwürdigerweise ringlosen Fingern nach der Stelle, wo des Mannes Zierde sitzen soll. Es war noch die Macht der alten Gewohnheit. Man sieht's dem Herrn an, daß er gewohnt ist, aus den Knochen anderer Kapital zu schlagen und mit Tausendmarkscheinen zu jonglieren. So sicher tritt nur einer auf, der ganz genau weiß, daß er nicht untergeht, solange gewisse Leute in der Welt nicht alle werden. Aber trotz dieses Siegesbewußtseins sieht's in seinem Inneren traurig leer aus, das heißt in seinen Taschen. Der letzte Raub ist glücklich verpraßt. Schon auf dem teuren Londoner Pflaster drohten ihm die Moneten auszugehen. Was sind denn fünftausend Emmchen für einen Lebemann von der Sorte des Ex-Automobildirektors Bohn! Das reicht gerade vier Wochen lang für Frühstück und für ein paar vergnügte Abende. Neue Dumme wollten dort jenseits des Kanals, wo die Menschen gemeinhin etwas gerissener sind als im vertrauensduseligen Deutschland, wahrscheinlich nicht ins Garn gehen. Also faßte Freund Bohn kurz und bündig den heroischen Entschluß, die goldene Brücke zu benutzen, die ihm der liebenswürdige, über den Fall Friedberg selbst gestolperte Ex-Kommissar Müller mit der berühmt gewordenen „offenen Depesche“ gebaut hat. Bohn weiß zwar, daß er gehetztes Edelwild ist. Früher nur Unter den Linden bekannt, in den Chambres séparées und Ballsälen, ist er seit dem großen Krach eine Weltberühmtheit geworden. Jeder preußische Gendarm, jeder Stadtsergeant trägt sein Konterfei in der Brusttasche. In Hunderttausenden von Exemplaren ist das charakteristische Gesicht, aus dem neun Zehntel Geriebenheit heraussehen, in alle Winde geflattert. Aber Bohn weiß auch mit der Schlauheit von Leuten seines Schlages, daß man ihn solange nicht fassen wird, wie ihn seine Frechheit nicht verläßt. Vor Zylinder und Monokel, vor Gamaschen und Seidenfutter macht auch der belohnungshungrigste Schutzmann tadellos seine Reverenz. An tausend Polizisten ist Bohn via London vorbeigerutscht, Hunderte haben ihn gesehen, aber kein einziger schöpft Verdacht. Der Schnurrbart fehlt ja, das elegante Schnurrbärtchen. Daß der eitle, liebegirrende Bohn seine Manneszierde opfern sollte, — nein, das traut man ihm nicht zu. Alles, was also keinen Schnurrbart hat, kann nicht Bohn heißen. Wenn der Ex-Direktor jetzt einen Schutzmann angesprochen und seine Verhaftung verlangt hätte, — wir wetten, man hätte ihm den Gefallen nicht getan. „Sie sind der Bohn? Unsinn, kann ja jeder sagen. Bohn hat ja einen Schnurrbart. Halten Sie uns nicht unnötig auf, Herr Baron. Uzen Sie uns nicht. Wir haben hier in Berlin mehr zu tun. Wir müssen nämlich die Revolution verhüten und — Mörder suchen!“ Bohn überlegt schnell, daß Rumfutsch nicht so gut schmecken soll als Sekt und Austern. Also zählt er die Häupter seiner Lieben im Portemonnaie und schlürft vorläufig zum letzten Male Austern und Sekt. Und dann bleiben gerade noch drei Meter übrig. „Heda, Kutscher . . . nach dem Polizeipräsidium!“ Der blitzräderige Kasten, der ihm und seinem Luxusbedürfnis so lange als Steckenpferd diente, bringt das gesuchte und nicht gefundene Edelwild an Hunderten von Schutzmannsaugen vorbei glatt und sicher nach dem Alexanderplatz. Da hängt sein wohlgelungenes Porträt groß und breit auf den Korridoren und in den Amtszimmern. Aber keiner ahnt, daß der Fuchs von selbst in die Falle gehen will und schon halb im Eisen sitzt. Mit der Liebenswürdigkeit, die dem Berliner Schutzmann gegenüber eleganter Kleidung und gewandtem Auftreten nun mal in den Knochen liegt, wird der Langgesuchte, den man hinterm großen Wasser wähnt, ehrerbietig zum Kommissar der Friedberg-Sache geleitet. Noch immer ahnt man nichts . . . es fehlt ja der Schnurrbart. Und endlich geht auch der heiligen Hermandad langsam ein Seifensieder auf. Nur gut, daß der Ex-Direktor sich durch Papiere ausweisen konnte, daß er auch wirklich der Bohn ist. Sonst hätte man ihn, weil er keinen Schnurrbart hat, ganz gewiß wieder laufen lassen.

Das reformbedürftige Irrenwesen.

Wir haben dieser Tage an der Hand eines Einzelfalles dargelegt, wie schnell und leicht es ist, heute in ein Irrenhaus gebracht zu werden. Die entscheidenste Rolle im Irrenwesen hat der Bezirksphysikus, er ist allmächtig. Einem einzigen Menschen, einem beamteten Arzte zwar, aber doch immer nur einem einzigen, der Irrung unterworfenen Kopfe, wird es überlassen, über Menschenschicksale zu entscheiden. Sein Denkvermögen soll nicht getrübt sein. Aber es ist fast stets getrübt durch das, was andere Menschen ihm über den Delinquenten hinterbringen. Ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen oder ob nicht hinter ihnen eine völlige Verdrehung der Wahrheit, eine absichtliche Täuschung steckt, — das zu prüfen ist die erste Instanz, der machtgebietende Bezirksphysikus, in der knappen halben Stunde, die ihm für sein Urteil bleibt, gar nicht in der Lage. Er müßte ein Wundermensch sein, wenn er stets das richtige treffen könnte. Er müßte die menschlich undenkbare Gabe besitzen, in einer winzig kurzen Spanne Zeit Geheimnisse zu durchleuchten, die meist erst nach Monaten und Jahren oder auch gar nicht enthüllt werden. Schön — dem Bezirksphysikus bleibt als stärkster Entschuldigungsgrund, als „Beweiskraft“ für seine Entscheidung, der persönliche Augenschein. Der Delinquent steht greifbar vor ihm. Nach ihm soll er sich sein Urteil bilden. Aber in diesem Augenblick wird vielfach der vernichtende Urteilsspruch ein Zerrbild der wissenschaftlichen Betätigung sein, einfach schon durch die Begleitumstände und die Umgebung. Es kann gar nicht anders sein.

Die furchtbare, gefahrbringende Macht des Bezirksphysikus als eines einzigen zur Entscheidung berufenen Menschen muß gebrochen werden! Der Bezirksphysikus in seiner gegenwärtigen Funktion ist nicht mehr Arzt, auch nicht mehr Psychiater, nicht Polizeibeamter — er ist zum Richter geworden über menschliche Existenzen. Und nirgends steht es selbst im Staate Preußen geschrieben, daß ein einziger, irrender Mensch ohne richterliches Verfahren andere Menschen für Lebenszeit verurteilen darf. Es ist Zeit, daß diesem System ein Ende gemacht wird.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37. Der ausgefallene Unterricht in Gesetzeskunde wird am Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, nachgeholt. Die Teilnehmer wollen sich gefälligst pünktlich einfinden.

Die Schießübungen auf dem Tegeler Schießplatz, die infolge der Zerstörung eines Gebäudes durch eine abgeirrte Granate in Saatwinkel anfangs gänzlich eingestellt werden sollten, werden nach den neueren Verfügungen doch noch fortgesetzt werden. Im Interesse der Ausbildung der Mannschaften hat die Militärbehörde von einer Einstellung der Versuche Abstand genommen. Die Petitionen der in Betracht kommenden Gemeinden, die um Abhülfe ersuchten, sind in dieser Hinsicht abgelehnt worden. Dagegen hat sich die Militärbehörde veranlaßt gesehen, wirkungsvollere Vorkehrungen zum Schutze des Publikums und der umliegenden Gebäude zu treffen. Zu Zeiten bestimmter Schießübungen ist selbst das Befahren des Tegeler Sees durch Bekanntmachungen verboten.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in kommender Woche wiederum hygienische Vorträge.

In Boxhagen-Rummelsburg spricht am Dienstag, den 10. März, Herr Dr. B. Pollack über das Thema: „Auge und Arbeit“.

In Schöneberg, in der Gemeindeschule Feurigstr. 61/62, spricht ebenfalls am Dienstag, den 10. März, Herr Dr. G. Lennhoff über das Thema: „Volksgesundheit und Kurpfuschertum“.

Der erstgenannte Vortrag findet in der Boxhagener Schule, Holteistr. 7/9, statt.

Der Beginn der Vorträge ist pünktlich auf 8 Uhr abends angesetzt. Der Besuch ist unentgeltlich.

Ein aufregender Unglücksfall hat sich gestern in früher Morgenstunde auf dem Gesundbrunnen ereignet. In der Badstraße waren mehrere Straßenreiniger mit dem Säubern des Fahrdammes beschäftigt, als vom Bahnhof Gesundbrunnen her ein Droschkenautomobil in toller Karriere dahergesaust kam. Nur mit knapper Not vermochten sich die Straßenreiniger auf den Bürgersteig zu retten. Der 32 Jahre alte Max Wagner aus der Pankstraße dagegen wurde von dem Kraftwagen angefahren und das Gefährt ging ihm über Kopf und Beine hinweg. In bewußtlosem Zustande blieb der Verunglückte liegen, während der Chauffeur mit dem Kraftwagen weiter sauste. Er wurde aber von anderen Droschkenkutschern verfolgt und nach einer wilden Jagd gestellt; es war das Droschkenautomobil Nr. 4082. W. wurde von seinen Kollegen nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht, doch bereits auf dem Transport starb er an den Folgen eines schweren Schädelbruches, den er bei dem Unfall davongetragen hatte.

Unter dem eigenen Wagen den Tod gefunden hat vorgestern nachmittag der 20jährige Kutscher Emil Schmidt aus der Müllerstraße 32. Sch. war bei einer hiesigen Getreide-Engrosfirma angestellt gewesen und vorgestern sollte er einen Transport Roggen nach Tegel schaffen. An der aufsteigenden Möckernbrücke stieg er vom Bock herunter und ging neben dem Wagen her, um die Pferde dadurch besser antreiben zu können. Durch Ausgleiten auf dem durch den Schnee schlüpferig gewordenen Fahrdamm kam er zu Fall und stürzte unglücklicherweise unter den Wagen. Das schwere Fuhrwerk ging dem Bedauernswerten über die Brust hinweg, die vollständig zermalmt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Ein Arzt der nahebelegenen Militärversuchsanstalt ließ den Toten nach der Halle des Plötzensee Friedhofes schaffen.

Zum englischen Heilmittelschwindel. Der wegen des englischen Planchettenschwindels in Untersuchungshaft genommene „Schriftsteller“ Everett Scott ist gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 100 000 M. aus der Haft entlassen worden.

Spielautomaten üben eine sehr verderbliche Wirkung nicht zuletzt auf die Jugend aus. In letzter Zeit sind Lokale, in denen Spielautomaten aufgestellt sind, wie Pilze aus der Erde geschossen. Es heißt zwar, daß Kinder unter 14 Jahren keinen Zutritt haben sollen; allein mehr wie einmal ist beobachtet worden, daß die in diesen Lokalen angestellten Geschäftsführer Kindern Geld gewechselt haben. In Rücksicht auf die schädlichen Folgen der Anstachelung der Spielleidenschaft ist von dem Stadtverordneten Lindau folgende, von sämtlichen Mitgliedern der Freien Fraktion unterzeichnete Anfrage an den Magistrat eingereicht worden: „Ist dem Magistrat bekannt, daß in Berlin zahlreiche Spielautomaten eingerichtet sind und welche Maßregeln gedenkt er dagegen zu unternehmen?“

Zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts für die Prozesse zwischen der Stadt und der Großen Berliner Straßenbahn an Stelle des verstorbenen Senatspräsidenten Fuisting ist der Wirkliche Geheime Rat Kirchhoff, Direktor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, berufen worden. Dem Schiedsgericht sind umfangreiche Parteischriften mit Anlagen zugegangen, die ganze Druckbände füllen.

Wegen Heiratsschwindelei hat die Kriminalpolizei einen falschen Oberförster entlarvt. Heiratsschwindler und andere Betrüger legen sich gern die Bezeichnung „Oberförster“ bei, weil sie bei dem zarten Geschlecht und den Geschäftsleuten einen guten Klang hat. Auch der 35 Jahre alte, wohnungslose Friseur Franz Wutschke hatte Erfolg damit. Er nannte sich nach seinem Schwager, einem Metallschleifer aus dem Norden der Stadt, „Oberförster Kiewisch“ und lauerte auf den Bahnhöfen jungen Mädchen auf, die hier durchreisten oder Stellung suchten. Viele waren leichtgläubig und vertrauensselig genug, ihm auf den Leim zu gehen, wenn er ihnen schon nach flüchtiger Bekanntschaft mit einem Heiratsantrag und Eheversprechen kam, obwohl sie sich hätten sagen sollen, daß ein Oberförster doch nicht gar so leicht zu haben ist. Eine Wirtschafterin, die sich nur kurze Zeit hier aufhielt, überredete er, sich Berlin mit ihm anzusehen. Nach der Liebeserklärung hatte sie es mit der Abreise nicht mehr so eilig und war auch mit einem Ausflug nach dem Grunewald einverstanden. Als vorsichtiger Mann warnte der „Oberförster“ seine neue Geliebte aus der Provinz sehr eindringlich vor den Gefahren des großen Sündenpfuhls Berlin, besonders vor den Pompadourräubern, die an allen Ecken und Enden auf ihre Opfer lauerten. Die verliebte Wirtschafterin gab ihm darauf sehr gern ihre Handtasche mit der Barschaft und dem Gepäckschein und wanderte beruhigt an der Seite des Bräutigams nach dem Grunewald hinaus. In der Kolonie dort machte der Oberförster vor einem prächtigen Landhause Halt. Er wollte nur auf einen Augenblick zu seiner Tante hinaufspringen, um ihr guten Tag zu sagen. Die Geliebte wartete lange umsonst. Der Oberförster war durch den Stock nach der anderen Straße verschwunden. Die Enttäuschte fragte sich endlich nach Berlin zurück, und ging nach dem Potsdamer Bahnhof, um weiter zu fahren. Als sie ihr Gepäck verlangte, war es schon weg. Ein Mann, auf den die Beschreibung des Oberförsters genau paßte, hatte es auf den richtigen Schein geholt, und wie sich später ergab, sofort verkauft. Einem anderen Mädchen stellte sich Wutschke als Handwerksmann vor. Er suchte eine Bürgschaft für eine neue einträgliche Stellung und wollte dann bald die Wirtschaft für das eigene Heim kaufen und die Wohnung mieten. Als das Mädchen, des ewigen Aufschiebens müde, mit Anzeige drohte, ließ sich der Bräutigam nicht mehr sehen. Auch von auswärts meldeten sich Mädchen, denen der „Oberförster“ oder „Handwerksmann“ die Ersparnisse in Berlin abgeschwindelt hatte. Gestern wurde der Gauner auf dem Potsdamer Bahnhof ertappt und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Es ergab sich, daß man ihn schon einmal gehabt, aber vorläufig wieder freigelassen hatte, weil seine Schwester ihn für ihren Mann ausgab.

Die Dachstuhlbrände

häufen sich in erschreckender Weise. In vielen Fällen ist Brandstiftung festgestellt worden und man nimmt an, daß genau wie vor 10 Jahren, wo der Moabiter Stadtteil von Brandstiftern heimgesucht wurde, auch diesmal bestimmte Personen die Urheber der vielen Dachstuhlbrände sind. Durch die Häufigkeit dieser Brände wird die Bevölkerung Berlins in nicht geringe Aufregung versetzt und andererseits unsere brave Feuerwehr in der unglaublichsten Weise angestrengt. Ruhe und Erholung gibt's nicht mehr; kaum ist ein Brand gelöscht und kaum sind die Fahrzeuge wieder in Ordnung gebracht, muß schon von neuem ausgerückt werden, um den nächsten Brand zu ersticken.

Donnerstag nachmittag, kurz nach 4 Uhr, wurde der dritte Brand aus Moabit gemeldet. Dort stand das Haus Stephanstr. 44 an der Stendaler Straße in großer Ausdehnung in Flammen. Brandmeister Hammer, der mit dem 15. Zuge aus der Turmstraße schnell zur Stelle war, nahm sofort drei Schlauchleitungen von Dampfspritzen über die bereits verqualmten Treppen und eine mechanische Leiter vor. Trotzdem dauerte es drei Stunden, bis die Feuerwehr wieder abrücken konnte. Auch hier liegt zweifellos vorsätzliche Brandstiftung vor.

Gestern mittag stand der Dachstuhl des Hauses Grünstr. 7/8 in großer Ausdehnung in Flammen. Sie wurden erst bemerkt, als sie aus den Luken herausschlugen und dichter Qualm weithin zum Himmel aufstieg. Die Feuerwehr, die mit mehreren Zügen auf den ersten Alarm zur Brandstelle eilte, griff gleich mit mehreren Schlauchleitungen an und benutzte dabei wegen der enormen Verqualmung der Treppenaufgänge zwei große mechanische Leitern. Die Ablöschung war sehr erschwert; mehrere Male mußten die Rohrführer abgelöst werden. Der Schaden ist wieder ganz erheblich und zweifellos liegt abermals vorsätzliche Brandstiftung vor. Von dem Täter fehlt jetzt noch jede Spur.

Der zweite Dachstuhlbrand wurde am Freitag, noch bevor der erste in der Grünstraße von der Feuerwehr gelöscht worden war, aus der Wallstraße gemeldet. Dort brannte der Dachstuhl des Eckhauses an der Neuen Roßstraße gegenüber der Roßstraßenbrücke. Hier war die Gefahr gleich bemerkt worden. Die Hausbewohner benachrichtigten schnell die Feuerwehr, die in kurzer Zeit zur Stelle war, so daß es gelang, die Brandstiftung festzustellen. Es gelang, den Brand auf einen Teil des Dachstuhles zu beschränken. Der Schaden ist trotzdem nicht unerheblich und trifft auch Mieter, die nicht versichert sind.

Schrecklich zugerichtet wurde am Donnerstag ein Arbeiter, der in der Fabrik von Mehling in der Sophienstraße beschäftigt war. Als der Arbeiter in der Nachmittagspause sich Kaffee kochte, sprang ein Funke aus dem Ofen auf die Kleider des Mannes, die, da sie öllig und fettig waren, sofort Feuer fingen. Die Mitarbeiter waren so

bestürzt, daß sie im Augenblick ratlos waren, weil sie beim Näherkommen befürchten mußten, ebenfalls in Brand zu geraten. Ein Arbeiter holte dann von zwei Treppen tiefer Wasser herauf, womit der Bremende begossen wurde. Nach etwa einer Stunde wurde der Bedauernswerte, der am ganzen Körper Brandwunden erlitten hatte, nach dem Krankenhause gebracht, wo er in der verflossenen Nacht unter furchtbaren Qualen verstarb.

Infolge der fortgesetzten Brandstiftungen hat die Kriminalpolizei jetzt eine Sonderkommission eingerichtet, die Kriminalkommissar Heßler leitet. Ihm stehen zahlreiche Beamte für Streifgänge und zu Untersuchungen auf der Brandstätte sofort nach dem Ausbruch des Feuers zur Verfügung.

Der unter dem schweren Verdacht des Vatermordes in Untersuchungshaft sitzende Kaufmannslehrling Willy Schwarzenstein, der Sohn des ermordeten Revierförsters Schwarzenstein im Forsthaus Müggelsee, hatte sich gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffmann wegen drei kleinerer Vergehen zu verantworten. Der 20 Jahre alte Angeklagte, der durch die Untersuchungshaft sehr mitgenommen ist, stand unter der Anklage des Betruges, versuchten Betruges und der schweren Urkundenfälschung. Er hatte bis zum 1. Dezember eine Stelle als Lehrling in einem Holzgeschäft in Rummelsburg. An diesem Tage verlor er die Stellung. Weil er nun fürchtete, daß sein Vater darüber sehr böse sein würde, täuschte er den Vater, indem er ihm den Verlust der Stelle verschwieg und so tat, als ob er in dem Geschäft noch tätig wäre. Er fuhr deshalb des Morgens nach Berlin und kehrte abends ins Vaterhaus zurück. Dadurch kam er in Geldverlegenheit. So erschien er am 3. Januar bei dem Kaufmann Fischer und entlieh von diesem, angeblich für seinen Vater, der in Geldverlegenheit sei, 30 M. Dieses Geld brachte er nach zwei Tagen zurück und zwar mit Geld, das er sich wieder an anderer Stelle geliehen hatte. Er wußte sich von dem Mühlenbesitzer Martin in Rahnsdorf-Mühle 60 M. zu verschaffen und übergab diesem dafür einen angeblich von seinem Vater, tatsächlich aber von ihm selbst unterschriebenen Schuldschein. Dieses Geld hat er nicht zurückgegeben. Am 16. Januar hat er dann schließlich noch versucht, von der Frau Fischer ein Darlehen von 20 M. zu erhalten unter dem Vorgeben, daß ein für den Vater auf der Post lagerndes Paket abgeholt werden soll. — Der Angeklagte war im vollem Umfange geständig, so daß es einer Zeugenvernehmung nicht bedurfte. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt berücksichtigte zwar die Jugend und bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, hob aber anderseits hervor, daß es doch sehr dreist von diesem gewesen sei, seinen angesehenen Vater in dieser Weise zu diskreditieren. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate und zwei Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwindt empfahl den Angeklagten einer mildernden Beurteilung, da dieser doch nur aus Angst vor seinem Vater auf die schiefe Ebene gelangt sei und überdies nur einen Vorteil von 30 M. gehabt habe. — Der Gerichtshof erwog, daß das Vorgehen des Angeklagten doch von ziemlicher Verderbtheit zeuge und erkannte auf vier Monate zwei Wochen Gefängnis.

Im Bürgersaale des Rathauses wird heute abend auf der Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten neben den beiden Vorsitzenden Geheimrat Neißer und Dr. Blaschko einer der berühmtesten schwedischen Aerzte, Professor Welander aus Stockholm, sprechen. Prof. Welander gilt nicht nur durch seine wissenschaftlichen Arbeiten, auch bei uns in Deutschland, als einer der hervorragendsten Vertreter der Syphilidologie, er hat auch durch Wort und Schrift für eine Reform der Pflege und Behandlung der venerischen Krankheiten bahnbrechend gewirkt. Seine heutigen Ausführungen werden besonders dem von ihm in Stockholm ins Leben gerufenen Pflegeheim für erblich kranke Kinder gelten, nach dessen Vorbilde auch schon an anderen Orten ähnliche Anstalten begründet worden sind. Auch in Berlin hat sich neuerdings ein Komitee zur Errichtung eines solchen Pflegeheims für erblich kranke Kinder gebildet und ist bereits rührig an der Arbeit, die breiteren Kreise der Bevölkerung für die Verwirklichung des Planes zu interessieren.

Zeugen gesucht. Am Freitag, den 27. November vorigen Jahres, abends zwischen 6 und 7 Uhr, erlitt der Brauereiarbeiter Otto Lunk, durch Sturz, hervorgerufen durch die Glätte, einen Beinbruch. Noch heute liegt L. krank danieder. Der Unfall ereignete sich Ecke Turmstraße und Kleinem Tiergarten. Es werden die beiden Männer, welche den Verletzten nach seiner Wohnung trugen, gebeten, ihre Adresse an Otto Lunk, Alt-Moabit 83b, oder an das Bureau des Brauereiarbeiterverbandes, C. 54, Mulackstr. 10, zu übermitteln.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kleinbrandes wurde der 16. Zug nach der Reinickendorferstr. 120 gerufen. Packmaterialien, Regale u. a. brannten dort. Der 20. Zug hatte in der Poststr. 20 zu tun, wo Betten, Kleider und Möbel in Brand geraten waren. In der Voltastr. 5 war in einem Zigarrengeschäft Feuer ausgekommen. Packpapiere usw. standen dort in Flammen. Der Brand einer Küche rief den 16. Zug nach der Schulzendorferstr. 23. Außerdem hatte die Feuerwehr noch an verschiedenen anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden heute nachmittag von 3 bis 4½ Uhr in Petershagen bei Fredersdorf statt.

Mariendorf-Südende.

Die gestern in Südende vorgenommene Gemeindevertreterwahl ergab folgendes Endresultat: Unsere Kandidaten Paul Weber und Bruckert erhielten 471 resp. 465 Stimmen, während die bürgerlichen Kandidaten Wolther und Bachler 312 resp. 325 Stimmen erhielten. Zersplittert waren 9 Stimmen. Unsere Genossen sind demnach mit großer Stimmenmehrheit siegreich aus der Wahl hervorgegangen.

Friedrichshagen.

Bei der Gemeindewahl in der dritten Abteilung wurden gewählt: Im 1. Bezirk Genosse Otto Stephan mit 231 Stimmen gegen 1 Stimme; im 2. Bezirk Genosse Hermann Sonnenburg mit 384 Stimmen gegen 1 Stimme. Hatten die Gegner bei den früheren Wahlen stets Gegenkandidaten aufgestellt, so hatten sie diesmal überraschenderweise davon Abstand genommen. Sie scheinen eingesehen zu haben, daß trotz ihrer bisherigen Papierstimmen für sie in der dritten Abteilung keine Lorbeeren zu ernten sind. Dieser Umstand hat wohl viele Arbeiter veranlaßt, der Wahl fernzubleiben, trotzdem sie in der öffentlichen Gemeindewählerversammlung und im Wahlflugblatt aufgefordert wurden, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Gegner ihre Stimmen für unsere Kandidaten abzugeben, damit dieselben mit einer möglichst großen Stimmenzahl gewählt werden. Aber auch die herrschende Arbeitslosigkeit hat wohl dazu beigetragen, daß viele Arbeiter wegen rückständiger Steuern ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten.

Steglitz.

Die Wahlvereinsversammlung am Mittwoch beschäftigte sich nach Anhören eines Vortrages des Genossen Block über „Kolonialpolitik" mit der Gemeindewahl. Genosse Reinhold Fritsch konstatierte das erfreuliche Anwachsen unserer Stimmenzahl in beiden Bezirken, zollte den Parteigenossen Anerkennung für die eifrige Mitarbeit bei der Hauptwahl und gab dem Wunsche Ausdruck, auch bei der Stichwahl alle Kraft einzusetzen. Würden im ersten Bezirk alle Arbeiter, die der Hauptwahl fernblieben, am Tage der Stichwahl an die Urne gebracht, dann würden unsere Kandidaten Aßmann und Schellhase Sieger sein. Im zweiten Bezirk, wo die Mieter mit den Hausbesitzern in Stichwahl stehen, empfehle das Wahlkomitee den Genossen Wahlenthaltung. Die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. Hierauf gab Genosse Schmidt den Bericht von der Kreisgeneralversammlung, dem wegen der vorgerückten Zeit nur eine kurze Diskussion folgte.

Zeuthen.

Die am Donnerstag stattgefundenen Gemeindewahlen erbrachten in der dritten Klasse zum ersten Male den **Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten.** Genosse Feiertag erhielt 51 Stimmen, während der bürgerliche Hausbesitzer 43 (darunter 17 Papierstimmen) auf sich vereinigte, 3 Stimmen waren zersplittert. Dieser erste Erfolg möge die Arbeiterschaft unseres Ortes anspornen, weitere Erfolge zu erringen. Und wie nach erlittener Niederlage unsere Gegner bereits Mittel und Wege zur Auswetzung der Scharte in engerem Zusammenschluß suchen, so muß auch die Arbeiterschaft zur Erhaltung und zum Ausbau ihres Erfolges denselben Grundgedanken pflegen: Eintritt in die politische Organisation und Ausbau derselben. — In der 2. Klasse wurde der Rentier Wurl (Kandidat des Hausbesitzervereins) mit 14 von 20 abgegebenen Stimmen gewählt. — In der 1. Klasse unterlag der Kandidat des Hausbesitzervereins mit 1 Stimme dem bisherigen Vertreter Auersch, der 9 Stimmen erhielt.

Im Anschluß hieran sei zur Beurteilung der „Toleranz" unseres Gemeindevorstehers ein Vorgang geschildert, der sich bei der Bildung des Wahlbureaus abspielte. Bei Eröffnung des Wahlaktes waren unsere Genossen drei Personen stärker als die Bürgerlichen und stellten dem provozierenden Vorschlage des Gemeindevorstehers, als Beisitzer zwei bürgerliche Hausbesitzer zu wählen, einen eigenen Vorschlag gegenüber, der die Namen zweier am Orte ganz bekannter Arbeiter enthielt. — Darob allgemeine Verblüffung. Der sonst ganz „gutmütende" Gemeindevorsteher erlitt plötzlich Gehörstörungen, fand sich dann in der Wählerliste und auch in der Landgemeinde-Ordnung nicht mehr zurecht. Nach einer Viertelstunde peinlichster Situation — und nachdem die bürgerliche Seite bereits durch zwei Nachzügler Verstärkung erfahren hatte — bereiteten unsere Genossen der peinlichen Situation ein Ende durch den Vermittelungsvorschlag, von jeder Seite einen Beisitzer zu wählen. Erleichtert atmete sowohl Gemeindevorsteher wie Bürgertum auf und — also geschah es! Daß in der Viertelstunde unfreiwilliger Pause die seltsamsten Ansichten laut wurden, ist selbstverständlich.

Schmargendorf.

Am Mittwoch, den 11. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, findet im hiesigen Rathaus die Wahl eines Gemeindevertreters der dritten Wählerklasse statt. Es ist somit den Nichtbesitzenden wieder einmal Gelegenheit gegeben, der Interessenwirtschaft im hiesigen Gemeindeparlament auf den Leib zu rücken. Die Hausbesitzer, welche bis jetzt allein im Rathaus regierten, haben wiederum einen Hausbesitzer den Wählern dritter Klasse als Kandidat empfohlen. Dieser, ein Herr Dr. Nathan, versprach in einer öffentlichen bürgerlichen Versammlung seinen Wählern alles mögliche, wenn sie ihn wählen. Der Bürgerverein, frühere Mieterverein, welcher schon im Absterben begriffen ist, mußte mit seinem bisherigen Kandidaten und bisherigen Vertreter Herrn Frenzel stillschweigend abdanken. Wähler der dritten Klasse! An Euch liegt es nun, am Tage der Wahl dem Kandidaten der Arbeiter, dem Schlosser Paul Guttbier, Hundekehlenstr. 12 wohnhaft, zum Siege zu verhelfen. Da die Wahlzeit eine günstige ist, so kann jeder sein Stimmrecht ohne Zeitverlust ausüben. Tut jeder seine Pflicht, so ist der Sieg unser.

Petershagen b. Fredersdorf.

Heute nachmittag von 3 bis 4½ Uhr findet die Wahl der dritten Klasse zur Gemeindevertretung statt. Es ist Pflicht jedes Arbeiters, trotz der ungünstigen Wahlzeit sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme für den Kandidaten Erwin Höselbarth abzugeben. Alle Berliner Genossen, welche mit Arbeitern aus Petershagen zusammen arbeiten, werden ersucht, dieselben auf ihre Pflicht hinzuweisen. Sorge ein jeder dafür, daß die Zusammensetzung der Gemeindevertretung eine andere wird.

Rudow.

Der Gemeindevorsteher hat das Ersuchen unserer Genossen, die Gemeindewahl in einer für die Arbeiterschaft günstigeren Zeit stattfinden zu lassen, abgelehnt. Der Einwand, daß eine Anzahl außerhalb beschäftigter Wähler nur mit beträchtlichem Lohnausfall ihr Wahlrecht ausüben könnten, hat Herrn Massante kalt gelassen. Er betonte, daß er die Gemeindewahl trotzalledem vormittags stattfinden lasse. Die Arbeiter können aus dieser schnöden Ablehnung ersehen, welcher Wertschätzung sie sich beim Gemeindevorsteher erfreuen.

Die beste Antwort hierauf ist, daß jeder Wähler der dritten Klasse trotz der ungünstigen Wahlzeit sein Wahlrecht ausübt und seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten gibt.

Königs-Wusterhausen.

Die Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindewahl erfolgte für Königs-Wusterhausen, Niederlehme und Wildau in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Für Königs-Wusterhausen wurde Genosse Kaiser, für Niederlehme die Genossen Mörschel und Harnau und für Wildau die Genossen Schumann und Tänzer als Kandidaten aufgestellt. — Zum Kassierer des Wahlvereins wählte hierauf die Versammlung den Genossen Dietze, als Revisor und gleichzeitig als Bezirksführer für Königs-Wusterhausen wurde Genosse Reinicke gewählt.

Hohen-Neuendorf.

Am Dienstag, den 10. März, nachmittags von 1 bis 5 Uhr, findet im Lokal von Schulze, Berlinerstraße, die Gemeindevertreterwahl für die dritte Klasse statt. Es ist Ehrenpflicht der Genossen, an diesem Tage zur Stelle zu sein, damit der bisherige Vertreter Kassenbeamte Genosse Max Neumann siegreich aus der Wahl hervorgeht. Die Gegner sind überaus tätig, um uns das Mandat streitig zu machen. Es sei also jeder auf dem Posten.

Weißensee.

Während eine große Anzahl Vororte im Zeichen des Wahlkampfes stehen, herrscht bei uns augenscheinliche Ruhe. Selbst der Wahlverein ist noch nicht bekannt. Jetzt erst hat der Haus- und Grundbesitzerverein seine Kandidaten nominiert, er nimmt anscheinend davon Abstand, Kandidaten für die dritte Abteilung aufzustellen. In der Hausbesitzerversammlung ging es heiß her, um die richtigen Männer zu finden; langjährige Durchfallskandidaten redeten ihr Programm her, um sich dabei in empfehlende Erinnerung zu bringen. Einer von ihnen hat es denn auch geschafft, mit einer Stimme Mehrheit in Vorschlag zu kommen. Von den im vergangenen Jahre gegründeten Vereinen, dem Mieterverein, evangelischer und christlicher Arbeiterverein usw., welche bei der Gründung sich vornahmen, die Sozialdemokraten aus dem Rathause zu jagen, hört und sieht man nichts, so daß von einem fröhlichen Wahlkampf nichts zu spüren ist. Aber dennoch muß die Arbeiterschaft auf der Hut sein und sich dem eventuellen Rufe des Wahlkomitees zur Verfügung stellen. Seit zehn Jahren haben wir in der dritten Abteilung sämtliche Sitze inne, aber dennoch ist Vorsicht am Platze, um das Errungene zu halten. Wer die Gepflogenheiten der letzten Jahre kennen gelernt hat, weiß, daß unsere Gegner immer erst im letzten Augenblick, und gewöhnlich mit sehr unlauteren Mitteln, hervortreten, so daß es manchmal an der Zeit fehlt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Nieder-Schönhausen.

Die auf den 17. März angesetzte Ersatzwahl für die dritte Klasse ist verschoben worden, weil das Resultat der Ergänzungswahl am 11. März erst abgewartet werden soll. Die Bürgerlichen haben eine heillose Angst vor der Sozialdemokratie; sie befürchten, die Sozialdemokratie könnte die beiden Mandate erringen. Es fehlen ihnen diesmal ein großer Teil ihrer besten und sichersten Wähler — die Forensen, mit deren Hülfe der Sieg stets sicher war. Es haben sich deshalb, wie vorauszusehen war, die beiden Hausbesitzervereine auf gemeinsame Kandidaten geeinigt; noch vor kurzem haben sich beide Vereine mit den schäbigsten Mitteln bekämpft. Diese Freundschaft hat also die Sozialdemokratie zustande gebracht.

Parteigenossen! Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl; agitiert, was in Euren Kräften steht! Nehmt jede Gelegenheit wahr! Es wäre geradezu beschämend für uns, wenn die Partei, die am Orte bei der Reichstagswahl die größte Stimmenzahl aufgebracht hat, nicht endlich einmal imstande wäre, einen Vertreter in die Gemeindevertretung senden zu können.

Hermsdorf i. M.

Die Gemeindevertreterwahlen der dritten Klasse finden am Freitag, den 13. März, nachmittags von 2 bis 7 Uhr, im „Waldschlößchen" bei Löffler statt. Erst am Donnerstag, also knapp der gesetzlich vorgeschriebenen Frist, wurde dieses amtlich bekannt gemacht. Die Parteigenossen haben den Lagerhalter Wilhelm Behrends als Kandidaten aufgestellt. Die Agitation zur Gemeindevertreterwahl muß, da die Zeit sehr kurz ist, intensiv betrieben werden. Durch die Eingemeindung des Gutsbezirkes haben sich die Verhältnisse sehr zuungunsten der Sozialdemokratie verschoben, da dort hauptsächlich bürgerliches Publikum wohnt. Bei der letzten Reichstagswahl sind nur zwei Fünftel aller abgegebenen Stimmen uns zugefallen. Außerdem setzen bereits sämtliche bürgerlichen Vereine, an der Spitze der Reichslügenverband, mit ihrer Agitation und Beschimpfung gegen die Sozialdemokratie ein. Es ist daraus zu ersehen, daß jeder seine Pflicht erfüllen muß, um den Gegnern das Mandat abzunehmen und unsere Position in der Gemeindevertretung zu stärken. Sonntag, den 8. März, früh 7½ Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt, wozu sich die Parteigenossen einzufinden haben.

Stolpe an der Nordbahn.

Bei der vorgestern stattgefundenen Gemeindevertreterwahl der dritten Klasse erhielt unser Genosse Martin Zug 14, die Gegner 4 Stimmen. Genosse Zug zieht als zweiter Sozialdemokrat in das Dorfparlament ein.

Rixdorf.

Ueber „Die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen für die Arbeiter" referierte in einer gut besuchten Versammlung im großen Saale bei Hoppe Genosse Adolf Ritter. Ausgehend von der sozialdemokratischen Programmforderung: „Unentgeltliche Rechtspflege, ausgeübt durch vom Volke gewählte Richter", schilderte Redner die heutige Zusammensetzung der Gerichte und kritisierte deren Urteile. Solche Urteile seien nur zu erklären, weil die aus der besitzenden Klasse hervorgegangenen Richter nicht fähig seien, sich in die Ideenwelt der Arbeiterschaft hinein zu versetzen. Besonders kraß komme dieses in Urteilen wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung zum Ausdruck. Aufgabe der Arbeiterschaft sei es, ihrem Recht durch vom Volke gewählte Richter Geltung zu verschaffen. Da Arbeiter als Schöffen oder Geschworene nur selten ausgelost werden, so bleibt der organisierten Arbeiterschaft nur das Gewerbegericht als Wirkungsfeld; hier walte der von seinen Arbeitsbrüdern gewählte Laienrichter in ständiger Fühlung mit seinen Genossen seines Amtes. Es sei daher Pflicht der Arbeiterschaft, am Wahltage, dem 8. März, ihr Wahlrecht auszuüben. Zur Frage: „Wer ist wahlberechtigt?" wies Redner, nachdem er die allgemein üblichen Bedingungen bekanntgegeben, besonders darauf hin, daß auch diejenigen Arbeiter, für deren Beruf ein Innungsschiedsgericht besteht, wahlberechtigt sind. Der Leiter der Versammlung macht die Anwesenden darauf aufmerksam, daß in früheren Jahren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine stets am Wahltage mit Kandidaten aufwarteten, obwohl sie es immer unterlassen hätten, in der Oeffentlichkeit zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Jene Gruppen wollten durch diese Ueberrumpelung im Trüben fischen und so auf Kosten anderer sich Vorteile verschaffen. Kandidaten des Gewerkschaftskartells sind die Genossen Paul Froese, Paul Fischer, Bruno Fiedler, Metallarbeiter, Julius Bieweg, Gürtler, Robert Heinemann, Arbeiter, Georg Kettler, Zimmerer, Otto Haese, Zementierer, und Albert Grodetzki.

Genossen, die am Tage der Wahl, also am 8. März, sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, mögen sich am Sonntag vormittag um 11½ Uhr im Lokal von Preil, Rosenstr. 24 einfinden. Auch am Montag bei den Arbeitgeberwahlen sind eine Anzahl Hülfskräfte erforderlich. Wir ersuchen die Genossen, sich an beiden Tagen recht zahlreich zur Verfügung zu stellen. Nicht nur unsere Arbeitnehmerliste, sondern auch unsere Arbeitgeberliste, beginnend mit dem Namen Beutel und endend mit Hoffmann muß den Sieg davontragen. An den Genossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß am Sonntag sowie am Montag die Liste des Gewerkschaftskartells den Sieg davonträgt.

Mit der bestehenden Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe beschäftigte sich eine außerordentliche gutbesuchte Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Der Bevollmächtigte gab einen kurzen Ueberblick von dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Da vom Staate sowohl wie auch von der Kommune nicht viel zur Linderung des Notstandes zu erwarten sei, sei die Arbeiterschaft gezwungen, die arbeitslosen Kollegen vor der äußersten Not zu schützen. Die Verwaltung mache daher auf Ersuchen der Kollegen den Vorschlag, zur Unterstützung der ausgesteuerten Kollegen einen freiwilligen Beitrag von 25 Pf. pro Woche zu erheben. Nach längerer Debatte, in welcher sämtliche Redner die Notwendigkeit der Unterstützung betonten, wurde einstimmig beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege vom 1. März bis 1. Mai einen Extrabeitrag von 3 M. zu entrichten hat. Es sollen Marken zu 25 Pf. geklebt werden. Es ist somit jedem arbeitenden Kollegen leicht gemacht, für seinen arbeitslosen Kollegen und dessen Familie ein kleines Opfer zur Linderung der bittersten Not zu bringen.

Zwecks Errichtung eines Volkskindergartens hat der Rixdorfer Magistrat das Straubsche Grundstück in der Berliner Straße erworben. Das nach der Berliner Straße zu gelegene Gartenhaus, das auch eine Küche enthält, und die geräumige Veranda bieten für diesen Zweck sehr geeignete Räume. Vor allem wird der große Garten vortreffliche Verwendung finden. In der Küche soll den Kindern für ein geringes Entgelt warmes Frühstück oder warmes Mittagbrot verabreicht werden. Es wird beabsichtigt, als Schulgeld vorläufig den Betrag von einer Mark monatlich von den Eltern der Kinder zu erheben, daneben aber für völlig Unbemittelte noch eine Reihe von Freistellen zu schaffen. Der Kindergarten wird für 100 Kinder Unterkunft bieten.

Tempelhof.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Genosse Borchardt wird am Montag, den 9. d. M., den Unterricht in Nationalökonomie wieder fortsetzen.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern in der Abendstunde an der Ecke der Hohenstaufen- und Martin-Luther-Straße zugetragen.

Der fünfjährige Sohn Erwin des Kaufmanns Bollmann, Martin-Luther-Straße 65, war mit dem Dienstmädchen auf die Straße gegangen. In dem Augenblick, als eine Automobildroschke herannahte, riß sich der Kleine los und rannte auf die Straße. Blindlings lief er gegen das Automobil und wurde umgeschleudert, so daß er unter die Räder geriet. In bewußtlosem Zustande wurde der Knabe nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht, wo die Aerzte einen schweren Schädelbruch feststellten. Der Zustand des Kindes ist fast hoffnungslos.

Reinickendorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung erbrachte wieder so recht den Beweis, wie wenig soziales Verständnis die bürgerlichen Herren der Gemeindevertretung besitzen und wie gering sie das Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Bevölkerung in Gemeindeangelegenheiten bewerten. Von allen gewählten Gemeindevertretern erhalten unsere Genossen die größte Stimmenzahl, man sollte daher meinen, daß sie auch das gewichtigste Wort in der Gemeinde zu reden haben, und insbesondere in den Angelegenheiten, die die arbeitende Bevölkerung am meisten angeht. Doch von dieser Selbstverständlichkeit ist bei den Vertretern von Geldsacks- und Hausbesitzers Gnaden nichts zu spüren. Am Montag sollte zunächst — gemäß den Ausführungsbestimmungen zum neuen Schulgesetz — eine Schuldeputation gewählt werden. Da die Gemeindevertretung hierzu 3 Vertreter zu wählen hatte, beantragten unsere Genossen, auch einen Vertreter der 3. Klasse zu wählen, und schlugen einen unserer Genossen vor. Sofort erklärte der Bürgermeister, daß ein solcher von der Aufsichtsbehörde doch nicht bestätigt werden würde, man daher also erst gar keinen Versuch machen solle. Verständnisinnig lehnten dann auch die übrigen Herren den Vorschlag ab. Daß eine Körperschaft, der die Pflege der „Volks"schule obliegen soll, eigentlich der Mitarbeit der Erwählten des „Volks" nicht entraten kann, und daß die Volksschule eigentlich „eigene Angelegenheit" des Volks sein müßte, und daß, wenn überhaupt irgend jemand kein Recht hat, in dieser Sache mitzureden, es ja eigentlich nur die Besitzenden, deren Kinder die Volksschule nicht besuchen, sein könnten, davon sprach man nicht. Aber daß der vom Bürgermeister angeführte Grund gar nicht maßgebend war, bewies die darauf folgende, an Stelle unseres verstorbenen Genossen Schilling vorzunehmende Ersatzwahl eines Mitgliedes des Steuerausschusses. Wollte man die Grundsätze von Recht und Billigkeit anerkennen, so hätte man's hier, wo kein Bestätigungsrecht der Regierung besteht, zeigen können.

Von unseren Genossen wurde in der Person unseres Genossen Prange für diese Kommission eine hervorragend fachmännische Kraft vorgeschlagen und empfohlen. Aber da man systematisch darauf ausgeht, unsere Genossen aus den Kommissionen fernzuhalten, wurde der Vorschlag abgelehnt. Da man sachliche Gründe hierfür nicht beibringen konnte, verdächtigte man unseren Genossen, daß er wohl nicht die genügende Objektivität besitze. Als Genosse Ohl diesen Vorwurf energisch zurückwies und Beweise verlangte, erklärte man, das sei Gefühlssache, und darüber ließe man sich keine Vorschriften machen. Mit einem Lächeln ging man über die Sache hinweg. Bitterböse aber wurde der Herr Bürgermeister und mit ihm seine Getreuen, als ersterem entgegen gehalten wurde, daß sein Verhalten einen sonderbaren Eindruck mache, und energisch verwahrte er sich dagegen, daß auch nur der leiseste Zweifel an seiner Objektivität geäußert werden könnte.

Einem längst fühlbaren Bedürfnis, Schaffung von Zeichensälen für die Gemeindeschule, soll entsprochen werden, aber in nächster Zeit nur dort, wo es ohne nennenswerte Kosten möglich ist.

Dagegen wird bereits per 1. April eine private dreiklassige Vorschule für höhere Töchter bewilligt und ein Klassenraum sowie die nötigen Lehrmittel zur Verfügung gestellt.

Die notleidenden Hausagrarier versuchten die Kosten für die Straßenreinigung der Allgemeinheit aufzuhalsen, nur „um der Verwaltung die Arbeit der Erhebung der Gebühren zu ersparen". Hierfür waren aber die Herren vom „anderen" Geldbeutel nicht zu haben.

Spandau.

Der bei der letzten Stadtverordnetenwahl zum Stadtverordneten gewählte Schlächtermeister Konrad Schaub hatte sich am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Er hatte Breslauer Wurst mit einer Darmfarbe gefärbt. Der Gutachter Chemiker Dr. Beyer vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt bekundet, daß durch derartige Färbungen der Wurst das Publikum getäuscht werde, indem dadurch verdeckt wird, wenn nicht mehr frisches Fleisch verwendet wird. Das Kammergericht habe derartige Manipulationen als Verfälschung anerkannt. Das Gericht verurteilte den Schlächtermeister, der schon wegen eines ähnlichen Vergehens vorbestraft ist, zu 50 M. Geldstrafe. Merkwürdigerweise hat sich die hiesige Lokalpresse über diesen Fall gänzlich ausgeschwiegen. Der Gerichtsvorsitzende erklärte noch bei der Urteilsbegründung, daß er künftighin dafür sorgen werde, daß derartige Urteile veröffentlicht würden.

Gerichts-Zeitung.

Freiherr und Betrüger?

Die Geschäfte des „Märkischen Landesbureaus" unterlagen gestern der Prüfung durch die Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Warnatsch. Unter der oben genannten volltönenden Bezeichnung betrieb der frühere Leutnant und jetzige Agent Freiherr Arthur v. Creitz ein Darlehnsvermittelungsgeschäft, welches er in Bruchmühle in einem Zimmer eröffnet hatte. Er annoncierte in einigen Zeitungen, daß von ihm Darlehen ev. auch ohne Sicherheit gewährt werden. Gleichzeitig suchte er durch andere Inserate Geldgeber für Darlehnsgeschäfte. Aus diesen Geschäften erwuchs ihm eine Anklage wegen Betruges und das Schöffengericht in Alt-Landsberg verurteilte ihn seinerzeit zu 5 Monaten Gefängnis. Mit dem Angeklagten war eine große Anzahl von Personen behufs Beschaffung von Darlehnen in Verbindung getreten. Wie immer in solchen Fällen, begannen die Geschäfte mit der Zahlung eines Vorschusses von 3 und 5 Mark seitens der Darlehnssuchen. Das Schöffengericht hat nun angenommen, daß der Angeklagte gar nicht in der Lage gewesen sei, Darlehnen in irgendwie erheblichem Maße zu gewähren, daß er auch gar keine potenten Geldmänner hinter sich gehabt habe. Nach Ansicht des Schöffengerichts sei es ihm nur auf den Vorschuß angekommen, nach dessen Empfang er nichts mehr für die Darlehnssucher getan habe. Das Gericht hielt mehrere Fälle des Betruges für erwiesen und erkannte auf die oben angegebene Strafe. Hiergegen legte nicht nur der Angeklagte Berufung ein, sondern auch der Staatsanwalt, der noch drei neue Fälle unter Anklage stellte und die Strafe für zu milde erachtete. Der jetzt 60jährige Angeklagte, dessen Brust das Eiserne Kreuz schmückt, hat einen interessanten Entwickelungsgang genommen. Er hat im Domgymnasium zu Magdeburg das Abiturientenexamen gemacht, studierte dann Naturwissenschaften und trat darauf bei den Kürassieren ein. Am 2. September 1870 wurde er im Felde zum Leutnant befördert und blieb bis 1874 aktiv. Er kaufte die Herrschaft Hammer in Westpreußen und bewirtschaftete sie vier Jahre lang. Dann legte er sich auf das Dressieren von Tieren, insbesondere auf die Hundedressur. Er heiratete eine Witwe, die nicht nur erkleckliches bares Geld, sondern auch ein Gut in die Ehe brachte, welches er bewirtschaftete. Seine Vermögenslage wurde später immer ungünstiger und recht schlecht, als sich die Frau von ihm hatte scheiden lassen. Er hat sich dann zur Feuerwehr ausbilden lassen und richtete in einem russischen Ort die Feuerwehr ein. Mit einer zweiten Frau ist er nur 6 Wochen verheiratet gewesen, alsdann ist die Ehe auf seinen Antrieb geschieden worden. Der Angeklagte ist auch schriftstellerisch tätig gewesen. Er hat ein Buch „Die Dressur des Luxushundes" geschrieben, ferner ein Kynologisches Lexikon" herausgegeben, ist Ehrenpräses vom „Klub Juno" und hat auch landwirtschaftliche Ausstellungen veranstaltet. Zu den vielen Sonderbarkeiten seines Lebens gehört auch die Tatsache, daß er vom Amtsrat in Alt-Landsberg auf die

Säuferliste

gesetzt worden ist, mit der Begründung, daß er an manchen Tagen 18—20 Glas Nordhäuser mit Bier vertilge und Skandal auf der Straße mache. Gegen diese Charakterisierung des Gewohnheitstrinkers wehrte sich der Angeklagte gestern mit aller Entschiedenheit und vermutete dahinter eine Machenschaft der Familie seiner geschiedenen Ehefrau. Er ließ sich auch von verschiedenen Zeugen bestätigen, daß die Einfügung seines Namens in die Säuferliste allgemeine Entrüstung hervorgerufen habe. Ein Zeuge meinte, **man könne in Alt-Landsberg leicht dazu kommen, in jene Liste eingetragen zu werden.**

Bezüglich der Anklagefälle bestritt der Angeklagte jedwede Schuld. Er betonte, daß er durch Schriftstellerei und Hundedressur ausreichend viel verdient und nicht nötig gehabt habe, Schwindeleien zu verüben. Durch die Hundedressur habe er mehrere tausend Mark pro Jahr verdient; einmal habe er eine ganze Gruppe dressierter Hunde an eine Dompteuse verkauft und dafür allein 15 000 Mark erhalten. Die Darlehnsgeschäfte seien durchaus reell gemeint gewesen und auch so bearbeitet worden. Er habe keineswegs schwindelhafte Manöver ausgeführt. Der Angeklagte führte auch eine Reihe von Zeugen vor, denen er Darlehen vermittelt und andere, die sich bereit erklärt hatten, ihm Geld zur Verfügung zu stellen bezw. ihm solches tatsächlich gegeben hatten. Trotzdem kam Staatsanwalt Taube auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme zu derselben Auffassung wie der erste Richter und beantragte die Erhöhung der Strafe auf **9 Monat Gefängnis und sofortiger Verhaftung des Angeklagten.** — Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einem **freisprechenden** Urteil. Das Gericht hielt zwar einen nicht von der Hand zu weisenden **Verdacht** betrügerischen Vorgehens für gegeben, die **Beweise** aber zu einer Verurteilung nicht für ausreichend.

Ein schwerer Roheitsakt,

der sich gegen die eigene 72jährige Großmutter richtete, führte gestern den **22jährigen Gelegenheitsarbeiter Alwin Barczek** vor den Strafrichter. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung, verhandelte die zweite Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Köster gegen den schon wegen Gewalttätigkeitsvergehen vorbestraften Angeklagten. — Die Verhandlung entrollte ein überaus trauriges Bild eines Familienlebens. In der Albrechtstraße zu Köpenick wohnte seit längerer Zeit ein altes weißhaariges Mütterchen, welches sich infolge ihres Alters und einer Krankheit kaum noch aufrecht erhalten konnte. Hinzu kam die Sorge um das tägliche Brot. Die alte Frau hatte zwar verheiratete Kinder, die aber mit sich selbst genug zu tun hatten. Das allerschlimmste war aber, daß sich bei der 72jährigen Frau Schmieder noch ein junger Bursche, ihr Enkelkind, aufhielt, welcher ihr noch das Wenige, was sie hatte, unter Drohungen mit Schlägen abnahm. Es war dies der jetzige Angeklagte Barczak, welcher in Köpenick als ein sehr gewalttätiger und arbeitsscheuer Bursche bekannt ist. Am 10. Dezember verlangte der Angeklagte von der alten Frau unter Drohungen 65 M. Als sie ihm diese nicht geben konnte, schlug er auf sie los, zerrte sie an den Haaren zu Boden und bearbeitete sie mit Fußtritten. Die Greisin weigerte sich, Strafantrag zu stellen, deshalb mußten die von Nachbarn herbeigeholten Polizeibeamten unverrichteter Sache umkehren. Am **nächsten Tage** wiederholte sich derselbe Vorfall. Der Angeklagte verlangte wiederum Geld und schlug auf seine Großmutter ein, als diese ihm erklärte, sie habe keinen Pfennig im Hause. Glücklicherweise kam eine verheiratete Tochter der Frau Schmieder in diesem Augenblicke hinzu. Als sie erklärte, sie werde sofort die Polizei holen, drang der brutale Bursche **mit einem offenen Messer** auf sie ein und drohte, er würde sie „wie ein Kalb abstechen", wenn sie zur Polizei ginge. Der Bedrohten blieb nichts anderes übrig, als die Flucht zu ergreifen. Sie ging zur Polizei und erstattete Anzeige. Bald darauf wurde B. in einer Schankwirtschaft **verhaftet.** Die bedauernswerte alte Frau mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden, wo sie nach neun Tagen an den Folgen einer Darmentzündung **starb.** Der Gerichtsarzt des Kreises Teltow, Dr. Marx, und der Medizinalrat Dr. Pfleger, welche die Obduktion vorgenommen hatten, bekundeten vor Gericht, daß die als Todesursache in Frage kommende **Darmentzündung möglicherweise eine Folge von Fußtritten gegen den Leib sei.** Der ursächliche Zusammenhang zwischen den erlittenen Verletzungen und dem Tode lasse sich jedoch nicht mit genügender Sicherheit feststellen, da eine zu große Zeit zwischen diesen beiden Momenten liege. — **Vor Gericht** gab der Angeklagte ziemlich kleinmütig zu, seine Großmutter geschlagen zu haben. Der **Staatsanwalt** beantragte **5 Jahre und 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht** erkannte auf **4 Jahre und 3 Monate Gefängnis.**

Vermischtes.

Zum Brand des Meininger Hoftheaters

werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die ersten Anzeichen des Feuers wurden von einer zufällig nach der am Mittag abgehaltenen Dekorationsprobe die Bühne betretenden Schauspielerin in der Nähe der herzoglichen Loge in der nordöstlichen Ecke des Theaters bemerkt. Es stieg Rauch aus dem Kellergeschoß auf, in dem sich die Zentralheizräume befanden. Es wurde festgestellt, daß der untere Bühnenraum vollständig verqualmt war. Telephonisch wurde die Feuerwehr in Kenntnis gesetzt, um ½2 Uhr stand jedoch der ganze Bühnenraum bis zum Schnürboden in hellen Flammen. Der eiserne Vorhang konnte der ungeheuren Glut nicht standhalten und senkte sich rotglühend nach dem Zuschauerraum, der auch bald in Flammen stand. Um ½3 Uhr schlugen mächtige Feuergarben zum Dache hinaus. Inzwischen hatten nach erfolgter Absperrung die Rettungsarbeiten zur Bergung der Requisiten, Garderoben, Waffen, Rüstungen, die in ungeheuerer Menge von hohem Werte in den Räumen des Theaters lagerten, begonnen. Dank des Zugreifens zahlreicher Personen konnte fast das gesamte Inventar außer einer Anzahl historischer Damenkostüme gerettet werden. Die äußerst umfangreiche und wertvolle, zum Teil kaum ersetzliche Bibliothek des Theaters sowie der Hofkapelle und die Instrumente sind ebenfalls in Sicherheit. Trotz angestrengter Tätigkeit der Feuerwehr war an eine Bewältigung des entfesselten Elements nicht zu denken. Bald war der ganze Zuschauerraum und die Garderobe ebenfalls vom Feuer erfaßt, und nunmehr stand der ganze Bau bis zum Dach in hellen Flammen. Abends um 8 Uhr war auch die Hauptfront des Theaters vom Feuer soweit geschwächt, daß die Decke des herrlichen Reunionsaales in sich zusammenstürzte, so daß nur noch Mauerreste und Trümmer von dem stolzen Bau Zeugnis geben. Zwei wertvolle Flügel, von denen einer im Werte von 6000 M. der Hofkapelle probeweise überlassen war, konnten wegen ihrer Schwere nicht gerettet werden. Das Theater ist versichert, an dem Schaden sind acht Gesellschaften beteiligt.

In die Tiefe gestürzt. Auf dem Mathildenschacht in Schwientochlowitz riß, wie eine Meldung aus Beuthen besagt, bei der Ausfahrt das Förderseil. Der Korb stürzte infolgedessen in die Tiefe, wobei zwei Bergleute getötet wurden.

Lawinenkatastrophe in Ungarn. Nach einer telegraphischen Meldung aus Budapest wurden im Dubravatale, im Komitat Liptau, durch eine Lawine zwölf Holzarbeiter verschüttet. Sechs Arbeiter sind tot, vier sind schwer verletzt, zwei leicht verletzt.

Eisgang und Hochwasser. Eine Meldung aus Lemberg besagt: Infolge Eisganges ist der Sanfluß aus den Ufern getreten. Die Stadt Sanok ist völlig unter Wasser gesetzt. Die Einwohner mußten sich auf die Dächer flüchten, da das Wasser durch Türen und Fenster eindrang. Pioniere befreiten schließlich die in höchster Lebensgefahr schwebenden Personen und suchten durch Sprengung des Eises der Ueberschwemmung Einhalt zu tun.

Die stürzende Mauer. In Grammont stürzte, wie aus Brüssel gemeldet wird, auf einem Neubau eine drei Meter hohe Wand ein und begrub drei Arbeiter. Einer wurde tot aus dem Schutt hervorgezogen, die beiden anderen liegen im Sterben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. B., Tegel. 1. Sie können bei dem Braunschweiger Amtsgericht einen Zahlungsbefehl beantragen oder eine Klage anstrengen. 2. Nein, Sie können nur auf Rückgabe klagen. 3. In diesem Falle können Sie auf Rückgabe klagen und außerdem Strafantrag stellen. — **Rathenower Straße 24.** 1. Das Gewerbe müssen Sie anmelden. 2. Es kann beliebig oft gepfändet werden. — **W. Z. 40.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Sie können bis am 15. zum Ersten das Zimmer kündigen. 4. Nein. — **S.** Keineswegs: Sie verwechseln die Bestimmung, daß der Lohn wegen Rückstände von Steuern nur soweit in Beschlag gelegt werden kann, als es sich um Steuerrückstände von nicht mehr als drei Monaten handelt mit der fünfjährigen Verjährungsfrist der Steuer. — **Vater 1886.** Nein. — **F. L. 119.** Ja. — **J. G. 60.** Sie könnten zur Leistung des Offenbarungseides geladen und im Termin verlangen, daß Ihnen das Nähere über die Lohnforderung angegeben wird. — **O. B. 30.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Sich einigen. — **J. Sch. 20.** Sowohl die Krankenkasse wie die Versicherungsanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Sie einer Heilstätte zu überweisen. Die Versicherungsanstalt befindet am Köllnischen Park. Sie können den Antrag dort zu Protokoll erklären. — **W. S. 33.** Am besten erhalten Sie Auskunft durch Genossen Simanowski, Engelufer 15. — **F. 73.** Eine Klage auf Entschädigung gegen den Wirt hätte Aussicht auf Erfolg. — **A. S. 67.** Sie könnten eine Klage beim Gewerbegericht versuchen, indessen ist der Ausfall ein höchst zweifelhafter. — **Wilhelm 888.** Nein. — **M. D. 33.** Eine Klage hätte leider sehr wenig Aussicht auf Erfolg. Versuchen Sie es mit einer Eingabe an den Magistrat, und falls hier Ablehnung erfolgen sollte, mit einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung. — **F. B. 45.** An den Magistrat. — **G. B. 9.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **H. B. 217.** 1. Nur für die Dauer von zwei Jahren. 2. Nur für zwei Lohnperioden. — **F. H. 77.** 1. Die Versicherung geht weiter. 2. Sie können, brauchen aber nicht die Angabe machen. 3. Den Antrag müssen Sie bei dem Bezirkskommando stellen; es erfolgt dann eine Untersuchung. 4. Wenn nicht ausdrücklich Garantie geleistet ist, nein. — **K. 100.** 1. Ja. 2. Pfändung kann erfolgen. Eine Interventionsklage der Ehefrau hätte aber Aussicht auf Erfolg. 3. Ist kein besonderer Vertrag geschlossen, so leben Sie außer Gütergemeinschaft. — **K., Pücklerstr. 43.** Auch ein Dissident ist zur Eidesleistung in der vorgeschriebenen Form verpflichtet. — **F. R. 100.** 1. Das sind die Beleidigungsparagraphen. Den Wortlaut können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek im Strafgesetzbuch einsehen. Einen Abdruck an dieser Stelle verbietet schon der Raum. 2. Nein.

H. W. 100. Nur in dem Falle, daß eine Hülfsbedürftigkeit vorlag, sonst nicht. — **H. 77.** Ja. — **M. M., Rixdorf.** Die Adresse finden Sie im Adreßkalender. — **O. B. 32.** Nach herrschender Ansicht nein. —

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 54—57. Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 54—64. Kühe, fett 48—56, do. mager 36—44. Fresser 50—58. Bullen, dänische 51—63. Kalbfleisch, Doppellender 105—125. Mastkälber Ia 80—87, IIa 69—76. Kälber ger. gen. 47—62, do. holl. 45—50. Hammelfleisch Mastlämmer 73—75, Hammel Ia 67—69, IIa 59—64, ungar. 0,00, Schafe 44—57. Schweinefleisch 48—56. Rotwild Ia per Pfund 0,55—0,56, do. IIa 0,00. Damwild 0,50—0,60. Rentiere 0,45—0,52. Kaninchen, St. 0,70—0,90. Hasen, plomb. 1,75—3,00. Wildenten p. St 0,00. Fasanenhähne Ia, junge 0,00, do. IIa u. alt 2,50. Schneehühner, Stück 0,80—0,95. Birkhähne, Stück 0,00. Birkhennen, Stck. 0,00. Schnepfen, IIa 1,00—2,00. Hühner Ia per Stück 1,50—2,50, dito IIa 0,80—1,40, do. Wolga- St. 1,40—1,80. Hamb. Küken, St. 0,90—1,10, Poulets 0,90—1,20. Poularden, deutsche, p. Pfd. 0,00. Tauben, Stück 0,65—0,80, dito alte 0,50 bis 0,70, do. italienische 0,95—1,00. Enten, per Stück 0,00, dito russische per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 0,00. Gänse, gefr. per Pfd. 0,55—0,56, do. russ. 0,30—0,50, do. jg. Hamburger 0,80—1,05. Puten Ia p. Pfd. 0,75—0,90, do IIa. 0,60—0,65. Hechte per 100 Pfund 75—94, do. klein 0,00, do. groß 55—74, do. mittel 92—101. Zander, unsortiert 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. 170—176. Schleie, groß 130, dito mittel 0,00, dito IIa 0—00. Aale, klein 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen 5—10er 0,00, do. 20—25er 0,00, do. 80—100er 0,00, do. 50er, Lausitzer 0,00, do. 60—er 0,00, do. 50er, stumpf, 0,00. Plötzen 43—57, dito klein 31. Aland 71. Quappen, klein 39—48. Wels 59. Bunte Fische, klein 29—34. Barse 95—104, do. klein 60—61. Karauschen 94. Winter-Rheinlachs, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 20—30. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kitte 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kitte 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 0,00, schwedische 0,00, englische 0,00, Strals. 3—4. Sprotten, Danziger, Kiste 0,40, do. Rügenwalder, Kiste 0,00. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, do. mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kitte 3,00—4,00, dito ½ Kitte 2,00—2,50. Sardellen. 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, mod. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00. Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,00—3,60, do. große 3,75—4,10. Butter per 100 Pfd. Ia 130—132, IIa 124—126, IIIa 120—124, abfallende 115—120. Saure Gurken Schock 4,50. Gießergurken Schock 4,50. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,25—3,50, weiße runde 2,50—3,00, mag. bon. 2,75—3,25. Porree, per Schock 0,75—1,25. Meerrettich, Schock 6—12. Spinat per 100 Pfund 15—20. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—14. Zwiebeln per 100 Pfd. 2,00—5,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, dänischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 1,50 bis 3,00. Karotten, per 100 Pfund 12—18. Wirsingkohl p. Schock 3—6. Rotkohl, Schock 2,10—3. Weißkohl p. 100 Pfd. 1,60—2,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 10—15, do. in Körben 18 Stück 1,00—1,25. Rosenkohl, per 100 Pfund 18—30. Grünkohl 10,00—12,00. Kohlrüben, Schock 4,00—4,50. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 4,50—5,00, Schockbund 5—6. Schnittlauch, Töpfe Dutzend 2—2,50. Tomaten, kanarische, per Kiste 5,75—7. Rote Rüben, per 100 Pfund 5,00—6,00. Rhabarber 100 Bund 7—10. Rabunzen 0,30 bis 0,50. Rübchen 12—18. Eskarol, 100 St. 18,00. Endivien, 100 St. 20—27. Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6—10,00, Tafelbirnen Ia 18—30, do. IIa 6—17. Italiener Ia 40, do. IIa 20—25. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20—28, do. IIa 22, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 8—12, Koch- 5—14, Tafeläpfel Ia 15—23, do. IIa 8—18, Amerikaner, per Faß 15—28, Italiener, lose, 100 Pfd. 11—15, do. in Körben per 100 Pfd. 10—16, do. in Kisten 8—20. Weintrauben, Almeria, per Faß 8—16. Ananas I, per Pfund 0,80—1,00, do. II 0,65—0,70. Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00—25,00. Maronen, ital., per 100 Pfund 6—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd 20—25, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—38. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10, do. 360 Stück 8,00—10, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,50—10,00 do. 300 Stück 7,00—12,00, do. Valencia 420 Stück 15—25, do. 714 Stück 22—28,00, do. Messina-Blut 100 Stück 7,50, do. 150 Stück 7,50—8,50, do. 80 Stück 6,50—7,00, do. 200 Stück 8—12. Datteln, per 100 Kart. 37—40, do. per 10 Pfd. 5,00—5,50, do. Kalif. 100 Pfund 23—30.

Witterungsübersicht vom 6. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	763	SW	3	bedeckt	2	Haparanda	765	S	2	bedeckt	—3
Hamburg	763	S	2	bedeckt	1	Petersburg	769	Still		bedeckt	—0
Berlin	764	SSO	2	heiter	1	Scilly	744	W	6	bedeckt	7
Frankf. a. M.	762	S	1	Regen	2	Aberdeen	751	SSO	3	bedeckt	4
München	766	SSO	2	wolkig	0	Paris	756	SSW	4	bedeckt	7
Wien	769	Still		Nebel	1						

Wetterprognose für Sonnabend, den 7. März 1908.

Etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher Regen.

Berliner Wetterbureau

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Halbbarsche Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell 2 M. 65
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell 2 M. 25
Manchester-Hosen Gambrinus 6 M. 50
Manchester-Jacketts Gambrinus 11 M. 50
Maler-Kittel ...... 3,50, 2 M. 40
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, 2 M. 75
Weiße Lederhosen ..... 4,50, 3 M.
Kessel-Anzüge . 7,25, 6,—, 5 M. 50
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 1471L*

Nachdruck verboten!

Felsen-Fahrräder u. Nähmaschinen M. 45, Mäntel 2,20, Schläuche 1,90. Katalog gratis. **Gebr. Hofacker,** Wiesdorf 8 b. Köln. Fahrrad u. Motorfahrzeuge.

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Abdul Hamids Harem
Zauberer — Fakire — Bauchtänzerinnen.
Schlangen-Ungeheuer von Sumatra.
Sonntags kein Extra-Entree — Wochentags 20 Pf.
durch besonderen Eingang.

Einst! und Jetzt!

Orthozentrische Klemmer
in allen Preislagen.
Echt Rathenower Brillen . 1.00
Pincenez (echt Nickel) . . . 1.50
" Double 5.00
" Gold 12.00
" Schildpatt 4.50
Opern- u. Reise-Gläser von 6.00 an
Barometer, garant. gut. Werke v. 6 an
A. Grün, Optiker, Brunnenstraße 4, am Rosenthaler Tor.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engrosgeschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50—6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
Steife Herrenhüte v. 2,00—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Reinickendorf-Ost, Wilkestraße 62.
Bilanz am 31. Dezember 1907.

Aktiva.	M.
Waren-Konto	3 833,87
Betriebsunkosten-Konto	353,25
Gespannunkosten-Konto	495,30
Kassa-Konto	5 072,19
Bank-Konto	1 777,85
Effekten-Konto	379,40
Grundstücks-Konto	33 000,—
Gebäude-Konto	178 850,—
Gespann-Konto	14 900,—
Inventar-Konto	1 600,—
Maschinen-Konto	4 400,—
Guth.-Konto b. d. G.-E.-G.	126,25
Debitoren	4 676,33
	249 464,44
Passiva.	
Konto der Genossenschafter	1050,—
Hypotheken-Konto	200 000,—
Hypotheken-Tilg.-Konto	11 400,—
Reservefonds-Konto	7 200,—
Unterstützungsfonds-Konto	6 733,68
Kreditoren	23 080,76
	249 464,44

Im Laufe des Geschäftsjahres 1907 ist kein Genosse beigetreten, ausgeschieden 1 Genosse. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1907: 20 Genossen.
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder sowie die Gesamthaftsumme betragen am 31. Dezember 1907: 1050,— M.
Die Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich um 50 M. vermindert.
Reinickendorf, 5. März 1908.
Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Marschel.

Anzüge u. Paletots nach **Maß**
aus Ia Stoffresten. Monats- u. nicht abgeholte Sachen staunend billig.
Maßschneiderei Voß,
nur Brunnenstr. 3. I (Rosenthal. Tor)

Einsegnungs-Anzüge 21562

moderne, chice Form, hochelegant u. tadellos sitzend.
Beste Verarbeitung.
vollständiger Ersatz für Maßarbeit.
Die Preise sind je nach Größe
11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25 bis 35 M.
Großes Stofflager
Maß-Anfertigung bis zu den allerfeinsten Qualitäten.
Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstr. 166,
Berlin W., Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 28.

Unbemittelte Beinkranke
(nur solche mit offenen Wunden) werden zu Lehrzwecken unentgeltlich behandelt. Meldungen Sonnabend, den 7., und Sonntag, den 8. März, in **Dr. Fackelmanns** Spezial-Institut, Auguststr. 93.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Brautleute. Umzügler! Spottbilligster Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Anzügeverkauf, Paletotverkauf, Schmucksachen, Trauringe, Uhrenverkauf, Verschiedenes. Renommiertestes Pfandhaus, Weidenweg neunzehn. 377K*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 bei Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauier, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Stallschreiberstraße 40. 320K*

Gelegenheitskauf. Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Waschtoilette, Speisetisch, Stühle, Schreibtisch, Bücherschrank, Nußbaumbüfett, Säulenspiegel, Garderobenspind, Ankleidespind, Plüschsofa, komplette Wirtschaften, Küchenmöbel. Möbelspeicher Schillingstraße 15/16 (Nähe Große Frankfurterstraße). 314K*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 381K

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332K*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, Arkonaplatz 1. 315K*

Ganz besondere Gelegenheit! Anzüge und Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. J. Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. 327K*

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auslösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, bunte Küche 30,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische 28,—, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Wichtigste Offerte für Brautleute. Lennert, Lothringerstraße 55.

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,75, Wollköper 3,85, Plüsch 7,65, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 112K*

Fahrrad-Pneumatik billiger! Laufmäntel 1,50, 2,—, 2,50, 3,50; Luftschläuche 1,50, 2,50. Machnow, Arkonaplatz 1. 367K

3 herrschaftliche Wohnungs-Einrichtungen stehen im Aufbewahrungsspeicher Lothringerstraße 26, zum schnellen Verkauf! Speisezimmer, Eiche, komplett 700, 950, 1100, Herrenzimmer, komplett 600, 850, 960, Salon, komplett 580, 700, 850, Schlafzimmer, komplett 350, 520, 675, Klubsessel, Gaskronen, moderne Küchen. Geöffnet 9—8. Lothringerstraße 26, Schönhausertor. Aufbewahrungsspeicher. 4955*

Herrenmoden, hochelegante Maßausführung, Anerkennungen, solide Preise. Fertige Konfektion, erstklassig. Modelle, Fensterstücke. Auch Teilzahlung. Spezialhaus Goldstein, Dorfstraße 51. 379K*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Sonntags ebenfalls geöffnet. †113

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14. 4705*

Landleute, Arbeiter, Handwerker, billigste Möbel im Speicher, Lothringerstraße 26, Schönhausertor. Muschelschrank 27, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit guter Matratze 32, Schlafsofa 39, Spiegel 15, Einrichtung 150—600. Geöffnet 9—8, Sonntags 8—2. Kaufen Sie nur Lothringerstraße 26. *

6,50 prachtvolle Betten Dresdenerstraße 106 I links. 115/4*

Bekanntmachung. Hochvornehme Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, hochelegante Herrenhosen 7—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus **Germania,** Unter den Linden 21. 482b*

Inventur-Ausverkauf. Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 349K*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 350K*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 351K*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 352K*

Tischdecken, Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 354K*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 355K*

Ueberzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2—4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. 294/5*

Bronzegaskronen!!! Gaszuglampen! 9,00. Salongaskronen! 16,00. Gasbrenner! 1½. Schaufensterlicht! Zweilochgaskocher! 3,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 318K

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 58. 326K*

Halbrenner, hochschick, spottbillig, Bierhalle Hackescher Markt, Neue Promenade 2. 368K

Halbrenner, hochelegant, sofort, 35,—. Anklamerstraße 3, Schuhgeschäft. 369K*

Möbelfabrik H. Nolte, Tischlermeister, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und auf Teilzahlung zu billigsten Preisen. Berlin N., Zionskirchstraße 40. Telephon III 5952. 281K*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,35, Tapestribrüssel 3,35, Axminster 4,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 115K*

Gestickte Erbstüllstores 3,85. Echt Spachtelstores 7,65, Sezessionstüllstores 1,75. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 114K*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. 266/20*

Kinderbettstelle. Kinderwagen, Sportwagen. Sommer, Wienerstraße 51. 412b*

Krautstraße 50 Möbel spottbillig. *

Fliegetauben, Weißschwänze vorrätig Weißenburgerstraße 60, Taubenbörse. †122*

Laube verkauft Lange, Blücherstraße 12. 501b

Möbel. Räumungshalber Spiegel und Spind, Vertiko, Spinde, Teppich, Bettstellen, Schreibmaschine billig zu verkaufen. Verwalter, Brandenburgstraße 7.

Herrenfahrrad verkauft Scherzer, Kottbuserstraße 17 IV. †131

Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150,—, 200,—, 300,—, 400,— Mark, hochelegante 500,— bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 20,—, Sofa mit Auszug 30,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, Muschelspinde, Vertiko 34,—, Ruhebett 18,—, Säulentrumeau 30,—, Taschendiwan 43,—, Paneelsofa mit Satteltaschen 73,—, englische Plüschgarnitur 95,—, Muschelbettstelle mit Matratze 36,—, Schreibtisch 25,—, geschnitztes Büfett 115,—, englisches Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 388K*

Herrenfahrrad, ein Jugendrad nagelneu, Luxusmodell, erstklassig, sofort, jeden Preis. Beusselstraße 21, Verwalter. †80

Gasbronzekronen, dreiflammig 6,00, Salongaskronen 15,00, Gaslyren 1,50, Gaswandarme 0,65, Schaufensterbeleuchtung, Gasbogenlampen, Gassparkocher 1,00, Zweiloch 3,00. Schröder, Hochstraße 43.

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16,00 Mark. Plüschtischdecken 4,00 Mark, Gubenerstraße 3—4, Pfandleihe. *

Abessinierpumpen 8,00 bis 100,00, Sauger 2,50, Saugrohr, Flügelpumpen 10,00. Gartenspritzen 25,00, Hanfschläuche, Gummischläuche. Pumpenfabrik Schröder, Hochstraße 43. *

Möbelinventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Ganze Ausstattungen und Einzelmöbel. Jedes Stück trägt den bisherigen und den herabgesetzten Preis sichtbar. Otto Gorbahn, Spezialmöbelhaus, Landsbergerstraße 82.

Herrenfahrrad, nagelneu, Garantieschein, krankheitshalber, jeden Preis. Exerzierstraße 25, II links. *

Vorjährige Herren-Jackettanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis Prenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz. 115/9

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen spottbillig. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden!

Pianino, hohes, kreuzsaitig 140,00 Mark, Turmstraße 8 I. 115/8

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe: Geschnitztes Nußbaumbüfett 120 M., Ausziehtisch 16, Lederstühle 11, Mahagoni-Kleiderspind 25, Bettstelle mit Matratze 20, Kommode, Waschtoilette 21, Muschelbettstellen mit Federmatratzen 39, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28, Taschensofa 45, Ruhebett 25, Stand Betten 20, Englische Bettstellen, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Wallstraße 81 I, nahe Spittelmarkt. 115/11*

Zehnpfennigtour, Straßenbahnlinie 96, Parzellen, Quadratrute 20 Mark, verkauft Kolfe, am Christuskirchhof, Endstation der Straßenbahn.

Entzückende Ballkleider, Seidenblusen, Kostümröcke, selbstgefertigt, verkauft spottbillig, Maßanfertigung. Littauer, **Brunnenstraße 4.** Keine Ladenmiete. 512b

Pfänderauktion! im Pfandleihhaus Rixdorf, Bergstraße achtundfünfzig, beendet. Spottbilliger Pfänderverkauf, Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Herrengarderobe, Sommerpaletots, Uhrenverkauf, Kettenverkauf, Schmucksachen, Einsegnungsgeschenke, Nähmaschinen. Spottpreise.

Monatsgarderobe von feinsten Herrschaften. Anzüge von 8,00 bis 30,00 Mark, Paletots von 6,00—27,00 Mark, Hosen von 2,00—6,00 Mark. Kaufhaus für Monatsgarderobe. Zwei große Schaufenster. Große Frankfurterstraße 93. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. 380K

Humboldtleihhaus Brunnenstr. 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilliger Pfänderverkauf, Herrenanzüge, Sommerpaletots. Großer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, wundervolle Gardinen, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Schmucksachen, verschiedene Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 383K*

Herrenuhren, silberne 4,00, Damenuhren, goldene 8,00 Mark, Ketten, Schmucks, passende Einsegnungsgeschenke, spottbillig. Gubenerstraße 3—4, Pfandleihe. 300K*

Geschäftsverkäufe.

Materialwaren-Geschäft, Grünkram mit Rolle billig zu verkaufen Rixdorf, Donaustraße 17. †114

Schankgeschäft, SO., 24 Jahre bestehend, 28½ Tonnen, 6½ Weiß, viel Bouillon, Preis 3600, Miete 1800 mit großer, Parterre-Wohnung. Erfragen Schügner, Waldemarstraße 54. 4995*

Eckdestillation verkauft sofort veränderungshalber Witwe A. Runge, Rixdorf, Lenaustraße 16, Ecke Reuterstraße 46. 500b

Südfruchthandlung mit Portierstelle, letztere bringt die Miete, sehr billig verkäuflich. Näheres 1402 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 385K

Räucherwarengeschäft, Norden, Miete 384 Mark, Tageskasse 30 Mark, Preis 700 Mark. Näheres 1470 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 386K

Zigarrengeschäft, sichere Existenz, gegenüber Hauptbahnhof, 15 Jahre bestehend, sofort krankheitshalber verkäuflich. Näheres unter 1012 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 387K

Grünkramgeschäft, existenzfähig, verbunden mit Feuerung, ist zu verkaufen Lenaustraße 19. 502b

Restaurant sofort zu übernehmen, 700,00, passend zum Parteilokal, große Zukunft, am Puttlitzbahnhof, Quitzowstraße 105, Mota. †128

Grünkram, Kolonialwaren, Rolle, Feuerung verkäuflich Wagstraße 13 a.

Zigarrengeschäft mit Stube verkauft billig Melchiorstraße 33. 115/7

Milchgeschäft, 180 Liter, billige Miete, verkäuflich. Spedition Rüdersdorferstraße 3. †124

Restauration, reell, verkäuflich. Auskunft Cadinerstraße 10. †69*

Verschiedenes.

Unserem Genossen Otto Hahn zu seinem heutigen Ehebunde die besten Glückwünsche. **Die** Genossen des Bezirks 17 d. †115

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 479b*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Weißel, Gitschinerstraße 9 a. 2555K*

Kunststopferei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. *

Vereinszimmer, 50 Personen, vergibt Max Jacob, Kottbuserufer 33.

Tanzunterricht! Grupe, Annenstraße 16. Sonntagskurse, Dienstagskurse 5,00. 245/14*

Saal zu Festlichkeiten, Kegelbahnen frei, Hermannstraße 170. †115*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145K*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleine Wohnungen sind billig zu vermieten Görlitzer Ufer 5. 505b*

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Schkutina, Forsterstraße 3. 511b

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Manteuffelstr. 67, vorn IV, Henning.

Mietsgesuche.

Herr sucht sofort möblierte Schlafstelle allein (Südost). Preis bis 15 Mark inkl. Offerten unter G. M. Parteispedition, Lausitzer Platz. †20

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glöter, Mulackstraße 27. 1468b

Wer engagiert zum 15. März oder 1. April junge nette Frau (leider Gehörfehler, spricht sehr gut), welche leichte Gänge besorgt, Rechnungen einkassieren geht, Adressen schreiben hilft, auch andere leichte Beschäftigung macht. Ehrlich und fleißig bei bescheidenen Gehaltsansprüchen. Frida Heinemann, Rixdorf, Hobrechtstraße 77, vorn II. 504b

Stellenangebote.

Packer, jüngeren, verlangt Andrée, Beuthstraße 4. 506b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Farbigmacher
sucht **Abteilung: Goldleistenfabrik der Holzindustrie Hermann Schütt** Aktien-Gesellschaft, Czersk, Westpr. Fahrkartenvergütung nach Czersk nach dreimonatlicher Tätigkeit. 114/17*

Farben, Lacke.
Für Vermittelung von Aufträgen wird hohe **Provision** gewährt, desgleichen für Empfehlung durch Benützung von Beziehungen zu Verbraucherkreisen. Gefl. Offerten, die diskret behandelt werden, unter V. 1 an die Expedition dieses Blattes.

Wir teilen hierdurch mit, daß die **Lagerhalterstelle** **besetzt** ist und sagen den geehrten Bewerbern besten Dank.
Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.
Willdenowstr. 30.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.